

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Walter Schilling  
Die sowjetischen Interessen  
im Nahen Osten seit 1917

Gregor M. Manousakis  
Patt im Mittelmeer

Helmut Heinzlmeir  
Die amerikanisch-sowjetischen  
Auseinandersetzungen  
um den Indischen Ozean

B 51-52/75

20. Dezember 1975

Walter Schilling, Dr. phil., geb. 1938, Studium der Politikwissenschaft, Neueren und Neuesten Geschichte und Slawistik an der Universität München, Oberstleutnant i. G. im Bundesministerium der Verteidigung.

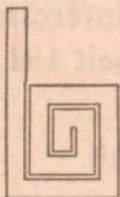
Veröffentlichungen u. a.: Der Sturz Sukarnos und die ‚Neue Ordnung‘ in Indonesien, in: Politische Studien 190, März 1970; Imperatives oder freies Mandat für unsere Abgeordneten?, in: Frankfurter Hefte 9/1974; L'Ostpolitik — une déception?, in: La Tribune d'Allemagne Nr. 605 vom 16. 8. 1975.

Gregor M. Manousakis, Dr. phil., geb. 1935 in Rethymnon auf Kreta, 1955 auf der Militärakademie der Luftwaffe, 1958 Studium der Volkswirtschaft, Politikwissenschaft und der Alten Geschichte in Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Das Verhältnis von Militär und Politik in Griechenland seit 1900, Bad Godesberg 1966; Konservative Elemente in der praktischen griechischen Politik, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Konservatismus international, Stuttgart 1973.

Helmut Heinzlmeir, Dr. phil., geb. 1938, Studium der Politikwissenschaft; einjähriger Forschungsaufenthalt in Südostasien; freier Mitarbeiter bei Funk und Fernsehen.

Veröffentlichungen u. a.: Probleme des Erziehungswesens und des Bevölkerungswachstums in Indonesien, in: Zeitschrift für Politik, Bd. 17/4, Nov. 1970; Ein sozialistisches Entwicklungsland. Anmerkungen zum Südjemen, in: Neue Gesellschaft, Jg. 22, Nr. 6, Juni 1975; Von Sukarno zu Suharto. Anmerkungen zur Innenpolitik, in: Schriftenreihe des Instituts für Asienkunde in Hamburg, 1975; Indonesiens Außenpolitik nach Sukarno, 1965—1970. Möglichkeiten und Grenzen eines bündnisfreien Entwicklungslandes, in: Schriftenreihe des Instituts für Asienkunde in Hamburg (in Vorbereitung).



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:  
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preise von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.



# Die sowjetischen Interessen im Nahen Osten seit 1917

Wer die sowjetischen Interessen im Nahen Osten unter dem Gesichtspunkt der Kontinuität betrachtet, könnte leicht geneigt sein, den gegenwärtigen Interessenkonflikt in dieser Weltregion als eine Fortsetzung oder Neuauflage der „Orientalischen Frage“ des vorigen Jahrhunderts anzusehen. Doch hat der heutige Nahost-Konflikt wenig mit der orientalischen Frage gemeinsam, die die Staaten Europas vor mehr als einem Jahrhundert beschäftigte. Die grundsätzlich veränderte weltpolitische Lage, die Verlagerung des Zentrums des Konflikts und die politische Bedeutung dieses Gebietes lassen einen solchen Vergleich nicht zu.

Das außenpolitische Interesse der Sowjetunion zu ermitteln und seine Implikationen zu bestimmen, ist eine analytische Aufgabe, die eine Gesamtbetrachtung der sowjetischen Außenpolitik im weltpolitischen Zusammenhang verlangt. Dies erscheint notwendig, weil die Auswahl der von einem Staat konkret anzustrebenden Interessenobjekte von den Prozessen seiner innerstaatlichen Willensbildung, seiner sozio-ökonomischen Struktur, der Wahrnehmung der Außenwelt und der Beurteilung seiner jeweiligen Lage in der internationalen Politik abhängt. Wir haben daher nach den Motivationen, Zielen und Erwartungen, den internen und externen Bedingungen

sowjetischer Außenpolitik überhaupt und in bezug auf die Staaten des Nahen Ostens zu fragen.

Die Formulierung der Interessen und die Entscheidung über konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung ausgewählter außenpolitischer Interessen wird von jenen Personen oder Gruppen getroffen, die über die Machtinstrumente des betreffenden Staates verfügen. Wir müssen deshalb die Äußerungen und Handlungen sowjetischer Politiker in Vergangenheit und Gegenwart verfolgen. Hierbei ist zu beachten, daß sowjetische Politiker die Interessen ihres Staates in Begriffen des Marxismus-Leninismus beschreiben. Dies zwingt dazu, die Frage der Relevanz der Ideologie für die Formulierung der sowjetischen Interessen zu klären.

Grenzen und Probleme der Analyse ergeben sich daraus, daß das Denken der sowjetischen Entscheidungsträger nicht lückenlos nachvollziehbar ist, die Führung der Sowjetunion die Informationsquellen im Lande weitgehend kontrollieren kann und die Ideologie die nationalen Belange transzendiert. Eine Analyse darf sich deshalb nicht allein auf das Gesprochene und geschriebene Wort der Entscheidungsträger stützen, sondern hat ihr tatsächliches Verhalten und die außenpolitischen Aktionen der Sowjetunion einzubeziehen.

## Der Begriff des „Interesses“

Außenpolitische Interessen werden zu strukturbildenden Faktoren der internationalen Politik insbesondere dort, wo ihre Entsprechungen zur zwischenstaatlichen Zusammenarbeit oder ihre Widersprüche zu zwischenstaatlichen Konflikten führen. Wenn man „Interesse“ als „das Zusammentreffen einer subjektiven Aufmerksamkeitsverteilung seitens einer ‚interessierten‘ Person oder Gruppe mit der objektiven Wahrscheinlichkeit, daß diese Person oder Gruppe von ihrer Umgebung unter gewissen Bedingungen belohnt wird“<sup>1)</sup>, auffaßt, so ist das Interesse gleichzeitig Haltung und Ziel eines ~~Wollenden~~. Wir können also

das außenpolitische Interesse der Sowjetunion im Nahen Osten als das mögliche Verhalten der sowjetischen Entscheidungsträger (Interessenssubjekt) gegenüber dem Nahen Osten (Interessenobjekt) definieren, dessen Realisierung in einer konkreten Situation den existentiellen Belangen der Sowjetunion in maximaler Weise entspricht. Da die Informationen über die Außenwelt selektiv empfangen und in Begriffen des Bezugssystems der Entscheidungsträger bewertet werden, kann der Marxismus-Leninismus bei der Formulierung der sowjetischen Interessen nicht irrelevant sein. Der Marxismus-Leninismus ist kein unabänderliches Gesetz, das die sowjetischen Politiker für jede Situation anwenden können, aber auf der anderen Seite erscheint Politik

<sup>1)</sup> Karl W. Deutsch, Politische Kybernetik, Modelle und Perspektiven, Freiburg 1968, S. 22.



ohne ideologische Präformierung ebenso unmöglich wie die Existenz empirischer Wissenschaft ohne Begriffe und Hypothesen, die auf theoretischer Überlegung beruhen. Vielmehr beinhaltet der Marxismus-Leninismus Überzeugungen, die der Interpretation offenstehen und sogar revidiert werden, wenn sie eine Anpassung an objektive Bedingungen nicht mehr zulassen. Die Bedeutung des Marxismus-Leninismus für die Formulierung der Außenpolitik der Sowjetunion liegt darin, daß er die Wahrnehmung der Außenwelt, der Aktionen anderer Staaten, die Zuordnung von Werten und die Auswahl eigener Handlungsrichtungen, Ziele und Interessen bestimmt. Er legt damit Denkstrukturen fest, die für die Bildung von Entscheidungen wesentlich sind, und versorgt die Entscheidungsträger mit Kategorien und Werten, die es ihnen erlauben, ihr jeweiliges Verhalten zu rechtfertigen.

Man darf aber nicht erwarten, daß die sowjetische Politik allein aus der profunden Kenntnis des Marxismus-Leninismus vorhersagbar wäre: Praktische Politiker können ihre Entscheidungen nicht auf einen in einer bestimmten Zeit gültigen Katalog von Regeln gründen. Auch ist die Lehre des Marxismus-Leninismus permanentem Wandel unterworfen, der von Analytikern sowjetischer Politik nicht vorhergesehen werden kann. Dies wird von Chruschtschow bestätigt, wenn er sagt: „Die Lehre des Marxismus-Leninismus ist der Ausdruck der fundamentalen Interessen der Arbeiterklasse, der fundamentalen Interessen des arbeitenden Volkes. Sie ist kein

Dogma, sondern Anleitung zur praktischen revolutionären Aktion. Auf jeder neuen Stufe der historischen Entwicklung stellt das Leben seine Aufgaben, die sich aus den Erfordernissen der Gesellschaft ergeben. Ein kreativer Zugang zur Lehre, die Fähigkeit, die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus zu entwickeln und voranzutreiben, besteht darin, die neuen Aufgaben gesellschaftlicher Entwicklung auf der Basis <sup>cahier</sup> wissenschaftlichen Durchdringung der Erfahrung des Lebens richtig zu verstehen und Wege zur praktischen Erfüllung dieser Aufgaben zu zeigen.“<sup>2)</sup>

Das sowjetische Konzept des „Interesses“ ist aufgrund des Marxismus-Leninismus eng mit Klassenkategorien verknüpft. Da die Durchsetzung der Interessen des Weltproletariats Macht erfordert, werden die sowjetischen Interessen mit den Interessen des Weltproletariats, als dessen Avantgarde sich die Sowjetführung versteht, identifiziert. Hierdurch erhält das nationale Interesse der Sowjetunion eine normative Qualität.

So wird deutlich, daß die Interessen der Sowjetunion im Nahen Osten aus der Relation zwischen den durch den Marxismus-Leninismus beeinflussten Ziel- und Wertvorstellungen der sowjetischen Entscheidungsträger und den Funktionen dieser Ideologie in einer bestimmten historischen Situation ermittelt werden können. Dies vermag eine Betrachtung der Prämissen sowjetischer Außenpolitik in der historischen Perspektive besonders klar herauszustellen.

## Anfänge sowjetischer Außenpolitik: Lenin

Die Prinzipien sowjetischer Außenpolitik wurden unter der Leitung Lenins schon vor der Oktoberrevolution und in den Gründungsjahren der Sowjetunion im Zentralkomitee der KPdSU ausgearbeitet. Erst ab 1919 ging diese Funktion an das Politbüro über, in dem Lenin wiederum die Führung innehatte. In diesen Gremien setzte er seine politischen Konzeptionen durch, so daß Tschitscherin in einem Gedenkartikel 1924 von Lenin und „seiner Außenpolitik“<sup>3)</sup> sprechen konnte. Der Leiter des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten war nur der Ausführende politischer Direktiven, die oft bis ins Detail

gingen. Lenins persönliche Rolle in der Formulierung der sowjetischen Außenpolitik manifestiert sich insbesondere in seinem Entwurf einer Theorie der internationalen Beziehungen und einer grundlegenden Strategie der Sowjetunion in der Politik gegenüber anderen Staaten.

Nach Lenins Auffassung waren „die Außenpolitik und die internationalen Beziehungen für uns die wichtigste Frage geworden...“<sup>4)</sup> In den ersten Jahren seines Bestehens kämpfte der Sowjetstaat gegen Feinde von innen und außen um seine bloße Existenz, so daß Lenin als vorrangiges Ziel sowjetischer Außenpolitik formulierte: „Das Wichtigste ist,

<sup>2)</sup> Pravda vom 28. 8. 1957.

<sup>3)</sup> Izvestija vom 30. 1. 1924.

<sup>4)</sup> V. I. Lenin, Werke, Berlin 1953, Bd. 28, S. 145.



sowohl für uns als auch vom Standpunkt des internationalen Sozialismus, die Erhaltung Sowjetrußlands.<sup>5)</sup> Die Verluste und Schäden, die der Erste Weltkrieg in Rußland hervorgeufen hatte, die militärische Intervention britischer, französischer, amerikanischer und japanischer Truppen seit dem 9. März 1918 und der Bürgerkrieg begrenzten die Handlungsfähigkeit des neu gegründeten Staates so stark, daß sich dessen politische Führung auf die Aufgabe konzentrieren mußte, „um jeden Preis die Revolution zu verteidigen“<sup>6)</sup>. Von der Zielvorstellung und den eigenen Fähigkeiten aus war es in dieser Situation nur konsequent, wenn die sowjetische Außenpolitik versuchte, die politische und wirtschaftliche Blockade gegen Sowjetrußland zu durchbrechen, bevor sie ihre Aufmerksamkeit anderen Objekten zuwandte. Auch nach Beendigung des Bürgerkrieges und der Intervention blieb es grundlegendes Ziel der sowjetischen Außenpolitik, das Erreichte abzusichern und zu konsolidieren. Das Interesse der Sowjetunion galt vor allem der Erringung faktischer internationaler Anerkennung und den unmittelbaren Anrainerstaaten, zu denen friedliche Beziehungen angestrebt wurden.

Die ersten außenpolitischen Abkommen der Sowjetunion, die Friedensverträge mit den baltischen Staaten und mit dem Iran, Afghanistan und der Türkei, festigten die politische Lage des Staates. Der Inhalt der einzelnen Abkommen läßt deutlich werden, daß es Sicherheits- und Handelsinteressen waren, die die sowjetischen Politiker beim Abschluß dieser Verträge leiteten. Der sowjetisch-iranische Vertrag vom 26. Februar 1921 verpflichtete in Artikel 5 beide Seiten, „nicht zuzulassen, daß auf ihren Territorien der anderen Seite feindlich gesinnte Organisationen oder bewaffnete Gruppen gebildet werden bzw. sich aufhalten“<sup>7)</sup>. Am 28. Februar 1921 schlossen die Sowjetunion und Afghanistan einen Freundschaftsvertrag, dem am 31. August 1921 ein Neutralitäts- und Nichtangriffsabkommen folgte<sup>8)</sup>. Der am 16. März 1921 mit der Türkei abgeschlossene Vertrag ging sogar so weit, daß die Türkei eine Finanzhilfe in Höhe von 10 Millionen Goldrubel für den Ankauf von Waffen erhielt<sup>9)</sup>.

<sup>5)</sup> V. I. Lenin, Werke, Berlin 1953, Bd. 31, S. 126.

<sup>6)</sup> Michail Trusch, Lenin und die Außenpolitik der UdSSR, Frankfurt/Main 1970, S. 74.

<sup>7)</sup> Ebenda, S. 112.

<sup>8)</sup> Ebenda, S. 114.

<sup>9)</sup> Ebenda, S. 118.

Große Bedeutung maßen die sowjetischen Entscheidungsträger der Konferenz von Lausanne (20. November 1922 bis 24. Juli 1923) zu, die sich vor allem mit Nahostfragen beschäftigen sollte. Kern dieser Konferenz war die Meerengenfrage, die auch die Sowjetunion berührte. Das sowjetische Interesse an diesem Problem formulierte Lenin am 27. Oktober 1922: 1. Befriedigung der nationalen Bestrebungen der Türkei, 2. die Schließung der Meerengen für alle Kriegsschiffe in Friedens- und Kriegszeiten, um Konflikte zu vermeiden, 3. die volle Freiheit der Handelsschifffahrt<sup>10)</sup>. Als am 24. Juli 1923 der englische Entwurf angenommen wurde, der die Souveränität der Türkei begrenzte und alle Staaten berechnete, im Schwarzen Meer eine Kriegsflotte zu unterhalten, erhielten die Beschlüsse nicht die Zustimmung der Sowjetunion, deren Vertreter schon während der zweiten Phase der Konferenz vom 23. April 1923 bis 24. Juli 1923 nicht mehr zugelassen worden waren.

Vom Ziel und der Handlungsfähigkeit der sowjetischen Außenpolitik her gesehen, lag der arabische Teil des Nahen Ostens als Interessenobjekt der politischen Führung der Sowjetunion in dieser Zeit an der Peripherie des Denkens und Handelns. Es gibt aus diesen Jahren nur wenige Äußerungen sowjetischer Politiker und Wissenschaftler zur arabischen Welt, und gemessen an der Zahl der Veröffentlichungen, die sich auf arabische Länder bezogen, war die Information über dieses Gebiet in der Sowjetunion gering. Die Aufmerksamkeit der sowjetischen Führung richtete sich — zunächst — auf den Westen, in Erwartung weiterer Revolutionen, und als diese nicht eintraten, auf die situationsbedingten „näherliegenden“ Probleme der unmittelbaren Sicherung des Sowjetstaates.

Lenin hatte sich schon um die Jahrhundertwende mit der Frage der Beziehungen eines — zukünftigen — Sowjetstaates zu den Ostländern beschäftigt und hierbei offenbart, daß er diese Länder als eine Ganzheit und im Zusammenhang mit der revolutionären Bewegung sah. Dies wird auch aus einer Äußerung nach der Gründung der Sowjetunion deutlich, als er feststellte, daß „die revolutionäre Bewegung der Völker des Ostens sich heute nur in unmittelbarer Verbindung mit dem revolutionären Kampf unserer Sowjetrepublik gegen den internationalen Imperialismus erfolgreich entwickeln und ihr Ziel erreichen kann“<sup>11)</sup>.

<sup>10)</sup> Lenin, a. a. O., Bd. 33, S. 372.

<sup>11)</sup> Lenin, a. a. O., Bd. 30, S. 136.



Eine spezifische Hinwendung zu den arabischen Ländern des Nahen Ostens fehlt bei Lenin, doch hatte er die Bedeutung aller abhängigen und unterdrückten Völker in der Dritten Welt für das zukünftige Kräfteverhältnis zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Staaten erkannt. Die nationalen Befreiungsbewegungen auch im Nahen Osten zu unterstützen, schien Lenin schon damals eine lohnende Aufgabe, um Verbündete zu gewinnen und die außenpolitischen Gegner zu schwächen<sup>12)</sup>. Diese Möglichkeit war es vor allem, die auch die arabischen Länder zum Interessenobjekt der Sowjetunion werden ließ. Sie ergab sich aus dem Wandel sowjetischen politischen Denkens, nachdem die in Westeuropa erwarteten Revolutionen nicht eingetreten waren und die Sowjetunion ihre Macht konsolidiert hatte. Die Umgestaltung der Welt wurde nun als ein umfassender Prozeß angesehen, der durch die Oktoberrevolution initiiert worden war und dessen Epizentrum in den Ländern des Nahen und Fernen Ostens lag. Das Leninsche Bild einer Zweiteilung der Welt in einen imperialistischen Westen und einen revolutionären Osten reflektierte den Zusammenbruch der alten, auf Europa zentrierten internationalen Ordnung und begann sich auf die sowjetische Außenpolitik auszuwirken.

Lenins Programm wurde im Juli 1920 auf dem 2. Komintern-Kongreß angenommen und zielte darauf, die kapitalistischen Staaten von ihren Rohstoffquellen, Absatzmärkten und billigen Arbeitskräften im Osten zu trennen und

den Einfluß der kommunistischen Parteien in jenem Gebiet zu stärken.

Auf dem „Kongreß der Völker des Ostens“ in Baku am 1. September 1920 demonstrierten die sowjetischen Entscheidungsträger erneut, daß sie sich der politischen Bedeutung des Nahen Ostens für den Kampf mit dem Kapitalismus bewußt waren: Hier versuchten sie konsequent, die Moslems für einen umfassenden Kreuzzug gegen den Westen zu gewinnen<sup>13)</sup>. Wenn auch die Baku-Konferenz die Erwartungen der Sowjets nicht erfüllte, so wurde ihre Herausforderung doch bereits in westlichen Staaten beachtet. Die um faktische und juristische Anerkennung ringende Sowjetunion mußte in einem Handelsabkommen, das sie am 16. März 1921 mit Großbritannien schloß, versprechen, auf alle feindlichen Handlungen gegen britische Institutionen einschließlich Propaganda unter den asiatischen Völkern zu verzichten<sup>14)</sup>.

Die leninistische Position gegenüber den Ländern und Völkern auch des Nahen Ostens wurde dennoch von Zinoviev auf dem 4. Komintern-Kongreß im November 1922 mit seinen „Thesen zur Ostfrage“ bekräftigt. Aus dieser Sicht lag die politische Signifikanz der Länder des Nahen Ostens darin, daß sie den kapitalistischen Staaten als Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Reservoir billiger Arbeitskräfte dienten und Völker beherbergten, die von Kolonialmächten unterdrückt wurden. Einen Sieg des Sozialismus hielt Lenin nicht für möglich, ohne die Länder und Völker des gesamten Ostens unter Kontrolle des Sozialismus gebracht zu haben.

## Stalins Politik gegenüber dem Nahen Osten

Anders als bei seinem Vorgänger beruhte Stalins Autorität nicht auf einer Überzeugungskraft *innerhalb* der Partei, sondern auf seiner Macht *über* die Partei. Das Politbüro als Entscheidungseinheit verlor damit seine Bedeutung, die es unter Lenins Führung besaß.

Grundlage für die Außenpolitik bildete auch bei Stalin die Erhaltung der UdSSR: „Die Sowjetunion ist die Basis der weltweiten revolutionären Bewegung, und diese Bewegung zu verteidigen und zu erweitern, ohne die So-

wjetunion zu verteidigen, ist unmöglich.“<sup>15)</sup> Aus seiner Sicht wurden die internationalen Interessen des Kommunismus mit dem nationalen Interesse der Sowjetunion gleichgesetzt, eine Auffassung, die sich aus dem dichotomischen Zwei-Lager-Bild ergab, das in den frühen zwanziger Jahren als Reaktion auf die feindliche Umwelt und Bekämpfung der Sowjetunion durch die USA, Großbritannien, Frankreich und Japan entstand. Dem entsprach Stalins Formulierung einer Politik des „Sozialismus in einem Lande“, die er konse-

<sup>12)</sup> Lenin, a. a. O., Bd. 30, S. 145.

<sup>13)</sup> Narody Vostoka 1/1920, S. 59.

<sup>14)</sup> Leonard Shapiro, Soviet Treaty Series, Vol. I, Washington D. C., S. 102.

<sup>15)</sup> I. V. Stalin, Gesammelte Werke, Moskau 1953, Bd. 10, S. 51.



quent verfolgte. Stalin betrachtete daher den internationalen Kommunismus als ein bloßes Instrument der sowjetischen Macht. Revolutionäre Siege ohne sowjetische Hilfe und Führung schienen ihm weder möglich noch wünschbar.

Auch Stalin war die entscheidende Bedeutung der „Ostländer“ bewußt. Er hatte schon am 24. November 1918 unter dem Titel „Vergeßt den Osten nicht“ geschrieben: „Die Imperialisten haben schon immer den Osten als die Grundlage ihres Wohlstandes betrachtet. Sind die unschätzbaren natürlichen Rohstoffquellen des Ostens nicht der Zankapfel zwischen den Imperialisten aller Länder? Dies, in der Tat, erklärt, warum die Imperialisten niemals aufgehört haben, an China, Indien, Persien, Ägypten und Marokko zu denken, während sie in Europa kämpften und über den Westen sprachen — denn der Osten war immer der wirkliche Schlüsselpunkt... Es ist die Aufgabe des Kommunismus, den Jahrhunderte währenden Schlaf der unterdrückten Völker des Ostens zu unterbrechen, die Arbeiter und Bauern dieser Länder mit dem emanzipatorischen Geist der Revolution zu infizieren, sie zum Kampf gegen den Imperialismus zu bewegen und so den Weltimperialismus seiner sichersten und unerschöpflichen Reserven zu berauben.“<sup>16)</sup>

Die wirtschaftliche und militärische Schwäche der Sowjetunion Anfang der zwanziger Jahre hinderte Stalin jedoch daran, den Interessen des Sowjetstaates auch im Nahen Osten Nachdruck zu verleihen. In klassischer „Balance-of-Power“-Diplomatie wurden die Interessen Frankreichs und Großbritanniens gegeneinander ausgespielt und eine gemeinsame Front zwischen revolutionären und nationalen Kräften unterstützt.

An der Auffassung Lenins, daß innerhalb der nationalen Befreiungsbewegungen und ihrer Organisationen die Kommunisten eine führende Rolle spielen sollten, hielt Stalin fest. Gleichzeitig wurde der Versuch unternommen, neben den dem Bürgertum entspringenden nationalen Bewegungen die Bauern und Arbeiter zu einer revolutionären Kraft zu entwickeln, die nach sowjetischem Verständnis des „proletarischen Internationalismus“ sich bedingungslos der sowjetischen Autorität unterordnen mußte<sup>17)</sup>. Die russischen revolutionären

Interessen im Nahen Osten fügten sich zwar im allgemeinen zu den Interessen, die die Sowjetunion mit der Gleichgewichtsdiplomatie verfolgte. Dennoch geriet die sowjetische Außenpolitik in ein Dilemma, da sie die Interessen des „sozialistischen Vaterlandes“ mit den Interessen der Weltrevolution identifizierte. Diese Prämisse führte unter den Bedingungen der Weltpolitik in den zwanziger Jahren auch im Nahen Osten dazu, daß sowjetische Machtinteressen mit revolutionären Interessen in Konflikt gerieten und die sowjetischen Entscheidungsträger die letzteren ihren Machtinteressen opferten.

In diesem Zusammenhang reflektiert das Programm der Errichtung des Sozialismus in einem Lande eine zeitliche Verschiebung des weltrevolutionären Ziels. Stalin hat diese Schlußfolgerung nicht geleugnet, rechtfertigte aber seine Politik mit der Begründung, daß der Machtzuwachs der Sowjetunion auch die revolutionären Kräfte insgesamt stärkt. Die von sowjetischen Politikern behauptete Interessenkongruenz erlaubte ebenso eine Politik der Kooperation, der friedlichen Koexistenz, zwischen Sozialismus und Kapitalismus in einer bestimmten historischen Epoche.

Die Konsolidierung der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, die Katastrophe der kommunistischen Bewegung im Fernen Osten 1927 und ihre Rückschläge auch in Europa führten zu einem Wandel der Strategie der sowjetischen Außenpolitik, der sich in den Resolutionen des 6. Komintern-Kongresses am 1. September 1928 niederschlug. Sie offenbarten den extremen Egozentrismus des Sowjetstaates in der Führung der Außenpolitik und dokumentieren die Revision eines Aspektes Leninscher Strategie gegenüber dem Nahen Osten, die seit dem 2. Komintern-Kongreß von 1920 galt: die Zusammenarbeit von revolutionären und bürgerlich-nationalen Gruppen, die darauf zielte, die Herrschaft der kapitalistischen Staaten in diesem Gebiet abzulösen.

Die neue Strategie gestattete eine Kooperation revolutionärer mit nationalen Gruppen nur dann, wenn sicher war, daß Kommunisten die Bewegung leiteten und revolutionäre Ziele erreicht werden konnten. Sie konzentrierte sich darüber hinaus auf das städtische Proletariat und ignorierte die im Nahen Osten besonders zahlreiche Landbevölkerung. Diese Strategie isolierte die Kommunisten in den Ländern des Nahen Ostens von den nationalen Bewegungen und überließ die politischen

<sup>16)</sup> I. V. Stalin, Werke, Moskau 1953, Bd. 4, S. 174 ff.

<sup>17)</sup> I. V. Stalin, Gesammelte Werke, Moskau 1953, Bd. 10, S. 51.



Aktionen dem nationalen Bürgertum, dessen Stärke die sowjetische Führung unterschätzte.

Nachdem die revolutionäre Agitation trotz guter Ansatzpunkte bei den Aufständischen im August 1929 in Palästina der Sowjetunion keinen Fortschritt gebracht hatte, wurde die sowjetische Führung durch die Aktivität Deutschlands und Italiens im Nahen Osten veranlaßt, wieder nach Zusammenarbeit mit den nationalen Bewegungen zu suchen — eine Politik, die sich auf dem 7. Komintern-Kongreß 1935 in der Annahme der Volksfronttaktik manifestierte. Das gleichwohl geringe Engagement der Sowjetunion im Nahen Osten zwischen 1935 und 1945 kann dadurch erklärt werden, daß die Ereignisse in Mitteleuropa und im Fernen Osten die Aufmerksamkeit der sowjetischen Führung fesselten. Eine Ausnahme bildete nur die kurze Zeit der Kooperation mit dem nationalsozialistischen Deutschland, als die Sowjetunion eine Gelegenheit sah, ihre Position zu verbessern und im November 1940 von Hitler die volle Kontrolle über entscheidende strategische Gebiete und Militärbasen in der Türkei forderte<sup>18)</sup>.

Mit dem Angriff Deutschlands am 22. Juni 1941 stand jedoch die nationale Existenz des Sowjetstaates auf dem Spiel, so daß ihre nationalen Interessen eine Zusammenarbeit mit den Westmächten verlangten. Auch dieses Bündnis versuchte die Sowjetunion zur Förderung ihrer Interessen im Nahen Osten zu nutzen, indem sie von den Alliierten 1944 neben strategischen Punkten in der Türkei das UN-Mandat über Tripolitanien beanspruchte<sup>19)</sup>. Beide Forderungen wurden auf der Konferenz von Potsdam abgelehnt, weil Großbritannien seine vitalen Interessen in Ägypten und im Persischen Golf gefährdet sah, wenn diesem Verlangen nachgegeben würde. Trotzdem ist dieser Zeitraum nicht unbedeutend für die Stellung der Sowjetunion im Nahen Osten geblieben, denn die lokalen kommunistischen Parteien festigten ihre Organisation und gewannen eine Basis zur weiteren Arbeit.

Während der Periode von 1922 bis 1945 konzentrierte die sowjetische Führung ihre Aufmerksamkeit auf Europa und den Fernen Osten. Ihre Interessen im Nahen Osten blieben sekundär gegenüber dem wesentlichen

Interesse, Sicherheit für die Existenz des Sowjetstaates zu erreichen. Die innerstaatlichen Probleme der Sowjetunion, ihre anfängliche wirtschaftliche und militärische Schwäche und die hierdurch begrenzten politischen Möglichkeiten haben ein stärkeres Engagement im Nahen Osten verhindert. Wie bereits Stalin sehr früh deutlich machte, beruhte das Interesse der Sowjetunion im Nahen Osten auf der Eigenschaft dieses Gebietes als Rohstoffquelle, Absatzmarkt und Reservoir billiger Arbeitskräfte, die die Macht westlicher kapitalistischer Staaten mitbegründete. Er schien daher eine Möglichkeit zu bieten, die Macht der Staaten zu verringern, die die sowjetischen Politiker als Gegner betrachteten, und so die internationale Lage der Sowjetunion zu verbessern. Die Sowjets hielten die im Nahen Osten vorhandenen nationalen Bewegungen ebenso für geeignet, ihre kapitalistischen Gegner zu schwächen, doch mußten sie auf längere Sicht unter die Kontrolle der auf die Sowjetunion zentrierten revolutionären Bewegungen gebracht werden. Es war aber konsequent, wenn die Sowjetunion zunächst auf der Konferenz von San Francisco (25. 4.—26. 6. 1945) verlangte, allen abhängigen und kolonialen Ländern die Unabhängigkeit zu geben<sup>20)</sup>.

Aus dem Zweiten Weltkrieg gingen die USA und die Sowjetunion als Weltmächte hervor. Großbritannien und Frankreich wurden erheblich geschwächt, und in der Dritten Welt gewannen die nationalen Befreiungsbewegungen entscheidende Bedeutung. Der von den sowjetischen Führern gesehene und für notwendig erachtete Kampf zwischen Kommunismus und Kapitalismus nahm nach dem vorübergehenden Bündnis während des Zweiten Weltkrieges wieder klare Konturen an: „Der Kampf zwischen den zwei Lagern bestimmt jetzt das Schicksal der ganzen Welt und der Menschheit. Dieser Kampf wird immer mehr zur entscheidenden dynamischen Kraft der Entwicklung unseres Zeitalters zum Kommunismus.“<sup>21)</sup> Stalins Konzeption der antagonistischen zwei Weltlager, deren Zentren die USA und die Sowjetunion bildeten, erlebte eine Renaissance und wurde mit der Grün-

<sup>20)</sup> W. I. Antjuchina-Moskowtschenko, Die internationalen Beziehungen im Mittelmeerraum während der entscheidenden Wende des Kriegsverlaufs, in: W. G. Truchanovskij, Geschichte der internationalen Beziehungen 1939—1945, Berlin 1965, S. 211.

<sup>21)</sup> Z. A. Stepanian, Die unüberwindliche Bewegung zum Kommunismus, in: Voprosy Filosofii 2/1948, S. 87.

<sup>18)</sup> Eugene V. Rostow, The Middle Eastern Crisis in the Perspective of World Politics, in: International Affairs, London, April 1971, Vol. 47 Nr. 2, S. 275.

<sup>19)</sup> Ebenda.



dung der Kominform in Warschau im September 1947 zur offiziellen Leitlinie sowjetischer Außenpolitik. Kriterium der Zugehörigkeit zum kommunistischen Lager war für Stalin die Kontrolle des jeweiligen Staates durch die Sowjetunion. Für ihn gab es keine Neutralität, kein „Nonalignment“, keine „Dritte Kraft“: „In unserer Epoche gibt es keine Dritte Kraft, und sie wird es nicht geben ... Zwei Kräfte, zwei Lager existieren auf der Welt.“<sup>22)</sup> Da es weder einen geographischen noch einen politischen Raum zwischen diesen zwei Lagern gab, klassifizierte Stalin alle Gebiete und Länder, die der sowjetischen Kontrolle nicht erreichbar waren, als feindlich. Die politische Konsequenz dieser Konzeption für das sowjetische Verhalten gegenüber den Ländern des Nahen Ostens bestand so in der Begrenzung der Möglichkeiten für die sowjetische Politik, die Interessen des Sowjetstaates in dieser Weltregion wirksam zu fördern. Die Konzeption Stalins war den Realitäten in den Ländern des Nahen Ostens nicht angepaßt, denn es hätte in der Logik der Entwicklung gelegen, diese Länder als Dritte Kraft anzuerkennen.

In der ersten Phase Stalinscher Nachkriegspolitik, als der Antagonismus noch nicht die spätere Härte und Ausschließlichkeit angenommen hatte, wurden die lokalen kommunistischen Parteien im Nahen Osten noch angewiesen, die nationalen Befreiungsbewegungen zu unterstützen, doch zeigten sowjetische Forderungen gegenüber den unmittelbaren südlichen Anrainerstaaten bereits weitergehende Interessen der Sowjetunion an: Sie stellte territoriale Ansprüche an die Türkei, verlangte eine Revision des internationalen Status der Dardanellen und einen Vertrag mit dem Iran, der die Nutzung der Ölquellen in diesem Lande betraf<sup>23)</sup>.

In den arabischen Ländern des Nahen Ostens versuchte die Sowjetunion zunächst, das Bewußtsein einer durch die imperialistischen Mächte verursachten Armut, Rückständigkeit und Abhängigkeit zu erzeugen und sich selbst in einer progressiven Rolle bei der Entwicklung nationaler Befreiungsbewegungen darzustellen: „Die Position der Sowjetunion zur kolonialen Frage unterscheidet sich grundsätzlich von der der kapitalistischen Länder. Die Sowjetunion war immer der unerschütterliche Feind aller Formen und Erscheinungen kolo-

nialer Unterdrückung.“<sup>24)</sup> Obwohl die Sowjetunion im Nahen Osten nie als Kolonialmacht aufgetreten war, schien die Lage in diesen Ländern für die Förderung ihrer Interessen sehr kompliziert. Das harte innersowjetische Vorgehen gegen den Pan-Islamismus und die Juden schuf eine Barriere insbesondere gegenüber den herrschenden Klassen in den Nahostländern, so daß die kleinen kommunistischen Parteien nicht offen unterstützt werden konnten und diese wenig Chancen hatten, innerhalb der nationalen Befreiungsbewegungen entscheidende Positionen zu besetzen.

In der Konsequenz des sowjetischen Ringens mit den kapitalistischen Staaten lag es, wenn die Sowjetunion den Kampf der Israelis gegen die britische Mandatsmacht in Palästina während der Jahre 1946—1948 mit Waffenlieferungen förderte, für einen separaten israelischen Staat in Palästina plädierte und den Angriff der Arabischen Liga auf den neuen Staat als „Aggression“ bezeichnete<sup>25)</sup>, denn die Verdrängung Großbritanniens aus Palästina schwächte den Einfluß der Westmächte und bedeutete einen Prestigeverlust, da sie aufzeigte, daß man eine Großmacht überwinden konnte. Darüber hinaus mußte ein israelischer Staat inmitten der arabischen Welt permanenten Konflikt zwischen dem Westen und den Arabern schaffen und auf lange Sicht der Sowjetunion günstige Ansatzmöglichkeiten bieten, um in dieser Weltregion Fuß zu fassen. Aber bereits im Herbst 1948 konnte die Sowjetunion keinen Nutzen mehr aus den Bindungen an Israel ziehen, als sich die Beziehungen zwischen Israel und Großbritannien normalisierten.

Die zunehmende antiwestliche Bewegung in den arabischen Ländern leitete Ende der vierziger Jahre die zweite Phase der Stalinschen Nachkriegspolitik im Nahen Osten ein, die sich auf propagandistische Arbeit beschränkte, weil Stalins außenpolitische Konzeption keine wirksamere Verfolgung sowjetischer Interessen zuließ. Das geringe Engagement der Sowjetunion im Nahen Osten von 1949 bis 1953 hat der sowjetischen Politik später sehr genützt, da dieses Verhalten den Eindruck des „Desinteresses“ bei vielen Arabern hervorrief.

Die Wandlung der Sowjetunion zur Weltmacht am Ende des Zweiten Weltkrieges ver-

<sup>22)</sup> Ebenda, S. 86.

<sup>23)</sup> *Novoe vremja* vom 1. 10. 1945.

<sup>24)</sup> *Pravda* vom 7. 8. 1947.

<sup>25)</sup> Eugene V. Rostow, a. a. O., S. 280.



lieh der sowjetischen Führung ein neues Bewußtsein der größeren eigenen Handlungsfähigkeit und Stärke, das eine Erweiterung der Interessen stimulierte. Hierbei waren es die strategische und ökonomische Bedeutung der Türkei, des Iran und Tripolitaniens, die das Interesse der sowjetischen Führung hervorriefen. Der Versuch, diese Interessen teils durch politischen Druck, teils mit Zustimmung der Westmächte zu realisieren, schlug fehl, weil sie den Interessen der Westmächte zuwiderliefen und diese sich in der stärkeren Position befanden.

Die politische Situation im Nahen Osten während der Jahre 1945—1953 bot vielfältige und erfolgversprechende Ansatzmöglichkeiten für die sowjetischen Politiker, die Interessen ih-

res Staates wirksam zu fördern, doch haben die Vorstellungen Stalins von einer antimonistisch-zweigeteilten Welt und der hiermit verknüpfte Wille zur absoluten Kontrolle die Wahrnehmungsfähigkeit vieler sowjetischer Politiker so verengt, daß der reale Charakter der internationalen Lage nicht erkannt werden konnte. Wie das Verhalten gegenüber Israel nach 1948 zeigt, verlor die sowjetische Führung die Orientierung, wenn das Muster der internationalen Beziehungen nicht mehr dem vorgegebenen Bild entsprach. Sie war nur selten fähig, die begrenzten gemeinsamen Interessen, die sie mit den nationalen Bewegungen in diesen Ländern teilte — das Hinausdrängen der kapitalistischen Staaten aus diesem Gebiet —, in längerfristige politische Aktionen zu verwandeln.

## Sowjetische Nahost-Politik in der Chruschtschow-Ära

Nach dem Tod Stalins paßten sich dessen Nachfolger den Realitäten der Außenwelt wieder an, obwohl eine stringente marxistisch-leninistische Analyse der internationalen Lage aus den Jahren 1953/54 fehlt. Das kurzlebige Malenkov-Regime, dessen Ziel es war, die bestehende Machtposition der Sowjetunion zu erhalten, durch möglichst geringe Kräfte abzusichern und mit den frei werdenden Mitteln die innere Ausgestaltung des Staates zu verbessern, hat bereits die allmähliche Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik gegenüber den Ländern des Nahen Ostens eingeleitet. Die sowjetische Führung suchte wieder den Kontakt zu den antiwestlich eingestellten Unabhängigkeitsbewegungen in den arabischen Ländern und begann erneut eine Politik der Unterstützung, anstatt den bedingungslosen Übertritt zum Kommunismus zu fordern.

Trotz der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel im Juli 1953 setzte sich in der Sowjetunion immer stärker die Erkenntnis durch, daß in dem permanenten Konflikt zwischen Arabern und Israelis deutlich Stellung genommen werden mußte, wenn die sowjetischen Interessen optimal erfüllt werden sollten. Da es den Sowjets aufgrund begrenzter gemeinsamer Interessen näher lag und vorteilhafter schien, sich den Zielen der Araber anzupassen, unterstützte die Sowjetunion die arabischen Staaten konsequent bei den Abstimmungen in der UNO <sup>26)</sup>.

<sup>26)</sup> L. N. Vatolina/E. A. Beljaev, Die Araber im Kampf um ihre Unabhängigkeit (russ.), Moskau

Die Versuche Malenkovs, die Beziehungen zur Türkei und zum Iran freundschaftlicher zu gestalten, reflektieren ein eher defensives Verhalten. Das mangelnde Machtbewußtsein, die Absicht Malenkovs, nur eine Minimalabschreckungsmacht aufzubauen und die Konsumgüterindustrie stärker zu fördern, boten seinen Kritikern, Chruschtschow und Bulganin, Anlaß zu seinem Sturz. Sie verlangten den weiteren Aufbau militärischer Streitkräfte und der Schwerindustrie, die nach ihrer Meinung die essentiellen Grundlagen des Kampfes gegen die Weltmacht USA und ihre Verbündeten bildeten <sup>27)</sup>.

Das neue Regime begann eine dynamische Politik, die darauf zielte, die internationale Lage völlig umzuformen, das westliche Bündnisystem, das in der Stalin-Ära geschaffen wurde, zu zerbrechen, und die nicht mehr nach totaler Kontrolle, sondern nach Einfluß strebte. Sie erhob die „Schwächung der Positionen des Imperialismus“ zum Programm und bemühte sich, in diese Positionen selbst einzurücken <sup>28)</sup>.

Die grundsätzliche Neubewertung der Funktion der Dritten Welt hatte für die sowjetische Haltung gegenüber dem Nahen Osten weitreichende Konsequenzen: entschlossen

1957, S. 10; vgl. A. F. Sultanov, Sowjetisch-arabische Freundschaftsbeziehungen (russ.), Moskau 1961, S/ 18.

<sup>27)</sup> Pravda vom 8. 11. 1954; vgl. Izvestija vom 3. 2. 1955.

<sup>28)</sup> A. F. Sultanov, a. a. O., S. 21.



wurde nunmehr die antiwestliche Politik arabischer Staaten unterstützt, sowjetisches technologisches Know-how, Kapital und Waffen angeboten, die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen ausgeweitet<sup>29)</sup>. Mit der Anerkennung der politischen Eigenständigkeit der Staaten der Dritten Welt durch die Sowjetunion in der Erklärung des Außenministeriums zur Bandung-Konferenz (18.—24. 4. 1955) und dem über die CSR abgewickelten sowjetisch-ägyptischen Waffengeschäft vom September 1955 erzielte die sowjetische Außenpolitik ihren entscheidenden Durchbruch im Nahen Osten<sup>30)</sup>. Der sowjetische Entschluß, Waffen zu Bedingungen an Ägypten zu liefern, die der Westen nicht zu erfüllen bereit war, enthielt wenig Risiken, erzeugte aber stetig enger werdende Beziehungen und Bindungen, die den Einfluß der Sowjetunion im Nahen Osten wesentlich stärkten und somit ihren Interessen dienten. Sie werden auch aus der ideologischen Rechtfertigung dieser Politik deutlich, die der sowjetische Parteichef Chruschtschow, der in zunehmendem Maße die Außenpolitik der Sowjetunion bestimmte, auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 gab. Chruschtschow definierte die internationale Lage der Sowjetunion in bezug auf drei Kategorien von Staaten: den sozialistischen, den imperialistischen und den nicht zu den ersten beiden zählenden<sup>31)</sup>. Für ihn existierte eine Welt, in der zwei Weltmächte und ihre Staatensysteme um Macht und Einfluß kämpften. In diesem Ringen maß Chruschtschow den ungebundenen und unterentwickelten Staaten große Bedeutung zu und sah eine neue Epoche anbrechen: „Die vollständige Auflösung des infamen Kolonialsystems ist als eines der akutesten und dringendsten Probleme auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die neue, von Lenin vorhergesagte Periode in der Weltgeschichte, in der die Völker des Ostens bei der Bestimmung der Ziele der ganzen Welt eine aktive Rolle spielen und zu einem neuen und mächtigen Faktor in den internationalen Beziehungen geworden sind, ist angebrochen.“<sup>32)</sup>

Auf den signifikanten Wandel der sowjetischen Sicht der internationalen Politik weisen auch die Neugründung des „Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen“ im April 1956, der Boom der politikwis-

senschaftlichen Literatur und die Rezeption der westlichen wissenschaftlichen Werke über internationale Politik hin. Sowjetische Politiker betonten sogar, daß die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung zur Formulierung sowjetischer Außenpolitik herangezogen werden müßten<sup>33)</sup>. Die im Nahen Osten praktizierte Politik und ihre Rechtfertigung auf dem 20. Parteitag dokumentieren den fundamentalen Wechsel der sowjetischen Strategie, die ein Dilemma lösen soll, das seit 1954 von den sowjetischen Politikern empfunden wird: den Widerspruch von marxistisch-leninistischem Auftrag der Weltrevolution und der Möglichkeit der eigenen Vernichtung durch einen nuklearen Weltkrieg. Bereits Malenkow war bewußt, daß ein Weltkrieg, der mit nuklearen Waffen ausgetragen würde, „die Zerstörung der Weltzivilisation“<sup>34)</sup> bedeutete. Die Erkenntnis dieser Gefahr und das Bewußtsein der sowjetischen Inferiorität ließen Chruschtschow zu der von Lenin empfohlenen indirekten Strategie zurückkehren. Mit seinem Verhalten demonstrierte er die Fähigkeit, ideologische Positionen zu überdenken und, falls nötig, zu revidieren sowie der Realität anzupassen.

Die erneute Proklamation einer Politik der friedlichen Koexistenz verlieh der sowjetischen Außenpolitik pragmatische Flexibilität, war aber zugleich mit dem Anspruch verbunden, die politischen Entwicklungen überall in der Welt beeinflussen zu können. Eine bloße Erhaltung der bestehenden internationalen Machtverteilung konnte die sowjetische Führung nicht hinnehmen, wenn sie ihr revolutionäres Ziel nicht aufgeben wollte, wie Chruschtschow später deutlich schrieb: „Kein Marxist-Leninist interpretierte die friedliche Koexistenz der Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen jemals als Aufrechterhaltung des status quo.“<sup>35)</sup>

Eine politische Führung, die das Ringen mit der gegnerischen Weltmacht als hervorstechendsten Wesenszug der internationalen Politik betrachtete, die bestehende internationale Machtverteilung zu ihren Gunsten zu ändern suchte, ohne durch einen Krieg mit den USA die nationale Existenz zu gefährden, mußte sich bemühen, ihre ökonomische, tech-

<sup>29)</sup> L. N. Vatolina, a. a. O., S. 184.

<sup>30)</sup> Ebenda, S. 21.

<sup>31)</sup> Pravda vom 15. 2. 1956.

<sup>32)</sup> Ebenda.

<sup>33)</sup> Sovetskoe vostokovedenje 1/1956, S. 11.

<sup>34)</sup> Pravda vom 13. 3. 1954.

<sup>35)</sup> Pravda vom 22. 12. 1963; vgl. A. A. Gramyko, Friedliche Koexistenz — Der leninistische Kurs der Außenpolitik der Sowjetunion (russ.), Moskau 1962, S. 5.



nologische und militärische Basis zu vergrößern und ihre Interessen in der Dritten Welt auszuweiten.

Der Nahe Osten erhielt unter diesen Aspekten als Interessenobjekt der Sowjetunion einen neuen Wert: Die Aussicht, innerarabische, arabisch-israelische Konflikte und den Emanzipationsprozeß von westlicher Vorherrschaft ausnutzen zu können, die kapitalistischen Staaten von ihren Rohstoffquellen, Absatzmärkten und strategischen Positionen zu verdrängen und diese sich selbst nutzbar zu machen, rief das eindrucksvolle sowjetische Engagement nach 1954 hervor<sup>36)</sup>. Durch die Bemühungen der USA, die Nahost-Staaten in das westliche Bündnissystem zu integrieren, und durch den Abschluß des Bagdad-Paktes sahen die Sowjets darüber hinaus unmittelbare Sicherheitsinteressen berührt<sup>37)</sup>. Die Nahost-Politik Chruschtschows reflektiert daher das aufgeklärte außenpolitische Interesse der Sowjetunion, mit diesen Staaten freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten — obwohl Angehörige der kommunistischen Parteien verfolgt wurden —, ökonomische und damit politische Abhängigkeit zu erzeugen, ideologische Verbündete zu gewinnen und militärstrategische Vorteile gegenüber den USA zu erzielen. Diese Außenpolitik übertrug das Ringen der Weltmächte mit neuen Mitteln und Methoden auch auf den Nahen Osten.

Dem differenzierten und auf die Bedürfnisse der einzelnen Nahost-Staaten berechneten politischen Verhalten der Sowjetunion kam eine oft unkritische und die Konsequenzen nicht bedenkende Bereitschaft dieser Staaten entgegen, die begrenzten gemeinsamen Interessen übermäßig zu betonen.

Schon im Jahre 1955 war es den Sowjets gelungen, durch ein insbesondere auf Ägypten und Syrien bezogenes Hilfs- und Handelsprogramm von bis dahin unbekanntem Ausmaß und das entscheidende Waffengeschäft vom September 1955 dem Bagdad-Pakt entgegenzuwirken. Die Sowjetunion betrachtete das westliche Paktsystem im Nahen Osten als Einengung ihrer Handlungsfreiheit, weil jede ernste Auseinandersetzung mit diesen Staaten einen Konflikt mit den USA bedeutet hätte. Mit dem Waffenlieferungsabkommen von 1955 verhalf die Sowjetunion Ägypten aus einem Dilemma, da sie die von Nasser gewünschten Waffen lieferte und als Bezahlung

Waren akzeptierte, die im Westen nicht abgesetzt werden konnten, und bereitete so den Boden für engere wirtschaftliche und politische Bindungen. Dieser sowjetische Erfolg schwächte darüber hinaus die Stellung des Irak in der arabischen Welt und veränderte das militärische Gleichgewicht.

Während die Sowjetunion ihre Rolle als Protektor der arabischen Interessen betonte, bewies die Politik der ökonomischen, finanziellen und militärischen Hilfe ihre Eignung, die auf die Angebote der Sowjetunion eingehenden Staaten des Nahen Ostens aus westlicher Abhängigkeit zu befreien und sowjetischem Einfluß zu öffnen.

Als Nasser am 26. Juli 1956 auf die Weigerung der USA, Großbritanniens und der Weltbank, das Assuan-Projekt zu finanzieren, mit der Verstaatlichung des Suez-Kanals reagierte, unterstützte die Sowjetunion die ägyptische Aktion<sup>38)</sup> und erhöhte sogleich ihre militärtechnologische und wirtschaftliche Hilfe. Während zunächst das Recht Ägyptens betont wurde, den Suez-Kanal uneingeschränkt zu verwalten, meldete die Sowjetunion später ihr Mitspracherecht an und legte in der Folgezeit gegen alle Lösungsversuche, die keine sowjetische Beteiligung vorsahen, ihr Veto ein<sup>39)</sup>.

Die israelische Invasion Ägyptens im Oktober 1956, der ein britisch-französischer Versuch, die Suezfrage militärisch zu lösen, unmittelbar folgte, bot der Sowjetunion eine einzigartige Gelegenheit, sich mit der arabischen Welt zu solidarisieren, zeigte aber ebenso die für Moskau neue Gefahr, auch militärisch in den Nahost-Konflikt verwickelt zu werden. Einen Krieg hatte die sowjetische Führung weder erwartet noch wollte sie an ihm beteiligt sein<sup>40)</sup>, wie auch die Verlegung der IL-28 Staffel nach Oberägypten schon andeutete. Als eigentlichen Gegenspieler sahen die Sowjetführer im Nahen Osten die USA: Sie wurden in einer Propagandakampagne als wirkliche Feinde der arabischen Staaten hingestellt<sup>41)</sup>. Während Präsident Eisenhower am 5. Januar 1957 das amerikanische Interesse im Nahen Osten neu formulierte<sup>42)</sup>, ersetzte die Sowjetunion die den Ägyptern verlorengegangenen Waffen und band durch zu

<sup>36)</sup> Pravda vom 1. 8. 1956.

<sup>37)</sup> L. N. Vatolina, a. a. O., S. 192.

<sup>40)</sup> Izvestija vom 23. 4. 1957.

<sup>41)</sup> Izvestija vom 15. 12. 1956.

<sup>42)</sup> Eugene V. Rostow, a. a. O., S. 277; vgl. L. N. Vatolina, a. a. O., S. 25.

<sup>36)</sup> L. N. Vatolina, a. a. O., S. 22.

<sup>37)</sup> Pravda vom 16. 4. 1955.



sätzliche finanzielle Anleihen und Handelsabkommen Ägypten und Syrien noch stärker an sich. Auch übernahm sie Finanzierung und Bau des Assuan-Projekts<sup>43)</sup>. Die Reaktion der Sowjetunion auf die Eisenhower-Doktrin, deren Ausführung das weitere sowjetische Vordringen verhindern sollte, war so erfolgreich, daß ihre Thesen vollständig von der öffentlichen Meinung in den arabischen Ländern übernommen wurden<sup>44)</sup>.

Mit Syrien, das sich 1957 am stärksten an die Sowjetunion anlehnte, schlossen die Sowjets am 28. Oktober 1957 einen Kooperationsvertrag, der ihre Position und ihren Einfluß wesentlich stärkte. Eine dreimonatige Kampagne gegen den Westen, die sogar in der militärischen Bedrohung der Türkei gipfelte, hatte diesen Vertrag vorbereitet<sup>45)</sup>.

Das Grundmuster sowjetischer Nahost-Politik änderte sich 1958 nur wenig. Die unerwartete Revolution am 14. Juli in Bagdad wirkte sich vorteilhaft für die Sowjetunion aus, da hiermit ein weiterer Staat aus dem westlichen Paktsystem ausschied und sowjetischem Einfluß zugänglich wurde<sup>46)</sup>. Ein Wirtschaftshilfeabkommen am 11. Oktober 1958, die Waffenlieferung vom April 1959, der Konflikt zwischen Nasser und der irakischen Führung und die starke irakische KP boten auch hier der Sowjetunion Gelegenheit, mehr Einfluß zu gewinnen und zugleich den ägyptischen Präsidenten zur Mäßigung gegenüber Kommunisten zu veranlassen<sup>47)</sup>.

Die Verfolgung von Anhängern der kommunistischen Partei in Ägypten im Jahre 1958 führte zwar zu einer Abkühlung der sowjetisch-ägyptischen Beziehungen, doch dies beeinträchtigte nicht die gegenseitigen Bindungen und den Strom der ökonomischen und militärischen Unterstützung, solange die internationale Position der Sowjetunion aus dieser Beziehung Vorteile zog.

Auch hier mißachtete die Sowjetführung die Interessen der lokalen kommunistischen Partei, da das bestehende Verhältnis zu Ägypten ihren nationalen Interessen nützte. So übte Chruschtschow auf dem 21. Parteitag im Januar 1959 nur milde Kritik: „Wir können nicht versäumen, die Tatsache klar auszusprechen, daß eine Kampagne gegen progres-

sive Kräfte in einigen Ländern unter dem falschen Slogan des Antikommunismus geführt wird... Der Kampf gegen kommunistische und andere progressive Parteien ist eine reaktionäre Sache.“<sup>48)</sup> Zugleich machte Chruschtschow deutlich, daß beim Kampf gegen den Imperialismus die ideologische Übereinstimmung mit dem Partner zweitrangig sei: „Ideologische Meinungsverschiedenheiten müssen die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen unseren Ländern nicht behindern.“<sup>49)</sup>

Die Äußerungen Chruschtschows auf dem 21. Parteitag zu den Zielen und Interessen der Sowjetunion spiegeln auch die Erkenntnis wider, daß die Eigenschaften der arabischen Führer eine folgerichtige und systematische Politik sehr erschwerten. Einerseits mußten die Sowjets nach einer politischen Gruppe suchen, die sich ihnen bedingungslos anpaßte, andererseits behinderte der Widerspruch zwischen Kommunismus und Nationalismus diese Bemühungen. Das Problem der Steuerung und das Interesse der Sowjetunion an der Kontrolle von krisenhaften Entwicklungen im Nahen Osten war für die sowjetische Führung immer akuter geworden, da sie eskalierende Kriege für möglich hielt und einer solchen Eigengefährdung ausweichen wollte<sup>50)</sup>. Von dieser Erkenntnis her ist auch das Streben nach mehr Einfluß zu verstehen. Die oft spontanen Aktionen der Araberführer nahmen den Sowjets immer wieder die Initiative und zwangen sie zur Improvisation. Da selbst eine kommunistische Partei im Nahen Osten nur bedingt lenkbar war, konnte die Sowjetunion nur dann mit einem Erfolg ihrer Politik rechnen, wenn es gelang, das Eingreifen der USA in die für die Sowjetunion auswertbaren Konflikte im Nahen Osten zu verhindern.

Der politische, wirtschaftliche und militärische Einfluß der USA in dieser Weltregion mußte daher verringert, ihre Bewegungsfreiheit eingengt werden. So forderte die Sowjetunion von den USA, ihre Stützpunkte im Nahen Osten aufzugeben, die 6. Flotte aus dem Mittelmeer zurückzuziehen und die Eisenhower-Doktrin fallenzulassen. Die große Bedeutung des Zusammenwirkens von Militärstrategie und Politik für die eigene Handlungsfreiheit war den Sowjets schon in den fünfziger Jahren bewußt: „Militärstrategie ist eine aktive Hilfe der Politik, die zu-

<sup>43)</sup> A. F. Sultanov, a. a. O., S. 20.

<sup>44)</sup> L. N. Vatolina, a. a. O., S. 26.

<sup>45)</sup> Izvestija vom 27. 8. 1957.

<sup>46)</sup> Pravda vom 14. 7. 1960.

<sup>47)</sup> A. F. Sultanov, a. a. O., S. 20.

<sup>48)</sup> Pravda vom 28. 1. 1959.

<sup>49)</sup> Ebenda.

<sup>50)</sup> Kommunist 1/1961, S. 4; Pravda vom 17. 9. 1963.



weilen entscheidenden Einfluß auf ihre Entwicklung ausübt, wie dies gegenwärtig der Fall ist.“<sup>51)</sup> Aber während die Sowjetunion ihre militärische Macht gegen Ende der fünfziger Jahre entscheidend auf strategische Raketenwaffen stützte und sich hier auch überlegen glaubte<sup>52)</sup>, zeigten die Fehlprognosen einer amerikanischen „Raketenlücke“ und der Rückzug aus Kuba 1962 deutlich ihre strategische Unterlegenheit gegenüber dem Hauptgegner.

Ihr Fehlschlag in Kuba führte den sowjetischen Entscheidungsträgern erneut vor Augen, daß „die Verhinderung des nuklearen Krieges eine Voraussetzung für die sozialistische Weltrevolution“<sup>53)</sup> darstellte und das revolutionäre Ziel nur bei eigener strategischer Überlegenheit, die global einsetzbar war, erreicht werden konnte. Ein Wandel der sowjetischen Seestrategie war dazu zwingend notwendig und wurde auch vollzogen, wenn

sowjetische Militärwissenschaftler die Unerläßlichkeit globalstrategischer Mobilität und den Charakter maritimer Operationen als „instruktiv für die Bestimmung von Aufgaben und Aufbau unserer Seestreitkräfte“<sup>54)</sup> bezeichneten. Aus dieser Perspektive gewann auch der Nahe Osten für die Sowjetunion größere Bedeutung, und sie erweiterte ihre Interessen in diesem Gebiet. Es war deshalb konsequent, wenn die Sowjetunion sich seit dieser Zeit stärker um Stützpunkte im Nahen Osten bemühte und dem Aufbau einer Mittelmeerflotte mehr Nachdruck verlieh. Neben dem direkten militärischen Nutzen gewährte die Präsenz sowjetischer Streitkräfte und die Einsatzbasen im östlichen Mittelmeer der wirtschaftlichen und politischen Durchdringung der Staaten des Nahen Ostens einen wertvollen Schutz, da sie die Handlungsfreiheit des Gegners insbesondere in Krisensituationen begrenzte.

## Die sowjetischen Interessen im Nahen Osten unter Breschnew und Kossygin

Die Nachfolger Chruschtschows setzten dessen generelle strategische Linie in der Politik gegenüber den Staaten des Nahen Ostens fort. Sie zielt auf eine graduelle Veränderung der Machtverteilung zwischen den Weltmächten zugunsten der Sowjetunion: „Sowjetische Außenpolitik dient dazu, friedliche Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu sichern, Einheit und Zusammenhalt der sozialistischen Länder zu gewährleisten, revolutionäre Befreiungsbewegungen zu unterstützen, die Solidarität und Zusammenarbeit mit den unabhängigen afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern zu fördern und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen weiterzuentwickeln.“<sup>55)</sup>

Das Grundmuster dieser Politik ist bis heute erhalten geblieben. Aber deutlicher als wäh-

rend der Regierungszeit Chruschtschows bestimmen aus sowjetischer Sicht zwei Elemente den internationalen Machtkampf: der Aufstieg der Volksrepublik China und die Notwendigkeit für eine Weltmacht — wie die Sowjetunion —, ihre Interessen in allen Teilen der Erde wirksam vertreten und möglichst durchsetzen zu können, ohne sich selbst zu sehr zu gefährden. Die steigende Bedeutung der Volksrepublik China wurde schon Anfang der sechziger Jahre gesehen: „China, das Land mit einem Viertel der Erdbevölkerung, wird sich, wenn es einen gewissen Entwicklungsstand der Produktivkräfte erreicht hat, auch in ökonomischer Hinsicht zu einer der größten Weltmächte entwickeln.“<sup>56)</sup>

Obwohl der Wettbewerb der Sowjetunion mit den USA auch gegenwärtig noch dominiert, hat die sowjetische Führung erkannt, daß sich die internationale Politik in zunehmendem Maße in einer Dreiecksbeziehung vollzieht, die die Sowjetunion zwingt, langfristig ihre Machtpositionen zu sichern und auszudehnen<sup>57)</sup>.

<sup>51)</sup> N. A. Talenskij, Militärstrategie und Außenpolitik, in: *Meždunarodnaja žizn* 3/1958, S. 38.

<sup>52)</sup> *Pravda* vom 27. 3. 1958.

<sup>53)</sup> B. N. Ponomarev, Einige Probleme der revolutionären Bewegung, in: *World Marxist Review*, Dezember 1962, S. 9.

<sup>54)</sup> N. A. Lomov, Grundlegende Thesen zur sowjetischen Militärdoktrin, in: *Krasnaja zvezda* vom 10. 1. 1964, S. 3.

<sup>55)</sup> V. L. Israelian et al. *Sowjetische Außenpolitik. Ein kurzer Rückblick* (russ.), Moskau 1967, S. 21.

<sup>56)</sup> E. S. Varga, *Der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1962, S. 113.

<sup>57)</sup> M. I. Sladkovskij, *Die leninistische Politik der Sowjetunion gegenüber China* (russ.), Moskau 1968, S. 17.



Der sowjetischen Außenpolitik stellt sich daher die Aufgabe, das relative Gewicht der Sowjetunion durch ihre Mittel und Methoden gegenüber den USA und ihren Verbündeten sowie der Volksrepublik China zu erhöhen, wobei nicht an die Errichtung eines Imperiums gedacht wird, sondern die Sowjetunion eine sozialistische Gemeinschaft der Nationen schafft, deren Glieder eine Form der Zusammenarbeit finden und praktizieren, die der Sowjetunion eine der klassischen Hegemoniestaaten ähnliche Position gewährt.

Unter dem Gesichtspunkt des Ringens der Weltmächte um politische, wirtschaftliche und militärstrategische Superiorität gewann der Nahe Osten für die Sowjetunion wachsenden Wert, denn die Vorherrschaft über ein Gebiet, das durch seine zahlreichen Erdölquellen, seine strategische Lage und als Absatzmarkt bedeutsam ist, konnte die internationale Machtstruktur wesentlich verändern.

Diese mit den Zielen des Sowjetstaates korrespondierenden Eigenschaften des Objekts erzeugten die Interessen der Sowjetunion und riefen ihr erhöhtes Engagement hervor. So erhielten — wie schon zwischen 1955 und 1964 — die Länder des Nahen Ostens den größten Teil der sowjetischen Wirtschaftshilfe, ca. 40 %, wobei Ägypten der bedeutendste Einzelpfänger war. Die gesamte sowjetische Wirtschaftshilfe an Ägypten in den Jahren 1954—1968 umfaßte mehr als 1 Milliarde Dollar<sup>58)</sup>. Da für die Sowjetunion diese Hilfe ökonomisch immer ein Verlustgeschäft darstellt, sind die politischen Motivationen offensichtlich<sup>59)</sup>, obwohl die sowjetischen Politiker bei diesen Investitionen auch ökonomische Kriterien berücksichtigten. Über eine bloße Wirtschaftshilfe hinaus hat auch die neue Führung der Sowjetunion versucht, ihren Einfluß und — in Staaten wie Ägypten — die Abhängigkeit durch Handelsverträge und technologische Hilfe zu vergrößern. Die „Gemeinsamen Wirtschaftsausschüsse auf Regierungsebene“, die seit 1965/66 bestehen, gestatten es der Sowjetunion, sich genau über die Wirtschaftsentwicklung Ägyptens zu informieren<sup>60)</sup>. Bereits bis April 1965 stammten

47,5 % der gesamten Kredite an Ägypten aus den sozialistischen Ländern<sup>61)</sup>.

Ausmaß und Charakter dieser Handelsvereinbarungen sowie der Versuch der Sowjetunion, politische Gruppen in den Staaten des Nahen Ostens zu fördern, die auch eine stärkere ideologische Anlehnung an die Sowjetunion erwarten ließen, zeigen deutlich das sowjetische Interesse, außenpolitische Übereinstimmung mit diesen Nationen zu erzielen.

Der Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und Ägypten vom 27. Mai 1971 verpflichtete die Partner sogar zur Zusammenarbeit auf allen Gebieten und zur Konsultation<sup>62)</sup>. Er wurde geschlossen, obwohl der ägyptische Präsident Sadat die Mitglieder einer auch gesellschaftspolitisch nach der Sowjetunion ausgerichteten Oppositionsgruppe um Ali Sabri Anfang Mai 1971 entmachtet hatte und gerichtlich verfolgen ließ.

Der Vertrag bestätigte nicht nur den bis dahin bestehenden Zustand. Sein Zweck war es vielmehr, bisherige Bindungen zu sichern, zu vertiefen und weitere Möglichkeiten zu schaffen, die der Sowjetunion eine effektivere Einwirkung auf die Politik im Nahen Osten gestatteten. In diesem Kontext müssen auch die Gespräche des ägyptischen Präsidenten Sadat in Moskau vom 11. bis 13. Oktober 1971 gesehen werden. Der ägyptische Präsident versprach damals erneut, sich bei der Umgestaltung der Gesellschaft seines Landes der Erfahrung der Sowjetunion zu bedienen und verurteilte Antikommunismus und Antisowjetismus, während die sowjetische Führung die militanten Äußerungen Sadats abschwächte, weitere militärische Unterstützung zwar zusagte, aber darauf bestand, daß eine Lösung des Nahost-Konflikts nur im Rahmen der UNO-Resolution Nr. 242 vom 22. November 1967 gesucht werden sollte<sup>63)</sup>.

Die sowjetisch-ägyptischen Beziehungen blieben daher nicht ohne Reibungen. Während Sadat immer wieder ein „roll back“ Israels forderte und entsprechende Waffen von der Sowjetunion erbat, zeigte Moskau deutliche Zurückhaltung und lieferte im wesentlichen nur defensiv einsetzbare Waffen an Ägypten. Überdies trugen die Absprachen der So-

<sup>58)</sup> Janos Horvath, *Economic Aid Flow from the USSR: A Recount of the First Fifteen Years*, in: *Slavic Review*, Dezember 1970, Vol. 29 Nr. 4, S. 628.

<sup>59)</sup> Franklyn D. Holzman, *Soviet Trade and Aid Policies*, in: J. C. Hurewitz (ed), *Soviet-American Rivalry in the Middle East*, New York 1969, S. 111.

<sup>60)</sup> Kurt Müller, *Die Entwicklungshilfe Osteuropas. Konzeptionen und Schwerpunkte*. Schriftenreihe des

Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 73, Hannover 1970, S. 221.

<sup>61)</sup> I. S. Matjuchin, *Die VAR-Wirtschaft und Außenhandel* (russ.), Moskau 1966, S. 121.

<sup>62)</sup> *Izvestija* vom 29. 5. 1971.

<sup>63)</sup> *Pravda* vom 14. 10. 1971.



wjetunion mit den USA zur Verhärtung des ägyptischen Kurses bei. Moskau wurde vorgeworfen, nur eigene Interessen zu verfolgen, die arabische Sache aber ungenügend zu unterstützen. Einen Höhepunkt erreichte die Verstimmung mit der Ausweisung der sowjetischen Militärberater Mitte Juli 1972. Dennoch galt der Freundschaftsvertrag weiter, und bereits im Herbst 1972 mußte Sadat in Moskau um die Fortsetzung der Waffenhilfe bitten. Dem ägyptischen Verlangen kamen die Sowjets aber erst im April 1973 — nach dem Besuch von Außenminister Fahmi und Verteidigungsminister Ismail in Moskau — zögernd und unvollkommen nach. Die Rückkehr ihrer Militärberater konnten die Sowjets nicht durchsetzen. Bei mehr als einer Gelegenheit mußte die sowjetische Führung seither erfahren, daß ihr Einfluß, ihre Unterstützung, ihre Berater von den Ägyptern zwar gebraucht werden, aber im Grunde nicht willkommen sind, als es einst Briten und Franzosen waren. Über die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetunion und Ägypten halfen bisher auch die zahlreichen Besuche der Außenminister nach dem Oktoberkrieg 1973 nicht hinweg. Die Wirksamkeit des Freundschaftsvertrages vom 27. Mai 1971 reduzierte sich beinahe auf den Austausch von Grußbotschaften zum vierten Jahrestag seiner Gültigkeit. Mit der Unterzeichnung des zweiten Sinai-Abkommens am 4. September 1975 und einer weitgehenden Anlehnung Ägyptens an die USA erreichten die sowjetisch-ägyptischen Beziehungen einen neuen Tiefpunkt.

Nach dem schnellen Abzug des sowjetischen Personals aus Ägypten im Jahre 1972 wandte sich das Hauptinteresse Moskaus Syrien, dem Irak und Libyen zu. Diese drei Staaten wurden seither von den Sowjets als zuverlässigste Verbündete im Nahen Osten hingestellt und deren positive Entwicklung allein der sowjetischen Hilfe zugeschrieben<sup>64)</sup>. Die deutliche Bevorzugung Syriens und Libyens auch im Hinblick auf die Lieferung modernster Waffen gerieten fast zu einer Demonstration gegen Kairo. Dennoch kann die sowjetische Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen ihrer Außenpolitik in diesem Bereich nicht übersehen werden. Die hohen Investitionen und die immer gefährdete politische Dividende sind seit 1955 Gegenstand innersowjetischer Diskussion geblieben: „Die internationale Aktivität der Entwicklungsländer hat

insgesamt noch nicht die Hoffnung erfüllt, die man in sie während der Periode des Kampfes der Völker Asiens und Afrikas gegen den Kolonialismus und für die Befreiung setzte.“<sup>65)</sup> Aus sowjetischer Sicht erschien auch die Außenpolitik der Nahoststaaten „in vielen Fällen inkonsistent und wechselhaft“<sup>66)</sup>.

Die Palästinenser entsprachen bisher nicht den sowjetischen Vorstellungen von einer politischen Elite, die zur besseren Steuerung der Politik im Nahen Osten im Sinne der sowjetischen Interessen benutzt werden konnte. Sie wurden sogar kritisiert wegen ihrer „unrealistischen Haltung, die die Gegebenheiten im Nahen Osten nicht berücksichtigt“<sup>67)</sup>. Dennoch unterstützten die Sowjets die Palästinenser, da sie als Schicksalsfiguren des arabisch-israelischen Konflikts zwar nicht problemlose Begleiter, aber inzwischen unentbehrliche Gesprächspartner geworden sind. Insgesamt jedoch betrachtet die Sowjetunion ihre Politik gegenüber den Nahoststaaten als Erfolg. In zunehmendem Maße hat die Sowjetunion ihre Wirtschafts- und Entwicklungshilfepolitik zur Förderung ihrer außenpolitischen Interessen im Nahen Osten eingesetzt. Sie richtete sich in den letzten Jahren nicht mehr allein auf Staaten, die dem westlichen Bündnisystem nicht angehören. Vielmehr wurde und wird versucht, auch Staaten wie die Türkei und den Iran durch konstruktive und aktive Wirtschaftshilfeprogramme dem sowjetischen Einfluß langfristig zu erschließen<sup>68)</sup>.

Weitreichende Konsequenzen für die sowjetische Nahostpolitik hat die wachsende Bedeutung der Erdölvorkommen im Nahen Osten gehabt. Da die Sowjetunion selbst über wesentliche Erdölquellen verfügt, ist die Kontrolle des Ölgeschäftes für sie keine Frage des Überlebens, doch erzeugte die Möglichkeit, den Einfluß kapitalistischer Staaten auch auf diesem Sektor zurückzudrängen, aus dem Ölgeschäft Profit zu ziehen und weitere Bindungen zu den Nahoststaaten zu schaffen, zunehmendes Interesse. Darüber hinaus gestattete die Abnahme des Nahost-Öls, den in den letzten Jahren durch den fortschreitenden Industrialisierungsprozeß stark gestiegenen sowjetischen Bedarf zu decken und teurere Erschließungen eigener Vorkommen zu begrenzen. Die langfristigen Lieferverträge mit Syri-

<sup>65)</sup> A. A. Lavrischtschew, Die Entwicklungsländer in der Weltpolitik (russ.), Moskau 1970, S. 4.

<sup>66)</sup> Sovetskaja Rossija vom 15. 4. 1969.

<sup>67)</sup> Kurt Müller, a. a. O., S. 270.

<sup>68)</sup> Franklyn D. Holzman, a. a. O., S. 114.

<sup>64)</sup> International Affairs 5/1974, Moskau, S. 67.



en 1965, dem Iran 1966, Irak 1967, Libyen 1969, die auch sowjetische technische Hilfe bei der Neuerschließung und Ausbeutung der Erdölvorkommen regeln, dokumentieren, daß die Sowjetunion sich massiv in das Ölgeschäft einschalten konnte.

In ihrem Bemühen um globalstrategische Mobilität und der Suche nach strategischen Positionen hat die Sowjetunion die Schlüsselstellung des Nahen Ostens für ihr Vordringen nach Afrika und in den Indischen Ozean nicht übersehen. Die militärische Präsenz der Sowjetunion im Nahen Osten wurde während der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ständig erweitert, ihr militärisches Engagement auf den Sudan, Somalia und den Yemen ausgedehnt und eine Mittelmeerflotte geschaffen, die die Handlungsfähigkeit der Westmächte einengte, deren Bereitschaft, in lokale Konflikte einzugreifen, herabsetzte und die sich in diesem Gebiet befindet, „um die Staatsinteressen“ der UdSSR zu schützen<sup>69)</sup>. Die Anwesenheit sowjetischer Streitkräfte ist seither ein Faktor, der bei jeder politischen Aktion im Nahen Osten berücksichtigt werden mußte.

Da eine so große Kriegsflotte im Mittelmeer nicht gehalten werden konnte, ohne daß permanente Einsatzhäfen und Stützpunkte zur Verfügung standen, erwarb die Sowjetunion Nutzungsrechte der Häfen von Alexandria, Port Said, Latakia und Marsa Matruk<sup>70)</sup>. Überdies steht der Sowjetunion der Stützpunkt Mers-el-Kebir in Algerien als Ausbesserungs- und Versorgungshafen zur Verfügung.

Auch im Indischen Ozean erhöhte die Sowjetunion ihre militärische Präsenz. Zahlreiche Äußerungen sowjetischer Politiker und Militärs lassen erkennen, daß dieser Region eine außerordentlich große strategische Bedeutung zugemessen wird<sup>71)</sup>. Die sowjetischen Angriffe gegen die Errichtung der US-Basis auf Diego Garcia zeigen, daß die USA als der wesentliche Gegenspieler gesehen werden<sup>72)</sup>. Der Bau der Marinebasis Hodeida im Süden der arabischen Halbinsel und das Engagement in Somalia weisen auf den Willen der Sowjetunion hin, die Seeüberlegenheit der westlichen Mächte in diesem Gebiet zu brechen und den Verbindungsweg nach Südostasien zu sichern<sup>73)</sup>. Auf lange Sicht könnte ein Er-

folg dieser Bemühungen sogar zu einer Bedrohung der westlichen Verbindungswege führen. Breschnew machte überdies die Absicht der Sowjetunion deutlich, ihre bisher noch immer vorhandene globalstrategische Unterlegenheit besonders im Hinblick auf die Entwicklung ihrer Seemacht auszugleichen: „Wir betrachteten und betrachten niemals eine Situation als ideal, in der die Kriegsflotten der Großmächte auf längere Zeit fern von ihren Küsten operieren. Wir sind bereit, dieses Problem zu lösen, aber unter Gleichen...“<sup>74)</sup>.

Die Interdependenz der sowjetischen Interessen und deren permanente Ausdehnung werden auch von sowjetischen Militärstrategen wie Admiral Gorschkow, dem Befehlshaber der sowjetischen Seestreitkräfte, nicht geleugnet: „Mit der wachsenden Wirtschaftsmacht der Sowjetunion weiten sich auch ihre Interessen auf den Meeren und Ozeanen immer mehr aus und werden dementsprechend neue Anforderungen an die Seestreitkräfte hinsichtlich ihrer Verteidigung gegen Übergriffe der Imperialisten gestellt.“<sup>75)</sup>

Nicht die Anwendung militärischer Macht im Kriege hat die Sowjetunion dazu bewegt, globalstrategische Handlungsfähigkeit zu erwerben. Vielmehr schufen nach sowjetischem Verständnis die politischen Implikationen militärischer Macht, ihr latenter Einfluß im Frieden, eine Möglichkeit, sie als Instrument der Außenpolitik zu benutzen.

In einer bemerkenswerten Artikelserie im *Morskoj sbornik* wies Admiral Gorschkow darauf hin, daß Seemacht nicht aktiv ausgeübt werden muß, wenn man beabsichtigt, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Die Geschichte, so lehrt Gorschkow, habe gezeigt, daß die Seemächte großen Einfluß allein dadurch gewinnen konnten, daß die anderen Staaten deren Machtposition anerkannten und ihre Politik diesen Bedingungen anpassen mußten. Bereits die militärische Präsenz auf allen Weltmeeren reicht aus, um „Verlauf und Ausgang von Konflikten zu beeinflussen“<sup>76)</sup>.

Angesichts der Gefahr der Konfrontation mit den USA hat die Sowjetunion kein Interesse an militärischen Auseinandersetzungen und

<sup>69)</sup> *Izvestija* vom 15. 6. 1971.

<sup>70)</sup> IISS London, *The Military Balance 1970/71*, S. 97.

<sup>71)</sup> *International Affairs* 11/1974, Moskau, S. 114.

<sup>72)</sup> *Novoe vremja* 24/1974 vom 14. 6. 1974, S. 13.

<sup>73)</sup> *Novoe vremja* 23/1971 vom 4. 6. 1971, S. 9.

<sup>74)</sup> IISS London, *Strategic Survey 1968*, S. 32.

<sup>75)</sup> S. G. Gorschkow, *Die Entwicklung der sowjetischen Kunst der Seekriegführung* (russ.), in: *Morskoj sbornik* 2/1967, S. 21.

<sup>76)</sup> S. G. Gorschkow, *Ozeanischer Schutz des Vaterlandes* (russ.), in: *Kommunist vooružennyj sil* 14/1975, S. 13.



befürwortet eine politische Regelung des arabisch-israelischen Konflikts, die es ihr erlaubt, als Garant eines Modus vivendi in diesem Gebiet aktiv mitzuwirken<sup>77)</sup>. Aus dem sowjetischen Verhalten wird deutlich, daß der arabisch-israelische Konflikt mit dem Ringen der Weltmächte um Einfluß im Nahen Osten untrennbar verknüpft ist. Die Sowjetunion hat daher stets auf der „vollständigen Erfüllung aller Punkte der Resolution des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 und dem Rückzug Israels auf die Linie vom 4. Juni 1967“ bestanden<sup>78)</sup>.

Dieses grundlegende Verhalten änderte sich auch während und nach dem Yom-Kippur-Krieg nicht. Die Sowjetunion unterstützte die ägyptischen Ansichten und forderte erneut die Durchsetzung der UNO-Resolution<sup>79)</sup>. Konsequenz wurde der für die Kampfhandlungen benötigte Nachschub geliefert und die Flottenstärke im Mittelmeer erhöht. Das gemeinsame Interesse der beiden Weltmächte, eine militärische Konfrontation zu vermeiden und ihr Streben nach Entspannung blieben jedoch dominant: Sie verhandelten und bestimmten den Waffenstillstand. Wenn Breschnew andererseits eine „besondere Verantwortung“ für die Regelung des Nahost-Konflikts beansprucht, so bedeutet dies, daß die Sowjetunion Machtverschiebungen in diesem Gebiet nicht den Staaten des Nahen Ostens überlassen will, aber auch die Beherrschung des Nahen Ostens durch die USA als Bedrohung der eigenen Sicherheit empfindet.

Die Wiedereröffnung des Suez-Kanals lag immer im sowjetischen Interesse, konnte aber nie ein Ersatz für eine politische Regelung im Nahen Osten sein<sup>80)</sup>. Die acht Jahre währende Schließung dieses Wasserweges behinderte zwar die strategische Mobilität der sowjetischen Seestreitkräfte, ihrer Handelsmarine und ihren gesamten Handelsverkehr mit den Staaten südlich und östlich von Suez, der im letzten Jahrzehnt infolge des wachsenden Engagements in Südostasien besonders stark anstieg. Doch richtete sich das sowjetische Primärinteresse stets darauf, im Rahmen langfri-

stiger Zielsetzungen mehr Einfluß im Nahen Osten zu gewinnen. So war es nur konsequent, wenn die Sowjetunion Kissingers Diplomatie der kleinen Schritte, die den amerikanischen Einfluß im Nahen Osten ausdehnte und die sowjetisch-ägyptischen Beziehungen weiter verschlechterte, ablehnte und statt dessen die Wiederaufnahme der Genfer Nahost-Konferenz forderte<sup>81)</sup>.

Nach sowjetischer Vorstellung sollten die Verhandlungen dabei in drei Phasen verlaufen:

1. Einigung über eine vollständige Rückgabe aller von Israel eroberten arabischen Gebiete.
2. Einigung über die Garantie der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina und Errichtung eines eigenen Staates.
3. Garantien für die Rechte aller Staaten im Nahen Osten — einschließlich Israel — auf Existenz und unabhängige Entwicklung<sup>82)</sup>.

Ein derartiges Programm würde die permanente Mitwirkung und Einflußnahme der Sowjetunion im Nahen Osten sichern. Vor allem nach dem Scheitern der Kissinger-Mission für ein Sinai-Abkommen Ende März 1975 entfaltete die Sowjetunion eine rege diplomatische Aktivität, um die Wiederaufnahme der Genfer Konferenz zu erreichen. Doch hatte der ägyptische Präsident die Hoffnung auf einen Erfolg der Politik der kleinen Schritte noch nicht aufgegeben. Der Abschluß der Kissinger-Mission im August 1975 ließ die Sowjetunion erneut an Boden im Nahen Osten verlieren und verschlechterte ihr Verhältnis zu Kairo weiter. Mit der Unterstützung aller Staaten und politischen Gruppen im Nahen Osten, die — wie die Palästinenser — eine Politik der kleinen Schritte bekämpfen, versucht die Sowjetunion nunmehr, ihre Position wieder zu festigen<sup>83)</sup>. Trotzdem liegt gerade hier in absehbarer Zukunft noch die Chance der Sowjetunion, ihre politischen, wirtschaftlichen und militärstrategischen Interessen im Nahen Osten zu verwirklichen.

77) Pravda vom 30. 1. 1974 — Vgl. International Affairs 4/1975, Moskau, S. 35.

78) A. A. Lavrischtschev, a. a. O., S. 99 ff.

79) Novoe vremja 10/1974 vom 8. 3. 1974, S. 5.

80) International Affairs 11/1974, Moskau, S. 117.

81) Novoe vremja 22/1974 vom 31. 5. 1974, S. 17; vgl. Pravda vom 23. 2. 1975.

82) Pravda vom 27. 4. 1975.

83) International Affairs 4/1975, Moskau, S. 38; vgl. Pravda vom 31. 8. 1975 und Meždunarodnaja ekonomika i meždunarodnyje otnošenija 8/1975, S. 104.



## Patt im Mittelmeer

Für das frühe Altertum war das Mittelmeer noch eine unüberwindliche Barriere. Sowohl die nahöstlichen Reiche mit Mesopotamien als Mittelpunkt wie auch Ägypten blühten neben großen Wasserströmen auf, konnten jedoch keine Beziehung zum Meer entwickeln. Ägypter mögen hin und wieder die Küsten des Ostmittelmeeres umschiffen haben, aber das Land blieb immer in Sichtnähe; zum Seefahrer wurden sie nicht <sup>1)</sup>. Das erste Seereich im Mittelmeer entfaltete sich auf den ägäischen Inseln mit Kreta als Mittelpunkt. Es war der erste europäische Staat, dessen Macht sich hauptsächlich auf das Meer und das Schiff stützte. Sein Machtbereich erstreckte sich über die gesamte Ägäis, und auch kontinentale Städte waren ihm tributpflichtig; die Sage von Minotaurus und Theseus zeugt davon.

Der Machtschwund Ägyptens und der vorderasiatischen Großreiche schaffte ein Vakuum, das den Phöniziern die Möglichkeit gab, ihre Städte zu verlassen und sich um die Jahrtausendwende v. Chr. auf das offene Meer zu wagen. Sie verwandelten das Mittelmeer in einen Seeweg, auf welchem fortan Waren, Einflüsse und Kulturen hin und her gelangten. Aus Sidon und Tyros kommend, wurden die Phönizier auf dem südlichen Zypern, Kreta, Malta, West-Sizilien, Korsika und an der Küste Spaniens bis hin zum Atlantik ansässig. Am nachhaltigsten war ihr Einfluß in Nordafrika; hier entstand Karthago, ihre berühmteste Kolonie. Die phönizischen Niederlassungen waren auf das Meer hin ausgerichtet; das Hinterland blieb für sie *terra incognita*. Wenn man den unterschiedlichen Verhältnissen Rechnung trägt, so ist der Vergleich zwischen dem phönizischen und dem venezianischen „Imperium“ statthaft.

Die Situation änderte sich, als die Griechen erschienen. Zunächst traten auch sie als Händler, später aber als Kolonisatoren auf und brachten überall ihre staatliche Organisation — die Polis — und vor allem ihr Machtbewußtsein mit. Kreta, Zypern, die kleinasiatische Küste, das Schwarze Meer, die

Ägäis, die Adria, Süd-Italien, Sizilien und Südfrankreich bis hin zu Spanien zählten zu ihrem unangefochtenen Einflußbereich. Diese Ausbreitung ging nicht so kampflos vonstatten, wie es bei den Phöniziern der Fall gewesen war <sup>2)</sup>.

Indem die Griechen den Sieg davontrugen, führten sie eine machtpolitische Prämisse ein, die bis heute ihre Gültigkeit besitzt: das Mittelmeer wird von dem beherrscht, der seine beiden Küsten fest in der Hand hat. Ob Karthago, das Römische Imperium oder Byzanz — alle mußten erfahren, daß der Verlust der jeweils gegenüberliegenden Küste der Beginn des Niederganges war. Über zwei Jahrtausende lang wurde daher das Mittelmeer die Drehscheibe, auf der der Gang der europäischen Geschichte mitbestimmt wurde. Nur in der Zeit des Machterfalls des Byzantinischen Reiches verlor das Mittelmeer an machtpolitische Bedeutung, es wurde zur umstrittenen Domäne der Handelsstädte Venedigs und arabischer Piraten. Der europäische Nordwesten erkannte das Vakuum nicht; er bestritt vorerst seinen weltpolitischen Machtanspruch durch die Kreuzzüge auf dem Lande — und verlor.

Erst durch den Sieg der Spanier in der Seeschlacht von Navpaktos (Lepanto) 1571 über die Türken kam das Mittelmeer wieder unter die Herrschaft eines europäischen Staates. Mehr als ein Jahrhundert später vertrieb Peter der Große die Türken vom Norden des Schwarzen Meeres, um die Meerengen zu beherrschen und sich den freien Zugang zum Mittelmeer zu sichern. Der russische Zar konnte allerdings sein Ziel nicht verwirklichen. Im 18. und 19. Jahrhundert blieb daher das Mittelmeer vor allem zwischen Großbritannien und Frankreich umstritten. Nach der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnte England eine Pax Britannica im Mittelmeer durchsetzen mit Gibraltar, Malta, Zypern, später Ägypten und dem Suez-Kanal als Hauptstützpunkten. Eines der Hauptanliegen britischer Macht im Ostmittelmeer war die Stützung des morschen Osmanischen Reiches als Riegel gegen den nach wie vor vorhandenen Drang Rußlands zum Süden <sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Margaret Boveri, Das Weltgeschehen am Mittelmeer, Zürich 1936, S. 18 ff. Es handelt sich um eine ältere, aber dennoch interessante Darstellung der Geschichte des Mittelmeeres.

<sup>2)</sup> Arnold J. Toynbee, Der Gang der Weltgeschichte, Bd. II: Kulturen im Übergang, München 1970 (dtv), S. 263 ff.



# I. Die Bedeutung des Mittelmeeres für die Verteidigung des Westens

„Im Bereich des Mittelmeeres befinden sich täglich rund 2 600 Handelsschiffe, davon etwa 1 500 auf See und 1 100 in den Häfen. Von den 1 500 auf See fahren etwa 1 200 unter der Flagge westlicher oder dem Westen verbundener Länder (die übrigen von neutralen Ländern oder dem Ostblock). Diese 1 200 Schiffe befördern für die Küstenländer lebenswichtige Güter.“<sup>4)</sup> Schon aus dieser Perspektive der Versorgungsstraße wird die Wichtigkeit des Mittelmeeres für seine Anrainer erkennbar. Für Griechenland, die Türkei und Israel erhält dieser Aspekt einen absoluten Wert, denn im Ernstfall kann ihre Versorgung fast nur vom Meer her erfolgen. Griechenland und die Türkei sind von Westeuropa durch kommunistische Staaten getrennt und Israel hat vom Lande her vorerst nichts zu erwarten.

Selbst wenn man den Versorgungsaspekt außer acht läßt, ist es dennoch leicht ersichtlich, daß die Verteidigung Europas ohne das Mittelmeer nicht möglich ist. Italien, Griechenland und die Türkei sind Halbinseln, die tief ins Meer hineinragen. Vor allem die beiden ersteren haben eine uralte maritime Tradition und sind sowohl als Völker wie auch als Staaten dem Meer zugewandt; ihre großen Bevölkerungs-, Verkehrs- und Industriezentren liegen in der unmittelbaren Nähe der Küste; dies ist auch bei Spanien nicht viel anders. Aus diesem Grunde kommt für sie nur dann eine Front an ihren Landgrenzen in Frage, wenn die maritimen sicher sind. Die beiden Weltkriege haben diesen Grundsatz bestätigt. Ohne die Mittelmeeranrainer ist Europa daher in jeder Hinsicht ein Torso. Die Sperrriegelfunktion Deutschlands gegen einen

eventuellen Angriff vom Osten kann nur mit sicheren Flanken erfüllt werden. Dazu gehört das Mittelmeer.

Ulrich de Maizière, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, sagte im April 1971, daß „die amerikanische Präsenz im Mittelmeer, dargestellt vor allem durch die sechste amerikanische Flotte, für die Erhaltung des Gleichgewichts im europäischen Raum von gleicher Wichtigkeit ist wie die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Mitteleuropa“<sup>5)</sup>. Und im Januar 1974 konnte man feststellen, „das Zentrum des Ost-West-Konfliktes sei von Mitteleuropa ins Mittelmeer gerückt“<sup>6)</sup>. Die Bedeutung des Mittelmeeres erschöpft sich jedoch nicht in der Interdependenz der Verteidigung zwischen ihm und Zentraleuropa. Darüber hinaus schafft das Mittelmeer die „Brücke“, die Europa mit Afrika verbindet. In Ost-West-Richtung stellt das Mittelmeer außerdem eine Durchgangsstraße dar, die über den Suez-Kanal den Weg von Europa zum Indischen Ozean um drei Wochen gegenüber der Route um das Kap der Guten Hoffnung verkürzt.

Um so weniger kann ein Weltmachtanspruch mit europäischen Interessen ohne eine starke militärische Präsenz im Mittelmeer begründet werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg traf dies insbesondere auf die USA zu. Im Bereich des Mittelmeeres hatten sie eine ganze Reihe von Verbündeten zu schützen. Völlig erschöpft und ausgeblutet waren diese allein nicht in der Lage, sich dem die Hegemonie über ganz Europa anstrebenden sowjetischen Imperialismus zu widersetzen.

## II. Das Mittelmeer — ein westliches Binnenmeer

Am 21. Februar 1947 teilte die Regierung S. M. des Königs Georg VI. vom Vereinigten Königreich der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika überraschend mit, daß sie die Belastungen, die ihr aus der kommunistischen Rebellion in Griechenland erwachsen, nicht mehr tragen könne. Sie sehe sich

daher genötigt, sich schon am 1. April 1947 aus Griechenland militärisch zurückzuziehen. Am 12. März 1947 hielt Truman, um seine Forderung nach einer Finanzhilfe von 250 Mill. Dollar an Griechenland zu untermauern, vor dem Kongreß eine Rede, die bald gemeinhin als die „Truman-Doktrin“ in die Ge-

<sup>3)</sup> Vgl. Christoph von Imhoff, Duell im Mittelmeer, Freiburg 1968, S. 9 ff.

<sup>4)</sup> Wolfgang Höpker, Wie rot ist das Mittelmeer?, Stuttgart 1968, S. 13.

<sup>5)</sup> Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Köln 1972, S. 815.

<sup>6)</sup> Herbert Kremp, Mittelmeer — Raum der Entscheidungen, in: Die Welt, 6. 1. 1974.





schichte eingegangen ist<sup>7)</sup>. Wenn es um die Fixierung des genauen Zeitpunktes des Verzichts Englands auf die Rolle einer Weltmacht und des Einzuges der USA ins Mittelmeer gehen soll, so muß jener 21. Februar 1947 als Datum gelten. Bis dahin und für einige Jahre danach gab es im gesamten Mittelmeer einen einzigen Unruheherd: eben Griechenland, das aber dank der großzügigen militärischen Hilfe der USA im Sommer 1949 jene kommunistische Rebellion niederwerfen konnte.

Ansonsten war das Mittelmeer noch das „mare nostrum“ des Westens, ein friedliches Binnenmeer, vom Winde des Kalten Krieges, der in Zentral-Europa und in Berlin bereits heftig blies, unberührt. Noch hielten die Engländer hier Positionen wie Suez, Zypern, Ägypten, Malta und Gibraltar fest; Marokko und Algerien lagen in französischer Hand, Libyen unter König Idris stellte ebenso kein Problem dar wie auch der Libanon und Syrien. Griechenland, Italien und Frankreich erholten sich mit Hilfe des Marshallplanes und bildeten zusammen mit den USA eine einheitliche Front gegen jeden weiteren Expansionsversuch der Sowjetunion in Europa. Dazu kam die Türkei, die — erschrocken über russische territoriale Forderungen in Anatolien — Schutz bei der westlichen Welt suchte und fand. Jugoslawien

löste sich aus dem Machtbereich der UdSSR. Im Westen fand man es nun doch besser, daß 1936 die Volksfront in Spanien nicht gesiegt hatte; bereitwillig holte man damals Franco aus der Isolierung. Obendrein herrschte über das Mittelmeer die 6. US-Flotte. Von Suez bis Gibraltar und von den europäischen bis zu den afrikanischen Gestaden gab es nichts, was ihr die Vorherrschaft streitig machen konnte. Ihr Auftrag ist, „Gegenschläge im Rahmen der NATO-Planung mit taktischen Atomwaffen auf den südlichen und südöstlichen Teil des sowjetischen Staatsgebietes“ durchzuführen. Daneben sollte sie „mit ihren U-Bootjägern auch zur Sicherung des Mittelmeeres, kraft einer Verstärkung des Dardanellen-Riegels, beitragen und im übrigen im gesamten Mittelmeerraum begrenzte Interventionen mit Luftstreitkräften und kleinen Truppenlandungen an fremden Küsten ausführen können“<sup>8)</sup>.

Entsprechend ihrem Auftrag ist auch die Stärke der Flotte. Sie umfaßt zwei Flugzeugträger mit 180—200 Flugzeugen, einen Hubschrauberträger, einen Lenkwaffen-(Flaggschiff „Little Rock“) und zwei herkömmliche Kreuzer, etwa fünf Lenkwaffenzerstörer, 20 sonstige Zerstörer, etwa 40 U-Boote (ohne „Polaris“) und um die 15 sonstige Einheiten samt einem amphibischen Verband mit 1800 Marinesoldaten. Die auf den beiden Flugzeugträ-

<sup>7)</sup> Harry Truman, Memoiren, 2 Bde., Stuttgart 1955 bis 1956, Bd. 2: Jahre der Bewährung und des Hofens (1946—1955), S. 108 ff., S. 113 ff.

<sup>8)</sup> So Lothar Ruehl in: Die Welt, 30. 9. 1967.



gern stationierten Maschinen sind für den Atomeinsatz vorgesehen<sup>9)</sup>.

Die 6. US-Flotte untersteht nicht der NATO, sondern dem Hauptquartier der USA-Streitkräfte für Europa in Stuttgart bzw. seinem Marine-Kommando (USNAVEUR) in London<sup>10)</sup>. Die NATO selbst ist vor allem im Ostmittelmeer durch das Kommando der Alliierten Streitkräfte Europa-Süd (AFSOUTH) mit Sitz in Neapel vertreten. Diesem Kommando unterstanden früher amerikanische, britische, griechische, italienische und türkische Verbände. Inzwischen aber ist Griechenland aus der militärischen Integration der NATO ausgetreten und weite Teile der türkischen Streitkräfte sind seiner Zuständigkeit

entzogen. Besonders wichtig für die Überwachung der russischen Flotte im Mittelmeer ist das dieser Befehlszentrale unterstehende Kommando der Alliierten Luftstreitkräfte Südeuropa (AIRSOUTH). Es gliedert sich in die 5. und 6. Alliierte Taktische Luftwaffe (ATAF) mit Sitz in Verona bzw. Smyrna. Aufgabe beider taktischen Luftwaffen ist die Überwachung des gesamten Bereichs Europa-Süd, der Italien, Griechenland, die Türkei und das Ostmittelmeer — insgesamt 25 Millionen Quadratkilometer See und Land — umfaßt. Seit 1968 ist außerdem ein Teilkommando unter der Bezeichnung „Maraimed“ in Neapel gebildet, dessen besondere Aufgabe die Überwachung der Ortung der gefährdeten russischen U-Boote im Mittelmeer ist.

### III. Der Griff der Sowjetunion nach dem Mittelmeer

Im Dezember 1967 hat die Regierung der USA enthüllt, daß 1945 — während der Londoner Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, der Sowjetunion und Chinas — Molotow beharrlich die sowjetische Kontrolle über Tripolitanien — den westlichen Teil der früheren italienischen Kolonie Libyen — im Rahmen der Treuhandbestimmungen verlangte. Gleichzeitig erklärte er, „nach Ansicht der Sowjetunion sei es selbstverständlich, daß auch die Vereinigten Staaten und England je eine der italienischen Kolonien verwalten sollten“. Der damalige amerikanische Außenminister Byrnes wies diese Forderung der Sowjets zurück, was jedoch Stalin nicht daran hinderte, später in Moskau auch Bevin mit demselben Ansinnen zu konfrontieren; auch dieser winkte jedoch ab<sup>11)</sup>.

Die Sowjetunion mußte die Ablehnung der Westmächte akzeptieren. Die damals bereits einsetzenden Spannungen in Zentraleuropa, die zunächst ihren Höhepunkt in der Berlin-Blockade hatten, absorbierten ihr Engagement vollauf, zumal auch die bereits beschriebene Entwicklung im Südosten Europas den russischen Interessen äußerst abträglich war. Was

für sie im Mittelmeer übrig blieb, war lediglich Albanien. Für eine maritime Präsenz ohne feste Basen, wie wir sie heute kennen, reichte damals die Potenz der UdSSR nicht aus. Ihre Anstrengungen galten erst der Überwindung des nuklearen Rückstandes gegenüber den USA; der Bau einer starken Flotte mußte notwendigerweise zurückgestellt werden.

Die Wende für eine maritime Expansion der Sowjetunion im Mittelmeer setzte Mitte der fünfziger Jahre ein, als im September 1955 der ägyptische Staatschef Abdel Nasser überraschend erklärte, er werde ein Waffenangebot des Ostblocks annehmen. Für die Sowjetunion bedeutete dies die erste vielversprechende Lichtung an den Gestaden des Mittelmeeres. Den Durchbruch brachten die britisch-französischen Operationen am Suez-Kanal. Am 5. November 1956, als die arabische Niederlage feststand, sandte Marschall Bulganin — damaliger Ministerpräsident der UdSSR — nach Paris, London, Tel Aviv und Washington gleichlautende Noten, in denen es hieß: „Ich betrachte es als meine Pflicht, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß die Regierung der Sowjetunion fest entschlossen ist, zur Vernichtung der Aggressoren und Wiederherstellung des Friedens im Orient Gewalt anzuwenden.“<sup>12)</sup> Die UdSSR hatte 1954 ihre erste Wasserstoffbombe zünden können. Die USA ließen daher sofort die Verbündeten Frankreich, Großbritannien und Israel wissen, daß

<sup>9)</sup> Vgl. Ferdinand Otto Miksche, Rüstungswettlauf, Ursachen und Auswirkungen, Stuttgart 1972, S. 365. Empfehlenswert ist auch eine Artikelserie von Joachim Kannicht in der Stuttgarter Zeitung 1970, hier 13. 3. 1970.

<sup>10)</sup> Emil Obermann, Verteidigung. Idee, Gesellschaft, Weltstrategie, Bundeswehr, Stuttgart 1970, S. 381.

<sup>11)</sup> J. Kannicht, a. a. O., 13. 3. 1970.

<sup>12)</sup> Die Welt, 29. 12. 1967.



ihre Operationen am Suez-Kanal von den Vereinigten Staaten nicht mehr gedeckt würden; sie zogen sich hastig zurück und das ganze Unternehmen wurde damit zu einem großen Fiasko. Die Sowjetunion ersetzte unverzüglich den von Syrien und Ägypten erlittenen Verlust an Kriegsmaterial und empfahl sich fortan als „Schutzmacht der arabischen Welt“<sup>13)</sup>.

Inzwischen hatte die Sowjetunion mit einer gigantischen Anstrengung den Bau einer hochseefähigen Flotte betrieben. Nach dem Kriege konnte sie binnen sechs Jahren 19 Kreuzer in Dienst stellen; sie „brauchte nur vier Jahre, um 73 Einheitszerstörer zu bauen, und neun Jahre für die Fertigstellung von 260 U-Booten. Dazu kamen noch zahlreiche Kleinkampfschiffe. Ab Mitte der fünfziger Jahre konstruierte man Groß-Zerstörer und bestückte sie mit Flugkörpern zur Bekämpfung von Schiffs- und Luftzielen. Ferner gingen Atlantik-U-Boote in Serie. Und schließlich kopierte man das amerikanische Vorbild; es wurden Lenkwaffen auf konventionellen und nukleargetriebenen U-Booten installiert“<sup>14)</sup>.

Einen schweren Rückschlag erlitt die maritime Politik der UdSSR im Mittelmeer jedoch, als sie 1961 von Albanien aufgefordert wurde, ihre U-Boot-Basis im Hafen Avlon (Flora) und auf der gegenüberliegenden Felsinsel Sason (Sazanit) zu räumen. Das Kuba-Abenteuer 1962 muß jedoch auch die letzten Zweifler in Moskau davon überzeugt haben, daß die Sowjetunion ihrem Weltmachtanspruch nicht allein aus ihrem Territorium Nachdruck verleihen kann, es sei denn, sie wäre bereit, interkontinentale Raketen mit atomaren Sprengköpfen einzusetzen<sup>15)</sup>. Bezeichnenderweise wurde unmittelbar nach der Kuba-Krise das sowjetische „Mittelmeer-Detachment der Schwarzmeerflotte“ formiert, das etwa 20 bis 25 Schiffe, darunter einen modernen Raketenkreuzer und sechs bis acht U-Boote, umfaßte.

Im Gegensatz zu der Festigung der Position der Sowjetunion in arabischen Ländern hatten schon zu jener Zeit die Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei um Zypern die Südostflanke der Atlantischen Allianz geschwächt. Diese Situation veranlaßte die NATO, sich in ihrer Brüsseler Konferenz 1968 mit der Lage im Ostmittelmeer zu befassen. In Punkt 14 ihres Kommuniqués heißt es:

„Die Bündnispartner werden mit besonderer Aufmerksamkeit die Verteidigungsprobleme der exponierten Gebiete, z. B. der Südostflanke, prüfen. In dieser Hinsicht weist die gegenwärtige Situation im Mittelmeer Probleme auf, wobei zu berücksichtigen ist, daß die augenblickliche Krise im Nahen Osten in die Zuständigkeiten der Vereinten Nationen fällt.“<sup>16)</sup>

Der Ostblock reagierte auffallend heftig und nervös auf diese Absichtserklärung der NATO. Die zur gleichen Zeit stattgefundene Nahostkonferenz der Außenminister der osteuropäischen Staaten in Warschau hatte sich mit der Frage beschäftigt und es ist wahrscheinlich, daß hier — ohne die Einbeziehung des jugoslawischen Außenministers — die „politische Plattform zur Begründung und Rechtfertigung des Einsatzes einer sowjetischen Flotte im Mittelmeer“ ausgearbeitet wurde<sup>17)</sup>. Unbestreitbar ist jedoch, daß unmittelbar danach, gleich zu Beginn des Jahres 1968, die maritime Präsenz der UdSSR im Mittelmeer rasch vergrößert wurde und in etwa ihre jetzige Stärke erreichte. Charakteristisch für die Bedeutung, die inzwischen die maritime Komponente in der Gesamtstrategie der UdSSR erhielt, ist, daß während der 50-Jahr-Feier der Oktoberrevolution Admiral Gorschkow zum „Admiral der Flotte der Sowjetunion“ ernannt wurde. „Zum erstenmal in der russischen Geschichte wurde damit der Flottenbefehlshaber dem Marschall der Landstreitkräfte gleichgestellt.“<sup>18)</sup>

Die Fluktuation der russischen Mittelmeerflotte ist sehr stark; über Gibraltar und die Dardanellen ist ein ständiges Kommen und Gehen von Kampf- und Versorgungsschiffen zu beobachten. Dennoch hat sich sehr bald der Kern ihrer Streitmacht herauskristallisiert: Er besteht aus ein bis vier Raketenkreuzern, zwei Raketen- und sechs bis acht herkömmlichen Zerstörern oder Fregatten, ein bis zwei Atom-U-Booten, soweit feststellbar bis dreizehn konventionellen U-Booten und

<sup>13)</sup> Admiral Horacio Rivero, ehemaliger Oberkommandeur der Allied Forces Southern Europe (AFSOUTH) in Neapel, hat einmal in diesem Zusammenhang gesagt: „Ich bin fest davon überzeugt, daß die damalige Unfähigkeit, eine weitentfernte Situation zu handhaben, die Sowjets dazu gebracht haben muß, an den Aufbau einer größeren Flottenstreitmacht zu denken.“ Tagesspiegel, Berlin, 31. 5. 1968.

<sup>17)</sup> NATO, Tatsachen und Dokumente, Hrsg. Informationsabteilung der NATO, Brüssel 1969, S. 370.

<sup>18)</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 20. 2. 1967.

<sup>13)</sup> Vgl. André Beaufre, Die Suez-Expedition. Analyse eines verlorenen Sieges, Berlin 1967, S. 169.

<sup>14)</sup> F. O. Miksche, a. a. O., S. 352.

<sup>15)</sup> E. Obermann, a. a. O., S. 433.



etwa 12 bis 15 Versorgungsschiffen<sup>19)</sup>. Seit dem 22. September 1968 ist die russische Mittelmeerflotte auch um einen 20 000 Tonnen Hubschrauber-Träger mit 30 Maschinen an Bord, die „Moskwa“, verstärkt worden. Die „Moskwa“ oder ihr später fertiggestelltes Schwesterschiff „Leningrad“ halten sich oft im Mittelmeer auf und sollen vor allem durch ihre Hubschrauber der U-Bootbekämpfung dienen.

Maßstab der Präsenz einer Flotte sind ihre Seetage. Zieht man in Betracht, daß zwischen der Mitte der sechziger Jahre und 1968 (Abschluß des Aufbaues der 3. Eskadra in etwa ihrer heutigen Stärke) die Seetage der russischen Kampfseinheiten im Mittelmeer um 1 000 Prozent gestiegen sind, kann man leicht die Wandlung ermessen, die hier lautlos vor sich gegangen ist. Dadurch wuchs die maritime Präsenz der UdSSR weit über den Rahmen eines bloßen Detachements hinaus. In Europa hat sich die sowjetische Bezeichnung „3. Eskadra der Sowjetmarine“ eingebürgert; die Amerikaner hingegen sprechen von der 5. Sowjetischen Flotte (neben der Nordmeer-Flotte, der Baltischen Flotte, der Fernost-Flotte und der Schwarzmeer-Flotte).

Obwohl sich die Sowjets in einigen arabischen Ländern Hafentrechte gesichert haben, ist die 3. Eskadra im Mittelmeer weitgehend auf sich allein gestellt. Ihre Versorgung und kleine Reparaturen erfolgen auf offenem Meer mittels Troßschiffen; für Überholungsarbeiten fahren die Schiffe zu den Werften im Schwarzen Meer. Zudem benutzt die 3. Eskadra einige Ankerzonen in den Untiefen des Mittelmeeres wie vor der spanischen Insel Alboran, vor der östlichen Küste von Tunis, südlich von Kreta und vor der Insel Kythera an der Südspitze des Peloponnes.

Schon von Anbeginn des Erscheinens einer starken maritimen Formation der Sowjetunion im Mittelmeer galt es für den Westen, eine Antwort auf die Frage zu finden, was wohl die Aufgabe einer solchen Streitmacht sein könnte. Die Frage drängt sich vor allem deshalb auf, weil die 3. Eskadra hier ohne feste Stützpunkte ist; dies bedeutet, daß sie im Ernstfall keinen langfristigen militärischen Auftrag erledigen kann. Wegen der absoluten Luftüberlegenheit der NATO im gesamten Mittelmeerbereich, aber auch wegen der 6. US-Flotte mit ihren beiden Flugzeugträgern ist — vom rein militärischen Standpunkt aus

gesehen — die Versenkung der 3. Eskadra binnen weniger Stunden kein Problem. Aus diesem Grunde neigt man im Westen dazu, die Antwort auf diese Frage nicht so sehr auf dem militärischen, sondern mehr auf dem politisch-psychologischen Sektor zu suchen. Admiral Rivero sagte 1968: „Durch die sowjetische Absicht, eine Flotte zu unterhalten, die den Mittelmeerländern die militärische Kapazität Moskaus vor Augen hält, die ein Gegengewicht zu den NATO-Flotten bildet und die dazu dient, politisch-psychologischen Druck auf die Länder an der Mittelmeerküste auszuüben, sind wir mit neuen Problemen konfrontiert.“<sup>20)</sup> Und noch 1974 meinte Herbert Kremp, die Aufgabe der 3. Eskadra im Mittelmeer ebenfalls in diesem Rahmen sehen zu können. Mit Blick auf die arabische Welt schrieb er: „Die Eskadra ist ... nicht die Hauptsache, nicht Machträger, sondern Zeichen der Präsenz. Sie soll die Küstenbewohner beeindrucken und die amerikanische Flotte beschäftigen.“<sup>21)</sup>

In diesem Zusammenhang muß unterstrichen werden, daß die Sowjetunion selbst große Anstrengungen unternommen hat, um diese politisch-psychologische Aufgabe der Eskadra in den Vordergrund zu stellen. Im April 1968, als ihre maritime Präsenz aus dem Stand des Detachements in die Größe einer Flotte wuchs, schrieb die „Prawda“: „Hinter dem böswilligen Lärm wegen der ‚sowjetischen Anwesenheit‘ stehen ... aggressive Pläne des amerikanischen Imperialismus und das Bestreben, dieses Gebiet dem eigenen Einfluß unterzuordnen und dort den eigenen Willen zu diktieren ... der Traum der Imperialisten war und bleibt, daß die arabischen Völker, die ein neues Leben aufbauen, allein bleiben sollen, ohne die gemeinsame Front der Solidarität und ohne die Unterstützung anderer antiimperialistischer Kräfte. Die israelische Aggression, die auch jetzt fortgesetzt wird, hat noch mehr die Lebenswichtigkeit und Notwendigkeit der Geschlossenheit der nationalen Befreiungsbewegung mit der sozialistischen Gemeinschaft unterstrichen.“<sup>22)</sup> Einige Monate später kam die Prawda auf das Thema zurück: „Die NATO-Strategen ... halten ... die Anwesenheit der sowjetischen

<sup>19)</sup> F. O. Miksche, a. a. O., S. 364.

<sup>21)</sup> Tagesspiegel, 31. 5. 1968. Sehr aufschlußreich über die Beurteilung der 3. Eskadra durch Admiral Rivero ist auch sein am 13. 5. 1968 veröffentlichtes Interview in: Der Spiegel.

<sup>22)</sup> Die Welt, 8. 1. 1974.

<sup>19)</sup> E. Obermann, a. a. O., S. 433.



Flotte dort für unpassend, obwohl die UdSSR ein Mittelmeerstaat ist und ihre Flotte sich im Mittelmeer befindet, um die Stabilität und den Frieden in diesem Gebiet zu fördern.“<sup>23)</sup>

Demselben Ziel der politisch-psychologischen Begründung der Anwesenheit der sowjetischen Flotte im Mittelmeer diente auch die „Konferenz der progressistischen und antiimperialistischen Parteien des Mittelmeerraumes“ in Rom im Frühjahr 1968. Diese Konferenz, an der 17 Parteien teilnahmen, wurde zunächst von Belgrad initiiert<sup>24)</sup>, letztlich aber unter der Führung des früheren Generalsekretärs der kommunistischen Partei Italiens, Luigi Longo, in Rom durchgeführt. In ihrem Kommuniqué forderte die Konferenz die „Beseitigung der amerikanischen und britischen Militärbasen im Mittelmeer, sowohl im Rahmen der NATO als auch anderer Vereinbarungen und Verträge, durch die die Mittelmeerländer an die USA gebunden sind“. Die Konferenz befand außerdem, daß der russischen Flotte im Mittelmeer eine „antiimperialistische Rolle“ zukäme und daß es nur durch ihre Präsenz zu einem „Meer des Friedens“ werden könne<sup>25)</sup>. Demgegenüber hatte Lothar Ruehl bereits im Herbst 1967 die militärische Bedeutung der russischen Flotte im Mittelmeer hervorgehoben, als er darauf hinwies, daß sie hier die meisten Grundannahmen der NATO-Verteidigung in Frage stellt und sie zu vollkommen neuen Planungen unter verschlechterten Bedingungen zwingt, die dann einen erheblich höheren militärischen und finanziellen Aufwand notwendig machen würden<sup>26)</sup>. Und Wolfgang Höpker, der durch eine Reihe von Publikationen die Ziele der expansiven maritimen Politik der Sowjetunion der deutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat, schrieb 1971: „Die von westlichen Kommentatoren hartnäckig verfochtene These, das seit Mitte der sechziger Jahre im Mittelmeer kreuzende Geschwader der roten Kriegsmarine sei im Sinne der ‚Kanonenboot-Diplomatie‘ nur ein Instrument politischer Machtdemonstration, ist brüchig geworden, wenn nicht schon überholt. Die sowjetischen Seestreitkräfte im Mittelmeer sind neben ihrem politischen Engagement mehr und mehr in militärische Dimensionen hinausgewachsen.“<sup>27)</sup> Auch Admiral Rivero meinte

1970 in ähnlicher Weise: „Die sowjetischen Verbände haben psychologische und politische Aspekte. Zur gleichen Zeit aber eine militärische Bedeutung. Alle zusammengenommen ergeben das richtige Bild.“<sup>28)</sup>

Tatsächlich kann hier der Auftrag einer Flotte von etwa 50 bis 60 Einheiten, bestückt mit modernsten Lenkwaffen und mindestens zehn zum Teil atombetriebenen und -bewaffneten U-Booten, nicht nur als ein „Zeichen der Präsenz“ gesehen werden. Dagegen spricht zunächst der Umstand, daß in der Zeit des letzten israelisch-arabischen Krieges die 3. Eskadra binnen weniger Tage auf 90 Einheiten vergrößert wurde<sup>29)</sup>. Dieser Krieg im Zusammenhang mit dem Ölembargo gegen den Westen hat gewiß den Weltfrieden nicht gesichert gemacht. Die Gefahr einer militärischen Intervention der USA in einem Ölland und die anschließende Möglichkeit eines Weltbrandes war in jenen Tagen größer als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt seit der Kuba-Krise.

Um so fragwürdiger wird jedoch die Verharmlosung der 3. Eskadra zu einem vorwiegend politischen Instrument, denn dies impliziert die unhaltbare Schlußfolgerung, daß in jenen Tagen die UdSSR eine Flotte von etwa 90 Schiffen der Gefahr der schnellen und ruhmlosen Versenkung aussetzte. Auch eine andere Erfahrung stellte die Theorie des vorwiegend politischen Instruments in Frage. Vor allem bei NATO-Manövern operieren die Schiffe der 3. Eskadra ständig in der Nähe der Einheiten der 6. US-Flotte. Die russischen Kampfschiffe sind jedoch durchweg mit der gefürchteten STYX-Rakete bewaffnet, gegen welche die USA noch keine Gegenwaffe besitzen. Die Effektivität dieses Waffensystems ist im Oktober 1967 durch die Versenkung des israelischen Kriegsschiffes „Eilath“ vor Port Said durch ein ägyptisches Raketen-schnellboot vorgeführt worden<sup>30)</sup>. Dies bedeutet, daß eine ähnlich wie beim Yom-Kippur-Krieg verstärkte 3. Eskadra im Mittelmeer in zweifacher Hinsicht militärisch wirksam werden kann. Erstens: die 6. Flotte wird in der unmittelbaren Zeit nach einem bewaffneten Konflikt gezwungen sein, ihre ganze Kraft zur Eliminierung der Schlagkraft der russischen Verbände aufzubieten. Dafür wer-

<sup>23)</sup> Zitiert nach der Neuen Zürcher Zeitung, 9. 4. 1968.

<sup>24)</sup> Die Welt, 26. 11. 1968.

<sup>25)</sup> FAZ, 30. 12. 1967.

<sup>26)</sup> Bayernkurier, 4. 5. 1968.

<sup>27)</sup> Die Welt, 30. 9. 1967.

<sup>28)</sup> Wolfgang Höpker, Weltmacht zur See. Die Sowjetunion auf allen Meeren, Stuttgart 1971, S. 47—48.

<sup>29)</sup> J. Kannicht, a. a. O., hier 6. 3. 1970.

<sup>30)</sup> Wolfgang Höpker, in: Der General-Anzeiger, Bonn, 13. 6. 1975.



den außerdem auch Luftstreitkräfte der NATO-Anrainer notwendig sein, die dann an der kontinentalen Front fehlen werden. Unabhängig davon, wie niedrig man die Chancen der 3. Eskadra im Mittelmeer im Ernstfall einschätzt, kann nicht davon ausgegangen werden, daß die 6. US-Flotte aus einem Duell mit ihr intakt hervorgehen wird. Dies trifft insbesondere zu, wenn man naheliegenderweise annimmt, daß die 3. Eskadra ihre Feuerkraft auf einige wenige Einheiten, etwa die Flug-

zeugträger und die Raketenkreuzer, konzentrieren wird. Außerdem muß berücksichtigt werden, daß — wie noch gezeigt wird — die Annahme, die 3. Eskadra würde im Ernstfall im Mittelmeer ohne Luftunterstützung bleiben, falsch ist.

Damit wird aber die Abschreckungsfunktion der 6. Flotte als Atomwaffenträger ebenso fragwürdig wie ihre Aufgabe, Europa von Süden her abzuschirmen. Das Patt der Flotten der Großmächte im Mittelmeer ist damit gegeben.

## VI. Die arabische Welt

Die Wandlungen, die die arabische Welt in den letzten 25 Jahren vollzogen hat, sind für das Kräfteverhältnis im Mittelmeer nicht minder bedeutungsvoll als die Etablierung der russischen 3. Eskadra. Noch zu Beginn der fünfziger Jahre lag Nordafrika von Suez bis Gibraltar ebenso fest in europäischer Hand wie das gesamte Mittelmeer, mit Großbritannien und Frankreich als Vormächten.

Mit dem erfolgreichen Militärputsch General Nagibs in Ägypten 1952, der schnell von Oberst Gamal Abd el Nasser abgelöst wurde, erzielte der seit langem aufgeflammete arabische Nationalismus seinen ersten durchschlagenden Erfolg. Er löste einen Prozeß aus, der binnen zehn Jahren zur Befreiung aller arabischen Mittelmeeranrainer führte. Die hier gegen die ehemaligen Kolonialherren angestauten Ressentiments hatten zur Folge, daß die befreiten arabischen Staaten sofort auf Distanz zu ihren früheren Herren gingen, wenn sie nicht sogar eine feindliche Position gegen Europa bezogen. Die anfänglich durchweg positive Haltung Westeuropas gegenüber dem jungen Staat Israel war zudem wenig geeignet, das Verhältnis zu den Arabern zu verbessern; sie wirkte vielmehr als Katalysator der Trennung.

Die freundschaftlichen Beziehungen, die Ägypten bereits seit Mitte der fünfziger Jahre zu der UdSSR geknüpft hatte, waren für westliche Kommentatoren ein schlüssiger Beweis dafür, daß die russische Mittelmeerflotte hier rasch die Stützpunkte finden würde, die sie im Mittelmeer benötigte. Die Spekulationen, die in der westlichen Presse in diesem Zusammenhang angestellt wurden, sind schier unübersehbar. Latakia, Port Said, Alexandria, Tripolis, Algier wurden oft als feste sowjetische Marinestützpunkte präsentiert oder zumindest vermutet; und wer kennt nicht den

ehemaligen französischen Stützpunkt Mers el Kébir in Algerien, der nach 1968 ob seiner angeblichen Besitznahme durch die Russen Militärkommentatoren und westliche Stäbe beunruhigte? Schaut man jedoch genau hin, muß man feststellen, daß die Erfolge der Sowjetunion in der arabischen Welt im Hinblick der Erlangung von Stützpunkten, die auch im Ernstfall tatsächlich der 3. Eskadra Schutz und Versorgung gewähren könnten, sich bescheiden ausnehmen.

Die diesbezüglichen Spekulationen implizieren vor allem eine Unterschätzung der Araber. Man hält sie für einfältig genug, sich ein zweitesmal — und nun auch noch freiwillig — in koloniale Abhängigkeit zu begeben. Man kann es jedoch getrost vorwegnehmen: dazu wird es nicht kommen. Der Geist, der die arabische Welt heute ebenso wie gestern durchdringt, ist auf Unabhängigkeit, Nationalismus und Einheit gerichtet. Der Raum für Unterwürfigkeit ist hier heute denkbar klein, zumal die Araber seit Oktober 1973 genau das Rezept kennen, mit dem sie der Welt, wenn auch nicht ganz ihren Willen, so doch ihre Preise diktieren können. Dies schließt jedoch nicht aus, daß die UdSSR in der Zukunft ebenso wie in der Vergangenheit hin und wieder hier einen Erfolg zu verzeichnen haben wird. Nationalismus und Streben nach Einheit, Unversöhnlichkeit zum Staate Israel, soziale Unfertigkeit und die ungleiche Verteilung des Ölreichtums in den verschiedenen arabischen Staaten werden noch für lange Zeit der Sowjetunion ein breites Feld zum Lavieren geben. Daraus wird sie immer wieder die Möglichkeit erhalten, irgendwelche militärischen Installationen in irgendeinem arabischen Staat anzubringen, die das „Leben“ der 3. Eskadra im Mittelmeer angenehmer machen werden. Dies wird aber nur solange ein Erfolg



bleiben, wie er auch den Interessen des betreffenden arabischen Staates dient und das gestärkte arabische Selbstbewußtsein berücksichtigt. Andernfalls müssen die Russen gehen. Ihr „Rausschmiß“ aus Ägypten 1972 ist das vorläufig krasseste Beispiel dafür.

Charakteristisch in diesem Zusammenhang ist die Rede des ägyptischen Präsidenten Anwar el Sadat am 29. 9. 1974 vor dem Zentralkomitee der Einheitspartei Arabische Sozialistische Union (ASU) in Kairo. Sadat sagte, „die Sowjets hätten auf Anfragen nicht geantwortet, Waffen nur nach ihren eigenen Vorstellungen geliefert oder die Lieferungen verzögert. Ein Schiff, das am Vortag des Angriffs im Oktoberkrieg in Alexandria einlaufen sollte, habe sich „auf hoher See verirrt und sei mit fünf Tagen Verspätung eingetroffen“. Das gemeinsame Kommuniqué nach dem Besuch des Präsidenten Nixon in Moskau, in dem „militärische Entspannung“ im Vorderen Orient gefordert wurde, hat dann nach den Worten Sadats genügt, „das Faß zum Überlaufen“ zu bringen, denn vorher stimmten die Sowjets mit den Ägyptern darüber überein, daß „nur ein Krieg das Nahost-Problem voranbringen könne“<sup>81)</sup>. Wenn der sowjetische Einfluß in der arabischen Welt nicht überschätzt werden soll, so darf er aber auch nicht bagatelisiert werden. Gerade die Unstetigkeit der sowjetischen Einflußnahme in Arabien sowie ihre sich hier im ständigen Fluß befindlichen Möglichkeiten zur Installierung militärischer Einrichtungen erschweren und desorientieren die westliche Aufklärung, was in einem konkreten Fall zu unangenehmen Überraschungen führen kann.

Syrien gehört zu den politisch exponiertesten arabischen Mittelmeeranrainern. In der Auseinandersetzung mit Israel zählt es zu den „Konfrontationsstaaten“. Sein auf dem linksradikalen Flügel der Baath-Partei fußendes Regime versteht sich als Vorreiter des arabischen Sozialismus und Verfechter der arabischen Einheit. Der sowjetische Einfluß ist jedoch vor allem Folge der Abhängigkeit Syriens von Waffenlieferungen für seinen Kampf gegen Israel. Durch die großzügige Auslegung des Vertrages von Montreux (1936) über die Meeresengen am Bosphorus und die Dardanellen durch die Türkei unterhält Syrien zusammen mit dem Irak über dessen östlichen Zipfel eine kurze, direkte Luftverbindung mit der UdSSR. Für die „Konfrontationsstaaten“

Syrien und den Irak ist diese von der Türkei gewährte Erleichterung von entscheidender Bedeutung, denn sie ermöglicht ihnen rasche Versorgung mit Waffen und Munition.

Alle syrischen Waffengattungen sind mit zum Teil modernsten sowjetischen Waffen ausgerüstet. Die Marine umfaßte 1974/75 drei Minensucher, zwei Patrouillen-Schiffe, sechs Schnellboote der KOMAR- und OSA-Klasse mit STYX-Raketen sowie zwölf Torpedoboote der P-4-Klasse. Der Mittelmeerhafen Latakia dient seit Mitte der sechziger Jahre als Ölversorgungshafen der 3. Eskadra. Auffallend ist es jedoch, daß ihre Schiffe sich hier nur für kurze Zeit aufhalten<sup>82)</sup>.

Der Libanon galt lange als der unproblematischste arabische Anrainer des Mittelmeeres. Seine Hauptstadt Beirut war das bedeutendste Handels- und Finanzzentrum des Vorderen Orients mit internationaler Ausstrahlung. Trotz seiner gemeinsamen Grenze mit Israel ließ er sich nicht in den arabisch-israelischen Konflikt hineinziehen, obwohl die palästinensischen Guerillas mit ihren Aktionen von libanesischem Gebiet aus sich nach Kräften darum bemühten. Im April 1975 begann jedoch eine offene bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den bis dahin friedlich nebeneinander lebenden Christen und den Moslems des Landes, die trotz allseitiger Versuche bisher nicht beigelegt werden konnten. Die Möglichkeit einer Trennung des Landes in einen christlichen und einen muslimischen Rumpfstaat ist nicht mehr auszuschließen<sup>83)</sup>. Diese Eventualität ist von unabsehbarer Bedeutung: Der muslimische Staat, der hieraus hervorgehen kann, wird unweigerlich unter die Kontrolle der im Libanon stark vertretenen linksradikalen und gut bewaffneten Palästinenser geraten. Die Vorteile, die dann für die UdSSR im Mittelmeer erwachsen können, liegen auf der Hand.

Ägypten gilt nicht nur wegen seiner zentralen Lage als das Scharnier der gesamten arabisch-islamischen Welt. Es ist ihr bevölkerungsreichster Staat und stellt ihren kulturellen und politischen Mittelpunkt dar. Der verstorbene ägyptische Staatschef Gamal Abd el Nasser konnte wie kein anderer arabischer Führer die gesamte arabische Welt ansprechen und sie in schwärmerische Sehnsucht nach Einheit versetzen.

<sup>82)</sup> W. Höpker, Wie rot ist das Mittelmeer?, a. a. O.  
<sup>83)</sup> Über die gegenwärtige Lage im Libanon, FAZ, 22. 9. 1975.

<sup>81)</sup> Mehr darüber in: FAZ, 30. 9. 1975.



Derselbe Nasser war es aber auch, der in seinem blinden, fanatischen Kampf für die Vernichtung Israels die Russen an den Nil holte und ihnen gleichzeitig den Weg zu vielen arabischen Mittelmeeranrainern ebnete. Hier empfahlen sie sich als „Schutzmacht der Araber“ und ließen den Kommunismus als das „Schwert des Islams“ im Kampf gegen Israel erscheinen. Doch Nasser hat sehr bald erkannt, daß die zahlreichen „Berater“ und „Ausbilder“, die die Sowjets in seinem Lande unterhielten, im Zusammenhang mit der 3. Eskadra zu einem Gewicht wurden, das Ägypten wieder in einen kolonialen Status abgleiten lassen konnte. Die Neue Zürcher Zeitung schrieb schon 1968 in diesem Zusammenhang: „Man braucht die Sowjets, kann sich jedoch, gerade weil das Abhängigkeitsverhältnis spürbar zu werden beginnt, nicht enthalten, allmählich einen Teil der alten antikolonialistischen Ressentiments auf sie zu übertragen. Plötzlich werden die Sowjets als eine Bedrohung empfunden.“<sup>34)</sup>

Die Abhängigkeit Ägyptens von Waffenlieferungen setzte aber dem ägyptischen Unmut gegen die Sowjets Grenzen. Der hieraus folgende ägyptische Zwang zur Loyalität gegenüber der Sowjetunion hat ihr erhebliche Vorteile in Ägypten und im gesamten Mittelmeer eingebracht. Port Said und Alexandria wurden Häfen, die fast ständig sowjetische Kriegsschiffe beherbergten. In Baltim an der Mittelmeerküste konnten die Sowjets außerdem ein großes Radarzentrum aufbauen. Die Flughäfen bei Monsura am östlichen Arm des Nildeltas, bei Kairo, bei Beni Suef und Assuan in Süd-Ägypten waren russische Luftbasen, auf denen die TU-16 (Mittelschwere Langstreckenbomber und -aufklärer, ca. 1 000 km Aktionsradius) sowie MiG-Abfangjäger stationiert waren<sup>35)</sup>.

Das Ausmaß der sowjetischen militärischen Präsenz in Ägypten wurde erst im Sommer 1972 ersichtlich, als Präsident Sadat am 18. Juli vor dem Zentralkomitee der Arabischen Sozialistischen Union die Russen aufforderte, Ägypten zu verlassen. Miksche, der bekannte französische Militärsachverständige, schätzte noch 1972 die Zahl des sowjetischen Personals in Ägypten auf höchstens 10 000 bis 15 000 Mann und wies Schätzungen, die von über 20 000 sprachen, als übertrieben zurück<sup>36)</sup>. Erst nach dem „Hinauswurf“ hat es

sich jedoch herausgestellt, daß hier annähernd 22 000 Mann stationiert gewesen waren. Zudem war Miksche der Ansicht, daß die Sowjetunion in Ägypten MiG-23 (Abfangjäger) unterhielt, was jedoch ebenfalls nicht stimmte. Sadat stellte im August 1972 selbst klar, daß diese in der NATO gefürchteten Maschinen ihm wohl versprochen wurden, Ägypten sie aber niemals erhalten habe<sup>37)</sup>. Solche Fehlleistungen der westlichen Aufklärung in den arabischen Staaten können eines Tages zu den Überraschungen führen, von denen bereits die Rede war.

Der Rückschlag der sowjetischen Mittelmeerpolitik in Ägypten ist verschmerzbar. Die ägyptischen Häfen bleiben nach wie vor für die 3. Eskadra offen und der Abzug der TU-16 reißt kein Loch in die sowjetische Aufklärung. Sie wird lückenlos von der 3. Eskadra selbst und den russischen „Fischdampfern“ mit ihrer hochmodernen elektronischen Ausrüstung besorgt. Von Interesse ist auch, daß sowohl Ägypten wie auch die UdSSR geneigt waren, den Vorfall zu bagatellisieren und nach wie vor die gegenseitige Freundschaft zu betonen<sup>38)</sup>.

Weitaus wichtiger als dieses Vorkommnis ist daher für die Sowjetunion die Wiedereröffnung des Suez-Kanals, denn dadurch bekommt sie die Möglichkeit, ihre maritime Präsenz im Roten Meer, im Persischen Golf und im Indischen Ozean zu intensivieren und aufzubauen<sup>39)</sup>. Man kann davon ausgehen, daß auch künftig die UdSSR alles daran setzen wird, um ein gutes Verhältnis mit Ägypten zu unterhalten. Dies gilt auch umgekehrt, denn die ägyptischen Streitkräfte sind fast ausschließlich mit sowjetischen Waffen und Material gerüstet. Dieser Sachverhalt wird auch aus der Armierung der ägyptischen Marine ersichtlich. Sie umfaßte 1974/75: zwölf U-Boote, fünf Zerstörer (davon einen alten britischen und vier sowjetische der Skory-Klasse), drei Geleitboote, zwölf U-Bootjäger der SOI-Klasse, acht OSA- und sechs KOMAR-Schnellboote mit STYX-Raketen, zwölf Minensucher, 40 Torpedo- und 14 Landungsboote. Präsident Sadat bemüht sich nach seiner Annäherung an die USA zunehmend um die Einführung von westlichen Waffensyste-

<sup>37)</sup> Münchner Merkur, 3. 8. 1972.

<sup>38)</sup> NZZ, 22. 7. 1972.

<sup>39)</sup> S. darüber das kürzlich erschiene Buch von Wolfgang Höpker, Wetterzone der Weltpolitik. Der Indische Ozean im Kräftepiel der Mächte, Stuttgart 1975, sowie der Beitrag von H. Heinzlmeir in diesem Heft.

<sup>34)</sup> NZZ, 8. 12. 1968.

<sup>35)</sup> Münchner Merkur, 3. 8. 1972.

<sup>36)</sup> F. O. Miksche, a. a. O., S. 352.



men. Diese Absicht darf jedoch nicht überschätzt werden. Die Umrüstung der ägyptischen Streitkräfte mit westlichen Waffen würde Milliarden von Dollar verschlingen und dazu lange Jahre in Anspruch nehmen. Die ägyptische Abhängigkeit von der UdSSR wird demnach vorerst bestehen bleiben.

Bis Ende der sechziger Jahre galt Libyen als sichere westliche Position an der Südküste des Mittelmeeres. Den von Großbritannien 1953 übernommenen Luftstützpunkt Camp Wheelus in der libyschen Wüste unweit der Mittelmeerküste haben die USA zu einer Basis für strategische Bomber (Atomwaffenträger) ausgebaut, der bis in die sechziger Jahre hinein ein wichtiges Glied in der amerikanischen Stützpunktkette, die die Sowjetunion umschloß, darstellte. Durch die Fortentwicklung der Raketen hat jedoch dieser Stützpunkt an Bedeutung verloren. Um so leichter konnten daher die USA und die NATO seinen Verlust verschmerzen, als das neue Regime in Libyen (1968) unter dem Obersten Omar Mohammar el Gaddhafi die Amerikaner von Wheelus und die Briten von dem Stützpunkt El Adem zum Abzug zwang<sup>40)</sup>.

Mehr als jeder andere arabische Führer versteht sich Gaddhafi als Promotor der arabischen Einheit — ein Ziel, das er nicht immer mit effektiven und durchschaubaren Mitteln verfolgt. Je mehr die ägyptische Schwenkung von der arabisch-pro-sowjetischen Front offensichtlich wurde, desto mehr versteifte sich Gaddhafi in der Rolle des Einpeitschers für die Einigung der Araber. Dazu bedient er sich der linksradikalen Gruppen in den verschiedenen arabischen Ländern, vor allem aber der Palästinenser. Dadurch geriet er in Gegensatz zu Sadat, der sich inzwischen zu einer erbitterten persönlichen Feindschaft zwischen den beiden Männern entwickelt hat. Das war ein Grund mehr für die Sowjetunion, in Libyen das Terrain wettzumachen, das sie im benachbarten Ägypten verlor.

Am 23. Mai 1975 berichtete die Kairoer halbamtliche Zeitung „al-Ahram“ unter Berufung auf Informationen aus Beirut, daß Libyen von der UdSSR eine Hilfe in Höhe von vier Mrd. Dollar erhalten werde. Später sickerte jedoch durch, daß das diesbezügliche Abkommen, das beim Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin in Libyen vereinbart worden war, eine Militärhilfe

von zwölf Milliarden Dollar vorsehen soll<sup>41)</sup>. Danach werde die UdSSR „Tausende von Panzern und Raketen liefern, um die strategischen und politischen Ziele der militärischen Zusammenarbeit südlich des Mittelmeeres zu gewährleisten“<sup>42)</sup>. Bedingung des Abkommens war die Aufnahme von sowjetischen Militärexperten in Libyen „auf allen Ebenen zur Schulung und Einweisung in die sowjetische Rüstung“<sup>43)</sup>.

Die ungewöhnliche Höhe der Militärhilfe zwingt zu einigen Überlegungen. Eines kann vorweggenommen werden: Das knapp drei Millionen Einwohner zählende Libyen verfügt nicht über das Menschenpotential, das zur sinnvollen Verwendung einer zwölf Milliarden Dollar entsprechenden Militärausrüstung erforderlich ist. Bezeichnenderweise soll in dieser Summe die Lieferung von sechs U-Booten vorgesehen sein; mehr kann die libysche Marine nicht verkraften. Ihr Wert kann kaum eine Milliarde Dollar überschreiten. Die Sowjetunion kann sicherlich außerdem „Tausende von Panzern“ nach Libyen liefern, aber wer soll sie hier in Bewegung setzen und wer soll sie warten? Die Annahme, die Sowjetunion werde vornehmlich moderne, hochwertige Raketausrüstung aller Gattungen liefern (sie könnte vielleicht die 12 Mrd. Dollar rechtfertigen), ist abwegig, denn dies bedeutet eine unerlaubte Unterschätzung der Einsicht des Kremls über die Unzuverlässigkeit des unberechenbaren Gaddhafi: Die ägyptische Schlappe kann sich in Libyen unter Gaddhafi wiederholen. Ebenso abwegig ist aber auch die Annahme, daß die Russen große Mengen von Rüstungsmaterial angeblich nach Libyen „liefern“, es in Wirklichkeit aber in der Hand ihrer „Militärexperten“ behalten. Zum einen könnte in diesem Fall kaum von „Militärhilfe“ gesprochen werden, zum anderen ist die Zahl des zur Bedienung eines derartigen Rüstungspotentials erforderlichen russischen Personals sehr groß; seine Anwesenheit in Libyen würde daher quasi einer militärischen Okkupation des Landes gleichkommen. Dies wiederum würde eine unerlaubte Unterschätzung Gaddhafis bedeuten. Er beansprucht die Führung der Einigung Arabiens und kann sich nicht auf diese Weise den Russen ausliefern.

Gerade dieser Führungsanspruch des libyschen Staatschefs läßt aber eine pausbible Er-

<sup>41)</sup> So Wolfgang Höpker, Fußnote 30.

<sup>42)</sup> FAZ, 24. 5. 1975.

<sup>43)</sup> Ebenda.

<sup>40)</sup> Darüber bei Kannicht, a. a. O., hier 11. 4. 1970.



klärung für die von der Sowjetunion avisierte Rüstungsmenge zu: Gaddhafi will sie für diesen Zweck bereitstellen und die Araber, die für sein Ziel eintreten, können sich bei ihm mit Waffen bedienen. Eine weitere plausible Erklärung wäre, daß Gaddhafi um den Preis der Loyalität und Unterstützung seiner pan-arabischen Ziele andere arabische Staaten mit Waffen beliefert. Eine Zeitlang war sogar in diesem Zusammenhang von der Türkei die Rede; mittlerweile sind jedoch Gerüchte dieser Art leiser geworden. Wie es auch immer sein mag, die Fragen, die sich bei diesem Waffengeschäft anhäufen, können vorerst nicht definitiv beantwortet werden. Es kann jedoch mit Sicherheit gesagt werden, daß diese Rüstungsmenge in der Hand Libyens nicht ohne schwerwiegende Folgen im Mittelmeer bleiben kann. Ob sie dazu verwendet wird, einige arabische Mittelmeeranrainer in einen Hexenkessel zu verwandeln, wie z. B. den Libanon, oder ob Gaddhafi mit ihr solche Staaten unter seinen Einfluß bringen will, sie wird sich gegen die Interessen des Westens im Mittelmeer auswirken.

Dazu muß berücksichtigt werden, daß die Anwesenheit sowjetischer „Militärexperten“ in Libyen für die 3. Eskadra eine neue Ausgangsbasis schafft. Die dem sowjetisch-libyschen Akkord innewohnende Chance, an den langen, menschenleeren libyschen Gestaden den langersehnten Stützpunkt zu erhalten, ist reeller, als sie es jemals in Ägypten war.

*Tunesien* mit knapp sechs Millionen Einwohnern und einem Jahreseinkommen von ca. 500 Dollar pro Kopf spürt bereits die Anziehungskraft des benachbarten reichen Libyens. Im allgemeinen wird angenommen, daß das Ableben des jetzigen tunesischen Präsidenten Habib Bourguiba der auslösende Moment für eine libysche Intervention zur Einverleibung des kleinen, armen Landes sein wird. Bourguiba ist Zögling französischer Kultur, pro-westlich orientiert und der einzige arabische Führer, der das Eindringen der Sowjets ins Mittelmeer als „Störung des Gleichgewichts“ empfindet. Insofern ist Tunesien bisweilen ein für den Westen problemloses Land. Sollte jedoch der Zugriff Gaddhafis gelingen, wird die Situation hier sofort sehr problematisch für die 6. US-Flotte. Der ehemalige französische Marinestützpunkt Bizerta liegt kaum mehr als 140 km von Sizilien entfernt.

Es gibt kaum einen arabischen Führer, der die Ressentiments Boumediennes gegen den Westen übertrifft. Entsprechend fällt auch die Politik des Staatschefs des flächenmäßig

größten arabischen Staates in Nordafrika, *Algerien*, aus. Er empfiehlt sich nicht nur als Vorreiter der arabischen Einheit und kompromißlosen Feind Israels, sondern auch als treibende Kraft eines Zusammenschlusses aller rohstoffexportierenden Länder gegen die Industrienationen. Unter ihm ist Algerien pro-sowjetisch orientiert und die Armierung seiner Marine: sechs U-Bootjäger der SOI-Klasse, zwei Minenleger (T-43), sechs KOMAR- und drei OSA-Schnellboote mit STYX-Raketen sowie zwölf Torpedoboote der P-6-Klasse, ist ausschließlich russischer Herkunft.

Dies reicht aber nicht aus, um Algerien zu veranlassen, den Russen den Stützpunkt Mers el Kébir zur Verfügung zu stellen<sup>44)</sup>. Die Schiffe der 3. Eskadra werden sicherlich auch in der Zukunft die Möglichkeit haben, algerische Häfen anzulaufen, aber einen Stützpunkt werden sie nach bisherigem Ermessen in Algerien nicht erhalten.

*Marokko*, der „Magreb al aqsa“, der „äußerste Westen“ der arabischen Ausbreitung in Nordafrika, betreibt eine gegenüber Ost und West ausgewogene Politik. Es erhielt schon 1961 30 Mill. Dollar Militärhilfe aus der UdSSR, obwohl die USA damals drei große Luftbasen auf seinem Territorium unterhielten. Der diesbezügliche Vertrag lief 1963 aus; in beiderseitigem Einvernehmen wurde er nicht verlängert. Marokko wird aller Wahrscheinlichkeit nach mit Zustimmung Madrids die spanische Sahara nach dem Abzug der Spanier erhalten<sup>45)</sup>. Dafür hat König Hassan seine Forderung nach der Räumung der Hafenstädte Ceuta und Melilla zurückgestellt, hält aber irredentistische Ansprüche gegen Algerien aufrecht. Eben deshalb haben beide Länder 1963 Krieg gegeneinander geführt, wozu es im Hinblick auf ihre beiderseitigen Besitzansprüche auf Spanisch-Sahara auch noch einmal kommen könnte.

Die geopolitische Stellung Marokkos als Mittelmeer- und atlantisches Land ist offenkundig. So lange König Hassan an der Macht bleibt, hat jedoch der Westen nichts zu befürchten. Seine Stellung scheint heute unangefochten zu sein. Man darf jedoch nicht vergessen, daß er zu Beginn der siebziger Jahre zwei Putsche linksgerichteter Offiziere blutig niederschlagen mußte. Ein Grund mehr, um zu erkennen, daß die Sowjetunion nichts unterlassen wird, um das Land am Eingang des Mittelmeeres unter ihren Einfluß zu bringen.

<sup>44)</sup> S. F. O. Miksche, a. a. O., S. 346.

<sup>45)</sup> S. Rheinischer Merkur, 14. 11. 1975.



Zwanzig Jahre dauernde Bemühungen der UdSSR haben nicht gereicht, um an der arabischen Küste des Mittelmeeres eine politisch sichere und militärisch feste Marine- und Luftbasis zu erhalten. Der Reichtum, der nunmehr in einigen arabischen Ländern fließt, sowie das Ausscheren Ägyptens aus der starren Front der „Konfrontationsstaaten“ signalisieren unmißverständlich das Ende der großen arabischen Abhängigkeit von der Sowjetunion. Aus

diesen Gründen kann man annehmen, daß die künftigen Bemühungen der UdSSR hier nicht erfolgreicher sein werden als in der Vergangenheit. Doch dies bedeutet nicht, daß das Mittelmeer noch das „mare nostrum“ des Westens ist. Die aufstrebende arabische Welt erhebt hier ihre Ansprüche. Von Gibraltar bis Suez und südlich der Linie Alboran, Malta und Kreta ist es ihr Meer, ob mit oder ohne die Sowjets.

## V. Die Nordanrainer des Mittelmeeres

Die beschriebene Situation im Mittelmeer muß als einmalig in der europäischen Geschichte erkannt werden. Niemals zuvor war Rußland in der Lage, am „weichen Unterleib“ Europas so starke Streitkräfte zu unterhalten wie jetzt. Die Konzentrierung des Blicks auf die arabische Welt ob der Möglichkeiten der Einrichtung von sowjetischen Basen hat den europäischen Süden in den Hintergrund des Blickfeldes verwiesen. Doch hier ist eine Erosion im Gange, die die westlichen Positionen viel schneller erschüttert, als die Sowjetunion ihre eigenen in der arabischen Welt aufbauen kann.

Die Erfolge der Sowjetunion im Mittelmeer sind nicht so sehr auf eine „bessere Politik“ des Kremls als auf die Unterlassungen des Westens zurückzuführen. Als Menetekel hierfür steht Zypern. Einst Wächter der britischen Interessen von hohem strategischen Wert über den Suezkanal und das Ostmittelmeer wurde die Insel Mitte der fünfziger Jahre zum Zankapfel zwischen Griechenland und der Türkei. In unserer schnellebigen Zeit ist es bereits in Vergessenheit geraten, daß die türkisch-griechischen Auseinandersetzungen um Zypern nicht zwangsläufig waren. Vielmehr meinte damals Großbritannien, noch mit dem Prinzip „divide et impera“ Politik machen zu können und setzte die türkische Karte als Gegengewicht zur griechischen Freiheitsbewegung ein<sup>46)</sup>. Seitdem wurde und blieb Zypern bis heute eine schwärende Wunde, die letztlich den Einsturz der Südostflanke der Atlantischen Allianz verursacht hat. Ihr einst hoher strategischer Wert bleibt unausgenutzt, denn der zypriotische Präsident, Erzbischof Makarios, hat sich wegen der Haltung der NATO im Zypernkonflikt gegen jegliche militärische Verwendung der Insel gesperrt. Selbst die beiden exterritorialen Militärbasen, die Großbritannien bei der Unabhängigkeit Zyperns für sich behielt, sind nun durch den Konflikt in Mitleidenschaft gezogen. Ihre Nutzlosigkeit ist durch die türkische Invasion im Sommer 1974 offenkundig geworden. Zutreffend schrieb der kürzlich verstorbene Giselher Wirsing: „Nur zur Evakuierung der Touristen taugen sie noch.“<sup>49)</sup>

<sup>46)</sup> S. hierzu Peter Härlin, *Prüfstein der Demokratie*, Stuttgart 1956.

<sup>49)</sup> Giselher Wirsing, *Der abwendbare Untergang. Die Herausforderung an Menschen und Mächte*, Düsseldorf 1975, S. 390. Vergleiche auch in diesem Zusammenhang Lothar Rühl in: *Das Parlament*, 20. 9. 1975; diese Ausgabe der Wochenzeitung enthält außerdem zahlreiche Artikel, die das Problem Zypern aktuell darstellen.

Das Wort vom „roten Kleeblatt“ Griechenland, Italien und Portugal ist bereits gefallen<sup>46)</sup>. Sicherlich ist es noch eine Übertreibung; zumindest verfügen noch Griechenland und Italien über Reserven, die ihr Abgleiten in den Neutralismus oder gar in die sowjetische Einflußsphäre abwenden können. Doch das innenpolitische Bild im gesamten Südeuropa wird zunehmend von hohen Inflationsraten, Arbeitslosigkeit, Auslandsverschuldung und innenpolitischen Unruhen bestimmt. Die Kräfte, die diese Entwicklung abwenden sollen, unterliegen einem zunehmenden Verschleiß. Es sind dieselben Kräfte, die die Westorientierung dieser Länder garantieren. Dies ist eine Realität in Südeuropa, die nicht übersehen werden darf. Die Herausstellung der ökonomischen Aspekte in der Atlantischen Allianz durch Bundeskanzler Helmut Schmidt bei der letzten Frühjahrstagung der NATO in Brüssel darf vor allem für den europäischen Süden nicht ohne Folgen bleiben<sup>47)</sup>.

<sup>46)</sup> So Heinz Gstrein in einem Bericht im *Rheinischen Merkur*, 3. 10. 1975.

<sup>47)</sup> FAZ, 31. 5. 1975.



Somit hat der Westen im Ostmittelmeer eine strategische Position verloren, die eine beherrschende Rolle übernehmen konnte. Zudem ist Zypern heute durch die Anwesenheit der türkischen Truppen zu einem Pulverfaß geworden, daß jederzeit das Fanal eines griechisch-türkischen Krieges setzen kann. Bei einer solchen Entwicklung erwachsen jedoch der Sowjetunion hier ungeahnte Möglichkeiten. Die griechisch-zypriotische kommunistische Partei (AKEL) vereinigt mehr als 30 v. H. der Stimmen auf sich und der türkisch-zypriotische Widerstand gegen die türkischen Truppen auf Zypern formiert sich unter dem früheren Vizepräsidenten der Republik, Kütschük.

Die Innenpolitik der Türkei steht seit Beginn der fünfziger Jahre im Zeichen der Zurückdrängung der Reformen Atatürks und der laizistischen Staatsordnung. Das Interesse des Westens war allein von dem kurzfristigen Vorteil, den ihm diese Entwicklung einbrachte, bestimmt. In dem wachsenden Einfluß der islamischen Religion sah er lediglich die antikommunistische Immunisierung der türkischen Bevölkerung. Die gleichzeitige nationalistische Infizierung, die durch die Besinnung auf die osmanische Tradition ausgelöst wurde, hat er übersehen, obwohl bei diesem Prozeß augenscheinlich das Zypernproblem als Katalysator gewirkt hat<sup>50)</sup>. „Damit wurde über die Basis der von Kemal Atatürk mit eiserner Hand und großer Voraussicht betriebenen Westausrichtung der Türkei immer schmaler. Heute wird sie von breiten Schichten der türkischen Bevölkerung abgelehnt und starke Parteien treten für eine Hinwendung des Landes zu der nunmehr reichen arabischen Welt ein. Diese Perspektive eröffnet der Türkei eine tragfähige Alternative zu ihren jetzigen außenpolitischen Bindungen, die kein anderer Nordanrainer des Mittelmeeres hat. Die Perspektiven aber, die hieraus dem Westen erwachsen, sind deprimierend. Die türkischen Landmassen versperrern der Sowjetunion den Weg sowohl zum Mittelmeer als auch zu den arabischen Ölquellen. Obschon dieser Sperrriegel für die sowjetischen Lufttransporte zur Versorgung der arabischen Staaten mit Rüstungsmaterial von der türkischen Regierung durchlässig gemacht worden ist — was auch zur Erhöhung der Bedrohung des Mittelmeeres durch die sowjetische Luft-

waffe geführt hat<sup>51)</sup> —, konnte der Westen seit über 30 Jahren auf diese Funktion der Türkei bauen.

Im Blick auf die maritime Präsenz der Sowjetunion im Mittelmeer gewinnen die Meeresengen am Bosphorus und die Dardanellen eine große Bedeutung. Auf Grund des Vertrages von Montreux ist die Türkei in Friedenszeiten verpflichtet, die freie und ungehinderte Durchfahrt auch von Kriegsschiffen zu garantieren. Die Existenz der 3. Eskadra beruht vornehmlich auf dieser Möglichkeit und erleichtert zudem wegen des Suez-Kanals den Aufbau einer maritimen Präsenz der Sowjetunion im Indischen Ozean. Im Gegensatz zu der Meinung vieler westlicher Kommentatoren muß jedoch hier darauf hingewiesen werden, daß in der militärischen Planung beider Blöcke die Meeresengen keinen allzu großen Wert haben können, weil sie sehr verwundbar sind. Vor allem die Dardanellen sind zu lang, zu eng und zu flach. Da die Nahtstellen zwischen den beiden Blöcken wenige Kilometer von ihnen entfernt sind, können sie viel eher zu einer Falle als zu einer Passage für die Kriegsschiffe werden. Zudem kann ein sich selbstversenkender Frachter mit geeigneter Ladung die Dardanellen vorerst sperren. Auch diese Möglichkeit richtet sich nicht nur gegen den Ostblock, sondern auch gegen die Türkei selbst, denn eine Sperrung der Dardanellen liefert sie der Übermacht der Sowjetunion im Schwarzen Meer aus.

Vor allem nach der türkischen Invasion auf Zypern und dem damit zusammenhängenden amerikanischen Waffenembargo bereitet die Türkei der Atlantischen Allianz zunehmend Sorgen. Die antiamerikanischen Strömungen in der türkischen Bevölkerung — sowohl durch die islamische Bewegung wie auch durch die Linke nach Kräften gefördert — sind stärker geworden. Die auf einer hauchdünnen parlamentarischen Mehrheit fußende Regierung Süleyman Demirels sah sich daher genötigt, die Funktion der amerikanischen Basen in der Türkei radikal einzuschränken. Sowohl in der amerikanischen wie auch in der atlantischen militärischen Planung erfüllen sie jedoch wichtige Funktionen. Von großer Bedeutung sind hier vor allem die Großradar- und Fernaufklärungsanlagen an der türkischen Schwarzmeerküste. Sie sind in der

<sup>50)</sup> Mehr darüber in meinem Artikel „Griechenland, USA und die NATO,“ in: Sicherheitspolitik heute, Bad Honnef, Heft 4/1974, S. 599 ff.

<sup>51)</sup> So Fred M. Dean, Kommandierender General der Luftstreitkräfte Südeuropa, s. J. Kannicht, a. a. O., hier 13. 3. 1970.



Lage, tief in die Sowjetunion hinein zu „sehen“ und zu „hören“<sup>52</sup>).

Griechenland, einst treuer Anhänger der NATO, hat sich im vergangenen Sommer aus seiner militärischen Integration gelöst. Die vielfältigen militärischen Installationen der USA und der NATO sind deshalb aber nicht besonders in Mitleidenschaft gezogen. Dennoch ist ihre Stellung in Griechenland erschüttert. Der Austritt aus der NATO sowie die Kündigung des Vertrages für Heimathafenrechte für sechs amerikanische Zerstörer in der Bucht von Eleusis war der vorläufige Höhepunkt einer innenpolitischen Entwicklung, die zu Beginn der sechziger Jahre begann. Bis dahin wurde die Atlantische Allianz von der Gesamtheit der Nation getragen mit Ausnahme der Kommunisten, die nur gelegentlich mehr als 15 Prozent der Wählerschaft auf sich vereinigen konnten. Danach änderte sich die Lage jedoch sehr rasch. Die außen- und sicherheitspolitischen Bindungen des Landes — und nicht nur diese — gerieten unter den demagogischen Druck sozialistischer und neutralistischer Verheißungen und begannen abzubreckeln. Die Diktatur vermochte nicht, diesen Prozeß zu beenden. Die Militärs erwiesen sich als unfähig, eine tragfähige Basis für einen neuen Anfang und für die Wiederherstellung der Loyalität des Landes gegenüber der NATO zu schaffen. Auch Konstantin Karamanlis vermochte dies seit dem Sommer 1974 vor allem deshalb nicht, weil das Bündnis seinerseits nicht in der Lage war, Griechenland eine Antwort auf die Frage zu geben: was ist mit der Atlantischen Allianz, wenn zwei ihrer Mitglieder in einen Krieg gegeneinander geraten<sup>53</sup>).

Heute erscheint die Wiederherstellung der Bindung Griechenlands an die NATO schwieriger denn je, denn Karamanlis konnte das konservative Lager des Landes nicht zusammenhalten. Die 54prozentige Mehrheit, die er bei den Wahlen vom Herbst 1974 auf sich vereinigt hat, ist nicht mehr existent. Die Prozesse gegen die Junta und ihre Mitläufer, vor allem aber die Abschaffung der Monarchie haben diese Mehrheit auseinander fallen lassen. Ohne dieses Lager ist jedoch eine sichere atlantische Orientierung Griechenlands nicht möglich. Dies schließt aber schwerwiegende Perspektiven nicht nur für Griechen-

land, sondern für ganz Westeuropa ein. Die Ägäis, die durch ihre vielen Inseln als Wasserstraße leicht kontrollierbar ist, stellt einen sicheren Verbindungsweg zwischen der Türkei und den übrigen NATO-Ländern dar als der schmale griechische Landstreifen zwischen der Nord-Ägäis und der bulgarischen Grenze. Denn hier liegt ohnehin die Achillesferse der griechischen Verteidigung gegen den Norden. Die Hafenstadt Kawalla ist kaum 30 km Luftlinie von der über 474 km langen griechisch-bulgarischen Grenze entfernt. Eine aussichtsreiche Abwehr eines massiven Vorstoßes der gut ausgerüsteten und voll mechanisierten bulgarischen Streitkräfte nach Süden setzt hier eine griechisch-türkische Kooperation voraus. Diese ist jedoch vorerst nicht in Sicht. Ein erfolgreicher bulgarischer Durchbruch würde gleichzeitig den freien Durchgang der sowjetischen Luftwaffe und die Sicherung eines Hafens (Kawalla) für die 3. Eskadra im Mittelmeer bedeuten. Viele Kommentatoren unterschätzen die Möglichkeiten, die im Ernstfall die sowjetische Luftwaffe zur Unterstützung der 3. Eskadra hier hat.

Im griechischen Raum ist außerdem die Insel Kreta von großem strategischen Wert. Etwa auf der Mitte des Weges zwischen Europa und Afrika nimmt sie eine beherrschende Stellung im Ostmittelmeer ein. Die großen griechischen und amerikanischen Marine- und Luftbasen auf der Insel, vor allem aber die Raketen-Basis bei der Souda-Bucht, deuten darauf hin, daß ihr eine strategische Drehscheiben-Funktion zugeordnet ist, die die militärischen Operationen in ihrer näheren und weiteren Umgebung kontrollieren kann.

Insgesamt riegelt der griechische Raum zusammen mit der Türkei nicht nur den Ostblock von Mittelmeer ab, sondern stellt auch auf dem Lande und zur See die geographische Kontinuität der Atlantischen Allianz her. Ohne Griechenland wird diese Kontinuität unterbrochen, die Versorgung und Unterstützung der Türkei durch die NATO stellt sich dann im Ernstfall als ein Problem mit vielen Unbekannten.

Selten sind so viele Spekulationen über Leben und Tod eines Mannes angestellt worden wie im Falle des 83jährigen jugoslawischen Staatspräsidenten Tito. Er kann demnach mit Recht von sich sagen, daß er der einzige kommunistische Führer ist, um dessen Leben und Gesundheit selbst eingefleischte Antikommunisten ehrlich bangen. Der Grund dafür ist einleuchtend: Eine Rückkehr Jugoslawiens in den

<sup>52</sup> FAZ, 12. 8. 1975.

<sup>53</sup> Die diesbezügliche Problematik ist in meinem bereits angegebenen Artikel (Fußnote 50) dargestellt worden.



Warschauer Pakt wird die militärische Lage nicht nur im Mittelmeer, sondern in Gesamteuropa verändern. Tito wird eine solche Schwenkung Jugoslawiens nicht vollziehen. Seine Bindungen zum Westen sind in der letzten Zeit auch auf wirtschaftlichem Gebiet sehr gewachsen; so hat er Präsident Ford bei seinem Anfang August stattgefundenen Besuch in Belgrad um die Lieferung von modernen amerikanischen Waffen gebeten<sup>54)</sup>. Die Frage nach der Zukunft Jugoslawiens stellt sich jedoch um so dringlicher nach seinem Tode. Wie fast jeder große politische Führer hinterläßt auch Tito keinen ebenbürtigen Nachfolger. Die Integrationskraft, die von ihm ausgeht und den föderativen Vielvölkerstaat Jugoslawien zusammenhält, wird mit seinem Ableben erlöschen. Die kommunistische Partei Jugoslawiens besitzt diese Integrationskraft nicht. Die scharfen und zum Teil offen ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Völkerschaften legen ein beredtes Zeugnis darüber ab. Es ist daher keine Prophetie, wenn man sagt, daß eine künftige Intervention der UdSSR in Jugoslawien am wahrscheinlichsten diesen Hintergrund als Vorwand benutzen wird. Die „Rückführung“ Jugoslawiens in den Ostblock bedeutet jedoch gleichzeitig das Ende der exotischen Orientierung *Albaniens*; die „Disziplinierung“ seiner extravaganten Führung unter Enver Hodscha wird dann kein Problem mehr sein.

Die Sowjetunion an der Adria bedeutet den Bruch der geographischen Kontinuität der NATO bei gleichzeitiger Ausflankierung sowohl Italiens wie auch Griechenlands. Griechenland wird zudem eine 967 km lange Grenze mit dem Ostblock haben; ihre Verteidigung wird seine Möglichkeiten übersteigen. Das Vordringen der Warschauer Paktstaaten an die Adria bedeutet ferner zweierlei: zum einen wird von hier die sowjetische Luftwaffe Zugang zum Zentrum des Mittelmeeres finden; zum anderen kann die durch ihre vielen Inseln in ihrer geographischen Beschaffenheit einzigartige jugoslawische Küste einer ganzen Flotte Schutz gewähren. Die Kontrolle über die Straße von Otranto kann dann entscheidend für das Schicksal der 3. Eskadra werden. Schon hier wird die Funktion *Italiens* im Kalkül der NATO-Verteidigung ersichtlich. Der tief ins Meer hineinragende italienische Stiefel mit dem ihm vorgelagerten Sizilien trennt praktisch das Mittelmeer in der Mitte. Von

Italien aus kann die Straße von Otranto vor allem für Oberwasserschiffe wirksam kontrolliert werden. Italien kann daher bei einem Verlust der jugoslawischen Neutralität nicht nur die Adria für die 3. Eskadra unbrauchbar machen, sondern auch eine letzte Verteidigungslinie für Westeuropa im Mittelmeer darstellen, denn anders als in der Ägäis liegt das nördliche adriatische Ufer sehr nah am Herzen Europas — und Norditalien ist bereits Zentraleuropa. Der Versuch des amerikanischen Präsidenten bei seinem Besuch in Rom im Juli 1975, Italien strategisch aufzuwerten, deutet bereits auf seine modifizierte Beurteilung im amerikanischen strategischen Konzept hin. Ford ließ durchblicken, daß angesichts der Situation im Ostmittelmeer wegen des griechisch-türkischen Streitens Italien heute „für die Amerikaner der vielleicht wichtigste Angelpunkt ihrer Mittelmeerpolitik“ geworden ist<sup>55)</sup>.

Doch angesichts der innenpolitischen Situation des Landes ist ein solcher Plan unrealistisch. Die italienische Demokratie — in der unmittelbaren Nachkriegszeit in ihrer Liberalität und in der Effektivität ihrer Wirtschaftspolitik ein Vorbild für ganz Europa — hat sich letztlich als unfähig erwiesen, die veralteten gesellschaftlichen Strukturen des Landes zu überwinden. Der arme Süden blieb in seiner agrarischen Ordnung stecken und im reichen Norden wurden die herkömmlichen sozialen Bindungen unter dem explosionsartigen wirtschaftlichen Wachstum weitgehend zerstört. Der schiefe Turm ist somit nicht nur das Wahrzeichen von Pisa, er ist Sinnbild für ganz Italien geworden.

Selbst die Gewerkschaften paßten sich nicht den veränderten wirtschaftlichen Strukturen an. Trotz ihrer hohen Mitgliederzahlen sind sie kaum über den Status der Arbeitervereine des 19. Jahrhunderts hinausgewachsen mit der Folge, daß heute eine Minderheit von Arbeitern ganze Wirtschaftszweige lahmlegen kann. Zwischen 1971 und 1973 haben je 1 000 Arbeiter 3 909 Stunden, d. h. etwa 90 Arbeitswochen, gestreikt; Ergebnis: Leerlauf der Wirtschaft und letztlich der Demokratie und Ruf nach dem „historischen Kompromiß“ zwischen Kommunisten und Christdemokraten. Die derzeitige innenpolitische Entwicklung Italiens schließt einen solchen Kompromiß nicht aus. Bei einer solchen Eventualität ist jedoch nicht nur das Gleichgewicht im Mittelmeer,

<sup>54)</sup> FAZ, 4. 8. 1975.

<sup>55)</sup> Die Welt, 4. 6. 1975.



sondern in ganz Europa unwiderruflich zu Gunsten der Sowjets aus den Angeln gehoben. Die Beteuerungen des italienischen kommunistischen Führers Berlinguer, Italien würde auch unter einer kommunistischen Regierung der Atlantischen Allianz treu bleiben, hat geringen Wert; die militärische Planung der NATO kann sich nicht darauf verlassen.

Auch *Malta*, einst der vielleicht bedeutendste Angelpunkt englischer Mittelmeerpolitik, ist zu einem Fragezeichen für den Westen geworden. Nach wie vor spielt es eine bedeutende Rolle im militärischen Kalkül der NATO und der USA. Auf Malta befindet sich die Zentrale des Kommandos „Seestreitkräfte Europa-Süd (NAVSOUTH)<sup>56)</sup>. Außerdem ist Großbritannien hier noch präsent. Die Labour-Regierung will jedoch bis 1979 alle englischen Truppen von der Insel zurückziehen. Dann aber wird die Frage der Zukunft Maltas sehr akut werden, denn die Erwerbsquellen der kleinen, überbevölkerten Insel (350 000 Einwohner) sind sehr begrenzt. Kaum begrenzt sind jedoch die Möglichkeiten Maltas als Marine- und Luftwaffenstützpunkt. Es verfügt nicht nur über ausgedehnte Hafenanlagen, sondern über fünf große Docks für größere Schiffsreparaturen. Eben deshalb übt die Insel „eine magnetische Anziehungskraft“<sup>57)</sup> auf die Sowjets aus, denn Malta könnte sehr viele Probleme der 3. Eskadra im Mittelmeer lösen.

Die düstere Perspektive der Entwicklung in Italien hat *Frankreich* nicht unbeeindruckt gelassen. Der Friedensvertrag von Evian 1962 war die letzte Liquiditätsakte der französischen Besitzungen in Afrika und gleichzeitig der Beginn seines weitgehenden Disengagements im Mittelmeer. Ein Jahr später mußte es auf Drängen Tunesiens den befestigten Seehafen Bizerta räumen und im gleichen Jahr schickte General de Gaulle das Gros der französischen Flotte von Toulon nach Brest. 1968 räumte er in Algerien vorzeitig den Stützpunkt Mers el Kébir, obwohl Frankreich ihn vertragsgemäß bis 1975 behalten konnte. Es ist nicht ohne Interesse, zu wissen, daß die Unterhaltung seiner Anlagen lediglich 4 Millionen Dollar jährlich kostete<sup>58)</sup>. Das einst mächtige Dreieck der Marinestützpunkte Bizerta—Mers el Kébir—Toulon, das weitgehend die französische Seemacht im Mittelmeer begründete, war damit vollends liqui-

diert. De Gaulle rechtfertigte die Hinwendung seiner Seestreitmacht zum Atlantik mit dem Schlagwort: „Die französische Flotte braucht Raum.“<sup>59)</sup> In Wirklichkeit stand aber hinter dem französischen Rückzug aus dem Mittelmeer ein Bündel von politischen und militärischen Überlegungen, die Teil des Gesamtkonzeptes der Politik de Gaulles waren. Er begünstigte den arabischen Standpunkt im arabisch-israelischen Konflikt und neigte deshalb auch dazu, die Anwesenheit der 3. Eskadra im Mittelmeer zu bagatellisieren. Durch diese Politik gelang es ihm, trotz herkömmlicher antifranzösischer Ressentiments in Nordafrika, die dortige wirtschaftliche Position Frankreichs zu erhalten.

Die militärische Rechtfertigung des französischen Rückzuges aus dem Mittelmeer ist komplexer: Das zwischen den USA und der UdSSR erreichte atomare Patt im Zusammenhang mit der Entspannungspolitik beider Supermächte hat die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung der Vereinigten Staaten erschüttert. Frankreich sah in dieser Entwicklung eine zunehmende Abhängigkeit vom amerikanischen Atomschirm, die seine Handlungsfreiheit stark einschränkte. Dies war jedoch mit dem Großmachtsanspruch Frankreichs unter de Gaulle nicht vereinbar. Auf diesen Überlegungen fußte die Entscheidung zum Austritt aus der NATO und zum Aufbau der „Force de frappe“, deren Ziel es ist, das zu stabil gewordene Gleichgewicht der Supermächte aufzulockern und einen zusätzlichen Unsicherheitsfaktor für eine eventuelle Aggression des Ostens darzustellen<sup>60)</sup>. Bei einem derart globalen strategischen Konzept konnte Frankreich nicht die Hauptmacht seiner Flotte in einem Binnenmeer wie dem Mittelmeer belassen, sie mußte hinaus auf die Weltmeere; ihre Stationierung in Brest an der Ostküste des Atlantiks konnte dies am besten demonstrieren.

Zu beachten ist, daß Frankreich auch bei dieser Strategie niemals auf den Schutz des Atomschirms der USA verzichtet hat<sup>61)</sup>. Dies war um so leichter, als es weit entfernt von den Nahtstellen der Blöcke lag und infolgedessen aus einer relativ sicheren Position heraus ein eigenes Verteidigungskonzept entwickeln konnte. Die mögliche Reintegrierung Jugoslawiens in den Ostblock im Zu-

<sup>56)</sup> S. W. Höpker, Fußnote 28, S. 64.

<sup>57)</sup> So W. Höpker, Fußnote 28, S. 62.

<sup>58)</sup> F. O. Miksche, a. a. O., S. 346.

<sup>59)</sup> S. W. Höpker, Fußnote 4, S. 41.

<sup>60)</sup> So André Beaufre, *Die NATO und Europa*, Stuttgart 1967, S. 100.

<sup>61)</sup> A. Beaufre, a. a. O., S. 106.



sammenhang mit der Lage in Italien macht jedoch diese grundsätzliche Voraussetzung der französischen Strategie fragwürdig. Die Möglichkeit, daß Frankreich sich eines Tages an der Grenze eines kommunistischen oder zumindest vom Osten her ausflankierten Italiens sieht, ist nicht von der Hand zu weisen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß Frankreich in der letzten Zeit nicht nur seine Beziehungen zur NATO einer vorsichtigen Revision unterzieht, sondern auch seine Mittelmeerpolitik zu ändern beginnt. Im Frühjahr 1975 entschloß es sich, einen bedeutenden Teil seiner in Brest stationierten Flotte, darunter zwei Flugzeugträger mit je 40 Flugzeugen, zum Mittelmeer — nach Toulon — zurückzubehalten. Das schon seit einigen Jahren bestehende Engagement Frankreichs in Griechenland wurde bei dem Besuch des französischen Präsidenten Giscard d'Estaing in Athen im September 1975 zu einer französischen Sicherheitsgarantie für Griechenland fortentwickelt<sup>62)</sup>. Es ist daher anzunehmen, daß die „Rückkehr“ Frankreichs ins Mittelmeer auf einem langfristigen Konzept beruht. Diese durchaus erfreuliche Entwicklung der französischen Politik im Mittelmeer und gegenüber der NATO wird jedoch von den Ergebnissen der letzten Wahlen in Frankreich getrübt. Man sollte nicht vergessen, daß Präsident Giscard d'Estaing lediglich durch einen Vorsprung von weniger als zwei Prozent den Kandidaten der französischen Volksfront, François Mitterand, geschlagen hat. Die weltweite wirtschaftliche Rezession und Inflation liefern den Boden, aus dem ein Machtwechsel in Frankreich erwachsen könnte. Was eine solche Eventualität für Europa und besonders für die Bundesrepublik Deutschland bedeuten würde, liegt auf der Hand. Zudem ist unerwarteterweise in den letzten Monaten im französischen Raum ein Fragezeichen entstanden. Korsika — ein Paradies im Mittelmeer für individualistisch geprägte Urlauber — rückte durch eine Autonomiebewegung in den Blick der Weltöffentlichkeit<sup>63)</sup>.

Die hervorragende geopolitische Lage als Mittelmeer- und atlantischer Staat sowie als Brückenkopf zwischen Europa und Afrika hat nicht gereicht, um Spanien in die Atlantische Allianz aufzunehmen. Bewirkt wurde dies durch die politisch bestimmte Abneigung einiger europäischer Bündnispartner, aber auch durch die wegen der Pyrenäen begünstigte Ab-

kapselungsneigung der Spanier. Gleichwohl wurde Spanien bereits 1953 durch ein Abkommen mit den USA indirekt in die NATO einbezogen.

Spanien kann mit seinen Brückenköpfen Ceuta und Melilla in Nordafrika, Gibraltar sowie weite Teile des Atlantiks und des Mittelmeeres kontrollieren. Die Situation in Portugal erhöht diesen Wert Spaniens, denn man muß sich darüber im klaren sein, daß der Abfall einer der beiden iberischen Staaten in den sowjetischen Machtbereich den Verlust der „Gegenküste“ bedeuten würde. Dessen voll bewußt, ließen sich die USA wenig vom politischen Lärm um Spanien beeindrucken und haben hier tragfähige militärische Einrichtungen installiert. Der Besuch von Präsident Ford in Madrid im August 1975 hat das Interesse der USA an Spanien noch einmal demonstriert<sup>64)</sup>.

Die USA unterhalten in Spanien Flugbasen bei Madrid und Sevilla, denen nach der Räumung der US-Luftstützpunkte in Marokko erhöhte Bedeutung zukommt. Weitaus wichtiger ist jedoch die Marine- und Luftbasis Rota im Golf von Cadix. Rota dient gleichzeitig als logistischer Stützpunkt und Einsatz-Flughafen für die 6. US-Flotte und ist zudem die bedeutendste Basis für Polaris-U-Boote im Mittelmeerbereich. Zudem beginnt in Rota eine 800 km lange Pipeline, die Sevilla, Madrid und Saragossa mit Treibstoff versorgen kann.

Die jüngsten Entwicklungen in der spanischen Innenpolitik, vor allem aber das Ableben Francos, lassen die Möglichkeit zu, daß hier eine zweite Auflage des portugiesischen Experiments vonstatten gehen könnte. Befriedigend ist es jedoch, daß der Tod Francos in Spanien kein Chaos ausgelöst hat; der König hat damit die Chance bekommen, seinen Thron auf eine breitere Basis zu stellen. Es wird nicht leicht sein, der wirkliche Machtfaktor ist auch nach Franco die Armee, und Juan Carlos I. wird sich zumindest auf absehbare Zeit nur auf sie verlässlich stützen können, d. h., er muß sich mit ihr abstimmen. Andere Wege sind wenig ratsam; sein Schwager, König Konstantin II. von Griechenland, wird ihm sicherlich einiges in diesem Zusammenhang zu sagen haben. Das Ausmaß der Ablehnung, die das spanische Regime findet, darf jedoch nicht die Erkenntnis ver-

<sup>62)</sup> FAZ, 23. 9. 1975.

<sup>63)</sup> FAZ, 25. 8. 1975.

<sup>64)</sup> Dazu FAZ, 2. 7. 1975.



drängen, daß ein kommunistisches Spanien jede Verteidigungsanstrengungen in Europa und im Mittelmeer an den Rand der Sinnlosigkeit bringen wird. Dazu kommt ein anderer Aspekt: die USA — zwischen den beiden größten Ozeanen der Erde gelegen — sind in ihrer seemännischen Tradition auf Weiträumigkeit ausgerichtet. Die Beharrlichkeit, mit der sie ihre Position im engen Mittelmeer behaupten, läuft eigentlich dieser Tradition zuwider. Man kann nur rätselraten, was noch im Mittelmeer geschehen muß, um die USA auf die Idee zu bringen, daß hier langsam der „Lebensraum“ für eine ganze Flotte mit zwei großen Flugzeugträgern zu klein wird und das Sicherheitsrisiko für die 6. Flotte zu groß. Es muß z. B. angenommen werden, daß ein Abfall Spaniens und der damit zusammenhängende Verlust der Kontrolle über Gibraltar das Signal für den Abzug des bedeutendsten Teiles der 6. US-Flotte setzen könnte. Damit würde die Sowjetunion eines

ihrer „größten politisch-strategischen Ziele“ <sup>65)</sup> erreichen: die Vertreibung der USA aus dem Mittelmeer.

Wem gehört das Mittelmeer? Nach der Darstellung seiner geopolitischen und militärstrategischen Bedeutung drängt sich diese Frage auf. Es ist nicht mehr das „mare nostrum“ des Westens, aber auch eine „pax sowjetica“ ist noch nicht in Sicht. Zudem wird das Mittelmeer und damit Europa künftig immer mehr den Machtanspruch arabischer Staaten zu spüren bekommen. Will Europa überleben, muß es dem Mittelmeer seine Aufmerksamkeit verstärkt zuwenden. An der arabischen Beherrschung des Gebietes südlich der Linie Gibraltar—Alboran—Malta—Kreta—Suez ist allerdings nicht mehr zu rütteln. Um so mehr müssen die Anstrengungen Europas vornehmlich der „Sanierung“ Südeuropas gelten.

---

<sup>65)</sup> So G. Wirsing, a. a. O., S. 391.



## Die amerikanisch-sowjetischen Auseinandersetzungen um den Indischen Ozean

In einer Resolution vom 16. Dezember 1971 erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen — ohne Gegenstimmen, aber bei zahlreichen Stimmenthaltungen — den Indischen Ozean zu einer „Zone des Friedens“<sup>1)</sup>. Die Vereinten Nationen blieben auch in den folgenden Jahren mit dieser Frage beschäftigt<sup>2)</sup>. Der Indische Ozean sollte zu einem „Meer des Friedens“ werden. Er sollte aus der weltweiten amerikanisch-sowjetischen Auseinandersetzung um Einflußsphären herausgehalten werden. Dieser Versuch ist gescheitert: Der Indische Ozean gilt heute als einer der Schwerpunkte im Austrag west-östlicher Interessengegensätze, Diego Garcia einerseits und Berbera andererseits stehen dafür als vielzitierte Beispiele.

Über einhundert Jahre lang — bis in die fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts hinein — galt der Indische Ozean als britisches ‚Binnenmeer‘. Mit ihren Besitzungen in Afrika und Australien beherrschten die Engländer nicht nur die West- und Ostküsten dieses Ozeans, sie kontrollierten mit dem Suezkanal, Aden, den Scheichtümern am Persischen Golf, dem indischen Subkontinent und Singapur auch seine nördlichen Begrenzungen mit den wichtigsten Zufahrtswegen und Nebenmeeren. Diese Situation hat sich jedoch in den letzten 25 Jahren grundlegend gewandelt: Im Zuge der Entkolonialisierung räumten die Engländer nahezu alle einstigen Stützpunkte. Der Entschluß dazu fiel nicht immer leicht, denn London hatte und hat in jener Region bedeutende Außenhandelsinteressen.

Die angespannte Wirtschaftslage zwang Ende 1967 die Labourregierung zu der Entschei-

dung, die militärische Präsenz „östlich von Suez“ drastisch zu reduzieren. Dieser Entschluß stieß in Washington auf Widerspruch. Durch das Engagement in Südostasien über Gebühr beansprucht, drängte es London, im Indischen Ozean auch weiterhin einen Teil der westlichen Interessen zu vertreten. Dafür gab es mehrere Gründe<sup>3)</sup>: An seinen Ufern lebt — mit über einer Milliarde Menschen — rund ein Drittel der Weltbevölkerung. In jener Region findet sich — neben Erdöl — eine Reihe weiterer wichtiger Rohstoffe (u. a. Kupfer, Zinn, Bauxit, Blei, Nickel und Kautschuk). In seiner Bedeutung als Handelsweg zwischen Asien und Australien einerseits und Europa und Afrika andererseits ist der Indik — wie der Indische Ozean in Kurzform auch genannt wird — von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Zwischen London und Washington kam es daher schon in den sechziger Jahren zu einer informellen Zusammenarbeit in Fragen, die die Zukunft dieser Region betrafen. Sie lief bzw. läuft darauf hinaus, daß die USA wiederholt in englische Positionen nachrückten. Schon 1961 waren Pläne der amerikanischen Marine bekanntgeworden, im Indischen Ozean Aufgaben eines „naval watchdog“ zu übernehmen<sup>4)</sup>. Als Prämisse galt, daß anderenfalls bei einem britischen Rückzug ein Machtvakuum entstehen würde, in das Moskau nachdrängen werde<sup>5)</sup>. London behielt sich deshalb einige — strategisch günstig gelegene — Inselgruppen im Indik zurück — unter anderem das Chagos-Archipel mit der Insel Diego Garcia. Um die anstehenden Verhandlungen über die angestrebte Unabhängigkeit nicht zu gefährden, hatte Mauritius seinerzeit Diego Garcia an London verkauft.

<sup>1)</sup> UN-Doc. A/Res/2832 (XXVI). 61 Staaten stimmten zu, 55 enthielten sich der Stimme. Stimmenthaltung übten die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich. Also alle jene Nicht-Anrainerstaaten, die in den Indischen Ozean Flottenverbände entsandt hatten.

<sup>2)</sup> Dieter Braun, Der Indische Ozean und die Vereinten Nationen, in: Vereinte Nationen, 4/75, S. 104 bis 108.

<sup>3)</sup> Grundlegend: A. J. Cottrell/R. M. Burrell (Hrsg.), The Indian Ocean: Its Political, Economic and Military Importance, New York 1972.

<sup>4)</sup> Marcus F. Franda, The Indian Ocean: A Delhi Perspective, American Universities Field Staff, South Asia Series, Bd. 19/1, März 1975, S. 2.

<sup>5)</sup> K. P. Misra, International Politics in the Indian Ocean, in: Orbis, Bd. 18/4, Winter 1975, S. 1089.



London faßte jene Inselwelt 1965 unter dem Namen „British Indian Ocean Territory“ (BIOT) zu einer Verwaltungseinheit zusammen. BIOT war ausschließlich aus militärischen Überlegungen heraus geschaffen worden. Bereits im Dezember 1966 schloß London mit Washington einen ersten Vertrag ab — weitere folgten —, der darauf hinauslief, Diego Garcia den Amerikanern über die Jahrtausendwende hinweg als Militärbasis zu überlassen<sup>6)</sup>. Für Washington war dies ein Gewinn von höchster strategischer Bedeutung. Die Insel, rund 2000 Kilometer südlich Indiens, etwa gleichweit von Afrika und Indonesien entfernt, zeichnet sich durch eine geradezu einzigartige geostrategische Lage aus. Zentral gelegen, ermöglicht sie in weiten Teilen des Ozeans eine nahezu lückenlose Luftüberwachung des gesamten Schiffsverkehrs. Mittlerweile ohne Zivilbevölkerung, so daß auch in Zukunft keine Unabhängigkeitsbestrebungen zu befürchten sind, bietet die etwa 60 Kilometer lange Koralleninsel gleichzeitig vorzügliche Landeplätze.

Vornehmlich die US-Marine nahm sich des Projektes Diego Garcia an. Sie hatte — obwohl bis auf den heutigen Tag offiziell nicht bestätigt — bereits 1964 von untergetauchten Atom-U-Booten abschießbare Polaris-A-3-Raketen mit einer Reichweite von über vier- einhalbtausend Kilometer (die Raketen wurden mittlerweile in bezug auf Sprengkopffzahl und Reichweite verbessert) im Indischen Ozean in Stellung gebracht<sup>7)</sup>. Diese Position hatte sich insbesondere angeboten, da dort verschiedene Bedingungen wie Temperaturen, Meerestiefe und Lauerstellungen für U-Boote weitaus günstiger sind als etwa in der Barents-See oder im Mittelmeer. Damit gerieten — vom Arabischen Meer und vom Golf von Bengalen aus — strategisch wichtige Einrichtungen in der Sowjetunion in den unmittelbaren Zielbereich amerikanischer Feuerstellungen. Ihre Steuerung erfolgt über ein engmaschiges Netz von Militärbasen und Kommunikationszentren, das das Pentagon über den gesamten Indik, von Westaustralien (North West Cape) — u. a. den Seychellen und Mauritius — bis Nordäthiopien (Kagnew) angelegt hatte. Diego Garcia sollte dabei eine zentrale Rolle zufallen. Ein mehrjähriges Ausbauprogramm sah

für die Insel den Bau einer Startbahn für strategische Fernbomber, die Errichtung von Funk- und Satellitenleitstationen und die Anlage eines Hafens (Oltanks) vor. Der schrittweise britische Rückzug wurde durch das verstärkte amerikanische Engagement im Indischen Ozean ausgeglichen.

Mit dieser Politik stieß Washington bei einem Teil der Anrainerstaaten auf teilweise heftige Kritik. Im Kreis der blockfreien Nationen — auf den Konferenzen von 1964 in Kairo und 1970 in Lusaka — war der Plan erörtert worden, den Indischen Ozean in eine „Zone des Friedens“ zu verwandeln. In seiner Unbestimmtheit fand er allgemeine Zustimmung, in seiner konkreten Ausgestaltung war und ist er jedoch innerhalb der Anrainerstaaten umstritten. Sri Lankas Vorstellungen von einer atomwaffenfreien Region beispielsweise — Frau Bandaranaike hatte die UN-Resolution von 1971 initiiert — enthielt eine antiindische Spitze. An der vielstimmigen Kritik an Washington änderten diese Unstimmigkeiten wenig. Insbesondere Neu Delhi — Moskau seit 1971 durch einen Freundschaftsvertrag verbunden — wandte sich gegen den Ausbau Diego Garcias zu einem Militärstützpunkt<sup>8)</sup>. Den USA wurde zum Vorwurf gemacht, dadurch in der Region einen bedrohlichen Rüstungswettlauf heraufzubeschwören. Zu einem ähnlichen Urteil kam eine unabhängige Sachverständigenkommission der Vereinten Nationen<sup>9)</sup>. Danach mußte ein voll ausgebauter amerikanischer Militärstützpunkt im Indischen Ozean weitreichende Folgen haben. Da er Atom-U-Boote und Fernbomber steuern bzw. versorgen würde, die die Sowjetunion unmittelbar bedrohten, werde Moskau mit Sicherheit darum bemüht sein, einen ähnlichen Stützpunkt im gleichen Gebiet zu suchen. Auch müßten regionale Konflikte und die vielfachen innenpolitischen Instabilitäten in den meisten Anrainerstaaten dadurch in den Sog der Großmachtrivalitäten geraten. Die Warnungen blieben unberücksichtigt. Washington hatte denn auch auf dem Höhepunkt des indisch-pakistanischen Krieges von 1971 und des arabisch-israelischen Konfliktes von 1973 Flotteneinheiten in den Indik entsandt.

<sup>8)</sup> Zur indischen Argumentation vgl.: S. P. Seth, *The Indian Ocean and Indo-American Relations*, in: *Asian Survey*, Bd. 15/8, Aug. 1975, S. 649.

<sup>9)</sup> S. P. Seth, *The Indian Ocean ...*, S. 646. Aufgrund von Einsprüchen nahm das UN-Generalsekretariat den Kommissionsbericht zurück. Die revidierte Fassung vermied politisch strittige Daten.

<sup>6)</sup> K. P. Misra, *International Politics ...*, S. 1100.

<sup>7)</sup> Dieter Braun, *Der Indische Ozean in der sicherheitspolitischen Diskussion*, in: *Europa-Archiv*, 18 1971, S. 651.



## Reaktionen Moskaus

Die Sowjetunion war gegenüber dieser Entwicklung, die u. a. eine unmittelbare Bedrohung ihres Territoriums beinhaltet, nicht untätig geblieben<sup>10)</sup>. Erstmals seit 1968/69 fährt eine sowjetische Seestreitmacht beständig im Indik; gegenwärtig sind es rund 20 Einheiten<sup>11)</sup>. Moskaus Rücksichtnahmen auf Vorhaltungen der Anrainerstaaten hielten sich fortan in Grenzen. Bereits 1971 brachte es zur UN-Resolution Vorbehalte gegenüber der Realisierbarkeit des Konzepts einer Friedenszone im Indik vor. Seine vorangegangenen Versuche — nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus — mit Washington darüber in ein Gespräch zu kommen, waren unbeantwortet geblieben<sup>12)</sup>. Dessen dortige Stellung war zu stark, als daß es dazu bereit gewesen wäre. Es konnte sich auf die — dem machtpolitischen Gegensatz der Großmächte immanente — Logik berufen, nach der, unter umgekehrten Vorzeichen, auch Moskau zu keinem Entgegenkommen bereit gewesen wäre.

Die Sowjetunion besitzt — nach den Vereinigten Staaten — die stärkste Flotte der Welt<sup>13)</sup>. Ihr Flottenmanöver „Okean 1975“ erstreckte sich auf alle Weltmeere; erstmals bezog Moskau dabei auch den Indischen Ozean mit ein. Es hatte in den vorangegangenen Jahren bei einer Reihe von Anrainerstaaten um Hafennutzungsrechte nachgesucht, unter anderem in Somalia, in der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen), dem Irak und Indien. Da die Gewährung derartiger Rechte in jedem Land unterschiedlich erfolgt, ist es im einzelnen schwierig, einen Unterschied zu regelrechten Marinebasen zu ziehen. Noch kann jedoch — nach Ansicht der meisten Experten — davon ausgegangen werden, daß Moskau in jener Region keinen eigen-

nen, das heißt mit alleiniger Verfügungsgewalt ausgestatteten Marinestützpunkt besitzt. In Zweifel geriet diese Auffassung erst mit den jüngsten Entwicklungen in und um Somalia. Moskaus Bestreben, auch in diesem Teil der Erde seinen Anspruch als Weltmacht geltend zu machen, war unübersehbar geworden. Gleich Washington beanspruchte es — entgegen der UN-Resolution von 1971 — für seine Operationen zur See das uneingeschränkte Recht auf die „Freiheit der Meere“.

Für Moskaus Politik gibt es eine Reihe von Erklärungen. Es ist um Gegengewichte gegenüber der traditionellen Vorherrschaft des Westens im Indischen Ozean bemüht. Es weiß um dessen vitale Wirtschaftsinteressen in jener Region. Gleichzeitig richtet sich seine Flottenexpansion gegen Peking. Dessen Politik läßt Moskaus Stellung — einmal abgesehen von Pakistan und Sri Lanka — auch im Südjemen, in Somalia und Mozambique nicht ungefährdet erscheinen. Als einzige Atommacht hatte die VR China 1971 die UN-Resolution unterstützt. Ein gewisses Dilemma blieb ihr dabei nicht erspart, denn einerseits vertrat sie das „Friedenszonen“-Konzept, andererseits wurde ihr ein gewisses Verständnis für die amerikanische Politik im Indik unterstellt<sup>14)</sup>. In offiziellen Verlautbarungen kritisierte sie nichtsdestoweniger entschieden die Präsenz beider Großmächte in der Region<sup>15)</sup>. Chinas gegenwärtiges Potential zur See ist jedoch zu gering, als daß es in voraussehbarer Zukunft in die dortige amerikanisch-sowjetische Auseinandersetzung einzugreifen vermöchte.

Der Indische Ozean ist aber auch für den innerrussischen Handel zwischen Ostsee und Schwarzem Meer einerseits und Pazifikküste andererseits von Belang. Er ist für die inner-russische Handelsschifffahrt die einzige eisfreie Verbindung. Auch bestehen mit einigen Anrainerstaaten enge Wirtschaftsbeziehungen. Insbesondere jedoch sieht Moskau in den im Indischen Ozean kreuzenden, raketenbestückten Atom-U-Booten eine ernsthafte

<sup>10)</sup> Im einzelnen: Geoffrey Jukes, *The Indian Ocean in Soviet Naval Policy*, International Institute for Strategic Studies, Adelphi Paper, Nr. 87, Mai 1972; Marcus F. Franda, *The Indian Ocean: ...*, S. 2.

<sup>11)</sup> Vgl. auch Jürg Meister, *Die Antarktis — strategisches Niemandsland?*, Neue Zürcher Zeitung, 5. 9. 1975.

<sup>12)</sup> George G. Thomson, *Problems in the Indian Ocean*, in: *Pacific Community*, Bd. 3/1, Okt. 1971, S. 141; K. P. Misra, *International Politics ...*, S. 1106.

<sup>13)</sup> Ausführlich: D. Mahncke/H.-P. Schwarz (Hrsg.), *Seemacht und Außenpolitik*, Schr. d. Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bd. 11, Frankfurt 1974.

<sup>14)</sup> Oskar Weggel, *Zur Lage im Indischen Ozean*. Peking und die Pläne um Diego Garcia, in: *China aktuell*, Mai 1974, S. 246.

<sup>15)</sup> Klaus Terfloth, *Um die Zukunft des Indischen Ozeans*, in: *Außenpolitik*, 4/1975, S. 457/8.



Bedrohung<sup>16)</sup>. Sie sind auf Südrußland gerichtet, und gerade dort konzentriert sich die sowjetische Rüstungsindustrie. Nahezu zwangsläufig — vom Standpunkt einer Weltmacht aus — bemühte sich deshalb Moskau seit dem Ende der sechziger Jahre um verstärkten Einfluß im Indik. Von den dortigen

amerikanischen Bodenstationen wird ferner ein ganzes Netz von Frühwarnungs- und Aufklärungssatelliten gesteuert, das das Gebiet der Sowjetunion kontrolliert. Innerhalb der vergangenen fünf Jahre verstärkte Moskau daher seine Flottenaktivitäten im Indischen Ozean erheblich.

## Die inneramerikanische Diskussion

Mit seiner Flottenpolitik spielte Moskau — ungewollt — seinem unmittelbaren Gegenüber, der amerikanischen Marine, in die Hände. Der Hinweis auf seine Aktivitäten kam den jährlichen Budgetforderungen der US-Marine zugute<sup>17)</sup>. Insbesondere die atomar gerüstete siebte Flotte — der stärkste Flottenverband der Erde — ist der Garant des amerikanischen Einflusses in jener Region. Sie hat in den letzten Jahren ihren Schwerpunkt in den Indik zu verlegen begonnen. Im Urteil über die eigene Schlagkraft weitaus zuverlässlicher, als es nach außen hin den Anschein hat, versäumt sie keine Gelegenheit, auf die Gefahren einer sowjetischen Flotte im Indischen Ozean hinzuweisen<sup>18)</sup>.

Die Gründe hierfür sind einsichtig. Der langjährige Planungschef der US-Marine, Admiral Zumwalt, war mit seiner Absicht, den Ausbau des Flottenstützpunktes Diego Garcia voranzutreiben, auf Widerstand im Kongreß gestoßen. Es kam zu ausführlichen und zum Teil höchst kritischen Hearings vor den zuständigen Senatsausschüssen<sup>19)</sup>. Schon zu Anfang der siebziger Jahre waren innerhalb des Senats — wie in der UNO — die Befürchtungen gewachsen, daß dadurch ein unkontrollierbarer amerikanisch-sowjetischer Rüstungswettlauf im Indischen Ozean ausgelöst werde.

Erst der Oktoberkrieg von 1973 gab der Marine Gelegenheit, diesbezügliche inneramerikanische Befürchtungen zu zerstreuen<sup>20)</sup>. Es

galt — so die Argumentation<sup>21)</sup> —, dem Westen den Zugang zu den lebenswichtigen Öquellen offenzuhalten; dazu sollte Diego Garcia dienen. Das Olembargo hatte die extreme Verwundbarkeit der westlichen Industriationen aufgezeigt. Die Wiedereröffnung des Suezkanals versprach Moskau in die Lage zu versetzen, im Krisenfall zusätzliche Verbände seiner Schwarzmeer-Flotte kurzfristig in Richtung Persischer Golf — dem erdölträchtigsten Gebiet der Welt — zu entsenden. Zusammen mit der Behauptung, daß Moskau im Irak, dem Südjemen und in Somalia eigene Stützpunkte errichte, schienen vitale Wirtschaftsinteressen des Westens gefährdet. Auch Washington bezieht ein Siebtel seines Bedarfs an Erdöl aus jener Region; seine Wirtschaft hat dort enorme Summen investiert. Für die westeuropäische und japanische Wirtschaft ist eine ungehinderte Ölzufuhr aus dem Persischen Golf von geradezu lebensnotwendiger Bedeutung. Diego Garcia bot sich zur Kontrolle der Golfregion — aber auch als Ausgangspunkt für Einsätze bei einem möglichen weiteren arabisch-israelischen Konflikt — an<sup>22)</sup>. Nach langem Zögern gab der Senat seinen Widerstand auf; er bewilligte Ende Juli 1975 die erforderlichen Summen zum weiteren Ausbau der Insel.

Zurück blieben — auch innerhalb des Senats — Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Entscheidung. Die Kritiker — u. a. Edward M. Kennedy, M. Mansfield, A. Harriman, Chester Bowles — berufen sich dabei auf eine eigene Argumentationskette<sup>23)</sup>. Danach waren für

<sup>16)</sup> O. M. Smolansky, Soviet Entry into the Indian Ocean: An Analysis, in: A. J. Cottrell/R. M. Burrell (Hrsg.), *The Indian Ocean: Its Political, Economic and Military Importance*, New York 1972, S. 352.

<sup>17)</sup> Gerd Linde, *Der Indische Ozean, Friedenszone oder Machtvakuum*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, 28/1973, S. 13/14.

<sup>18)</sup> Gerd Linde, *Der Indische Ozean ...*, S. 19.

<sup>19)</sup> K. P. Misra, *International Politics ...*, S. 1101 bis 1104.

<sup>20)</sup> Vgl. auch: Gerd Linde, *Diego Garcia*, in: *Marine-Rundschau*, Juli 1974, S. 390.

<sup>21)</sup> Im einzelnen: A. J. Cottrell/R.M. Burrell, *Soviet — U. S. Naval Competition in the Indian Ocean*, in: *Orbis*, Bd. 18/4, Winter 1975, S. 1109 — 1128. Ähnlich: Wolfgang Höpker, *Wetterzone der Weltpolitik. Der Indische Ozean im Kräftespiel der Mächte*, Stuttgart, 1975.

<sup>22)</sup> Alexander O. Ghebhardt, *Soviet and U. S. Interests in the Indian Ocean*, in: *Asian Survey*, Bd. 15/8, Aug. 1975, S. 680/1.

<sup>23)</sup> K. P. Misra, *International Politics ...*, S. 1105-1108; S. P. Seth, *The Indian Ocean ...*, S. 651.



das Olembargo und die Ölpreispolitik allein die erdölproduzierenden Staaten verantwortlich. Auch der wiedereröffnete Suezkanal bringe der Sowjetunion nur bedingt Vorteile. Zwar reduziere sich dadurch der Weg ihrer Schwarzmeerflotte in den Indischen Ozean erheblich, sie werde es jedoch kaum auf eine ernsthafte Störung des internationalen Handels ankommen lassen, da es für den Westen ein leichtes wäre, als Vergeltung die für die Sowjets so wichtigen Ausfahrten aus der Ostsee und dem Schwarzen Meer — ebenso wie den Suezkanal — zu sperren. Eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen sowjetischer Schwarzmeer- und Pazifikflotte im Indischen Ozean bleibe daher stets gefährdet. An der Absicht Moskaus, stärker als bisher im Indischen Ozean präsent zu sein, wird jedoch nicht gezweifelt. Daraus wird aber nicht auf eine unmittelbare und nachhaltige Gefährdung westlicher Interessen geschlossen. Zumindest sollte — so die Meinung der Kritiker — nichts unversucht gelassen werden, in Direktverhandlungen mit Moskau Möglichkeiten eines beiderseitigen Begrenzungsabkommens auszuloten<sup>24)</sup>. Anderenfalls drohe im Indischen Ozean ein ebenso verhängnisvoller wie irreversibler Rüstungswettkampf.

Ähnlich argumentierte auch der — zwischenzeitlich entlassene — Direktor des CIA, William Colby<sup>25)</sup>. Seiner Meinung nach besitzt der Westen gegenüber der sowjetischen Flotte im Indischen Ozean auch heute noch eine deutliche Überlegenheit. Den vereinigten Seestreitkräften der USA, Großbritanniens und Frankreichs — darunter mehrere Flugzeugträger — hat Moskau nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Jene können auch auf australische und südafrikanische Unterstützung zurückzugreifen. Neben London unterhält auch Paris in jener Region noch mehrere maritime Stützpunkte — unter anderem Djibouti, am

Horn von Afrika unweit des umstrittenen somalischen Hafens Berbera gelegen. Noch Präsident Nixon soll 1973 Präsident Giscard d'Estaing persönlich darum gebeten haben, Djibouti wegen Berbera nicht aufzugeben. Die verschiedenen englischen Stützpunkte arbeiten ohnehin eng mit den amerikanischen Verbänden zusammen. Zwei davon — die Malediveninsel Gan und Singapur — will London 1976 räumen. Um ihre Zukunft hat ein höchst undurchsichtiges diplomatisches Tauziehen eingesetzt. Wohl hat Außenminister Callaghan im Juni 1975 auch das 1955 mit der Republik Südafrika abgeschlossene Simonstown-Abkommen — es diene der gemeinsamen Verteidigung der Seeroute um das Kap der Guten Hoffnung — für beendet erklärt, es kann jedoch wenig Zweifel daran bestehen, daß britische — und amerikanische — Flotteneinheiten Simonstown auch weiterhin anlaufen können. Pretoria hat wiederholt sein großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der NATO zum Ausdruck gebracht — nach verschiedentlich vertretener Auffassung nicht ohne Erfolg<sup>26a)</sup>. Gleichzeitig wurde im Sommer 1975 bekannt, daß die US-Marine — die auch noch von Thailand aus Aufklärungsflüge über dem Indik fliegt — in Singapur ohne ein formelles Abkommen weitgehende Landerechte wahrnimmt. Für die Siebte Flotte ist Singapur nicht zuletzt die bislang fehlende Zwischenstation auf dem langen Weg vom Marinestützpunkt Subic Bay (Philippinen) nach Diego Garcia. Damit ist diese Flotte — die auch zu Indonesien gute Kontakte unterhält — ihrem Ziel, zwei der drei wichtigsten Zufahrten zum Indischen Ozean — das Kap der Guten Hoffnung und die Straße von Malakka — zu kontrollieren, sehr nahe gekommen. Über die dritte jener Zufahrten, den Suezkanal, haben die Sowjets 1972 — mit der Ausweisung aus Ägypten — die Kontrolle verloren.

## Die Golfregion

Ein Schwerpunkt nahezu aller Großmachtpolitik in und um den Indischen Ozean liegt im Bemühen um die Kontrolle des Persischen Golfs. Sie ist heute von weitaus größerer Bedeutung als die des Suezkanals. Rund um den

Golf liegen die ergiebigsten Ölquellen der Welt. Die weitaus stärkste regionale Militärmacht ist der Iran. Er rüstet — wie Saudiarabien — mit geradezu gigantischen Waffenkäufen, vor allem in den USA, auf<sup>26)</sup>. Die übrigen Staaten der Region folgen diesem

<sup>24)</sup> Edward M. Kennedy, *The Persian Gulf: Arms Race or Arms Control?*, in: *Foreign Affairs*, Bd. 54/1, Okt. 1975, S. 22.

<sup>25)</sup> Jürg Meister, *US-Bericht zur militärischen Lage im Indischen Ozean*, *Neue Zürcher Zeitung*, 17. 1. 1975.

<sup>26a)</sup> Vgl. jüngst die SPD-Abg. L. von Bothmer, in: *Frankfurter Rundschau* v. 11. 11. 1975.

<sup>26)</sup> Zu den Zahlen im einzelnen vgl.: Edward M. Kennedy, *The Persian Gulf: ...*, S. 14 und 25.



Vorbild. Bereits heute wird die Zahl amerikanischer Militärberater im Iran auf über sechstausend geschätzt. Für die gesamte Region läßt sie sich nur noch in Zehntausenden angeben. Das Pentagon schätzt, daß bis 1980 bereits 150 000 Amerikaner — im Vollzug militärischer und wirtschaftlicher Aufträge — in der Golfregion tätig sein werden <sup>27)</sup>.

Die Folgerung, daß das angestrebte regionale Sicherheitssystem ohne Großmächte letztendlich von den USA überlagert wird, drängt sich unmittelbar auf <sup>28)</sup>. Für Washington fällt es unter diesen Umständen leicht, 1976 seine bisherige Flottenbasis auf Bahrein aufzugeben. In laufenden Verhandlungen mit London und dem Sultan von Oman stellt es ohnehin sicher, den strategisch günstig gelegenen Luftwaffenstützpunkt Masira vor der Südostküste Omans mitbenützen zu können <sup>29)</sup>. Auf ihm sollen sich im Krisenfall bis zu 40 000 Mann stationieren lassen <sup>30)</sup>. Er sichert die Ausfahrt aus dem Persischen Golf — die Straße von Hormuz — mit ab. Sie wird täglich von Riesentankern mit einer Gesamttonnage von rund 20 Millionen Barrell Öl passiert — das ist die Hälfte der täglichen Erdölproduktion aller nichtkommunistischen Länder. Nicht zuletzt deshalb gewährleistet auch der Schah — in Zusammenarbeit mit Washington und London — den durch die Rebellion in Dhofar gefährdeten Bestand des gegenüberliegenden Sultanats Oman <sup>31)</sup>. Nicht zuletzt deshalb erfuhr auch der verschiedentlich schon totgesagte CENTO-Pakt in den letzten Jahren eine so überraschende Wiederbelebung <sup>32)</sup>. Auch das letzte großangelegte Manöver des Militärpaktes im November 1975 führte durch die Straße von Hormuz. An dem kombinierten Manöver von See- und Luftstreitkräften nahmen amerikanische, britische, türkische, pakistanische und iranische Truppen teil.

<sup>27)</sup> Edward M. Kennedy, *The Persian Gulf: ...*, S. 19.

<sup>28)</sup> Marcus F. Franda, *The Indian Ocean ...*, S. 5.

<sup>29)</sup> Gerd Linde, *Der Indische Ozean: Friedenszone oder Machtvakuum?*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, 15/1975, S. 2.

<sup>30)</sup> A. J. Cottrell/ R. M. Burrell, *Soviet — U. S. Naval Competition ...*, S. 1118.

<sup>31)</sup> Christoph von Imhoff, *Vom Persischen Golf zum Indischen Ozean*, in: *Außenpolitik*, 1/1975, S. 52.

<sup>32)</sup> Zum CENTO-Pakt vgl. auch: Dieter Braun, *Neue Konstellationen zwischen dem Indischen Subkontinent und Westasien*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, Mai 1974, S. 40 f.; Udo Steinbach, *Grundlagen und Bestimmungsfaktoren der Außen- und Sicherheitspolitik Irans*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, Juli 1975, S. 69.

Dem Iran fällt in diesem Kontext eine Schlüsselrolle zu. An seinen grundsätzlichen Vorbehalten gegenüber der Sowjetunion sind wenig Zweifel möglich; er arbeitet mit Washington eng zusammen. Auch versteht er sich — ungeachtet des erheblichen Mißtrauens, das ihm von den arabischen Nachbarstaaten auch heute noch entgegengebracht wird — nicht nur als Führungsmacht am Golf, seine Zielsetzungen greifen weit in den Indischen Ozean hinaus <sup>33)</sup>. In Saudiarabien — einem weiteren potenten Verbündeten Washingtons — wird bereits von einer iranischen Stützpunktpolitik im südafrikanischen Simonstown gesprochen <sup>34)</sup>. Tel Aviv, zu dem Teheran auch weiterhin tragfähige Beziehungen unterhält, arbeitet gleichfalls mit Pretoria militärisch zusammen <sup>35)</sup>. Israel kann — angesichts der Möglichkeit einer arabischen Fernblockade außerhalb des Roten Meers — von den strategischen Gegebenheiten im nordwestlichen Indik nicht unberührt bleiben.

Gegenüber diesem — bei aller Unterschiedlichkeit im einzelnen, im grundsätzlichen gleichgerichteten — Interessenkomplex nimmt sich die Stellung Moskaus in der Golfregion bescheiden aus <sup>36)</sup>. Die von interessierter amerikanischer Seite im Frühjahr 1975 lancierte Behauptung, daß der irakische Hafen Um Quasr zu einem sowjetischen Flottenstützpunkt ausgebaut werde, erwies sich als Falschmeldung. Moskaus Einflußmöglichkeiten im Irak sind — trotz des beiderseitigen Freundschaftsvertrages von 1972 — enge Grenzen gesetzt. Für dessen Führung hat Moskau, ohne daß es deshalb zu einem Bruch kommen muß, seine Schuldigkeit insofern erfüllt, als es Anfang der siebziger Jahre die nötige außenpolitische Absicherung dafür abgab, die westlichen Ölgesellschaften im Lande zu entmachten <sup>37)</sup>. Gleichzeitig gelangte Bagdad im letzten Jahr zu einem überraschenden Ausgleich mit Teheran.

Bleibt Moskau noch die Demokratische Volksrepublik Jemen: Mit dem Südjemen ar-

<sup>33)</sup> Udo Steinbach, *Grundlagen und Bestimmungsfaktoren ...*, S. 79 f.

<sup>34)</sup> Christoph von Imhoff, *Vom Persischen Golf ...*, S. 51.

<sup>35)</sup> Jürg Meister, *Israels Präsenz im Roten Meer*, Neue Zürcher Zeitung, 10. 9. 1975.

<sup>36)</sup> O. M. Smolansky, *Soviet Policy in the Middle East*, in: *Current History*, Okt. 1975, S. 117.

<sup>37)</sup> Vgl. Heinrich Bechtoldt, *Arabesken zu arabischen Sozialismen*, in: *Außenpolitik*, 4/1975, S. 433—436.



beitet es zwar seit Jahren eng zusammen, aber auch dieser strategische Geländegewinn hält sich — nach Angaben des CIA — in Grenzen. Hafen und Flughafen von Aden sind für die Belange des sowjetischen Militärs nur

bedingt verwendbar, u. a. ist die Piste des Flughafens für sowjetische Aufklärungsflugzeuge zu kurz. Die südjemenitische Insel Sokotra am Ausgang des Roten Meeres ist als Luft- und Seestützpunkt ungeeignet.

## Schlußbemerkungen

Die Sowjetunion bemüht sich vor allem in Somalia, ihre Stellung auszubauen. Das Land erhält seit Jahren erhebliche Wirtschafts- und Militärhilfe<sup>38)</sup>. Beide Regierungen schlossen 1974 einen Freundschaftsvertrag ab<sup>39)</sup>. Die Sowjets benutzen den Hafen Berbera, verfügen jedoch über keine Werftanlagen an Land; Reparaturen müssen mit Hilfe eigener Troßschiffe durchgeführt werden. Daran, daß sie in Berbera Kasernen, Treibstofflager, einen Flugplatz mit überlanger Piste und eine Großfunkstation bauen, kann mittlerweile kaum mehr ein Zweifel bestehen. Auch für die Behauptung des Pentagons, daß dort Raketen-Abschußrampen gebaut würden, lassen sich Beweise erbringen. Letzte Unklarheiten darüber konnten jedoch auch durch Besichtigungen amerikanischer Senatoren an Ort und Stelle nicht gänzlich aufgeklärt werden. Immerhin waren sie im vergangenen Sommer von der Regierung in Mogadischu mit dem erklärten Ziel eingeladen worden, dadurch den Vorwurf, sowjetische Basis zu sein, zu entkräften<sup>40)</sup>. Wie auch immer die im einzelnen schwer nachprüfbar behauptungen bewertet werden, der letztjährige Wirbel um Somalia genügte dem Pentagon, um noch bestehende inneramerikanische Einwände gegenüber dem Ausbau Diego Garcias zu überstimmen. Die Einwände hatten darauf abgezielt, noch einmal ernsthaft zu sondieren, ob die Sowjets an einer beiderseitigen Begrenzung der Flottenpräsenz im Indik interessiert sind.

Insofern die Sowjets in Somalia Raketen lagern können, können sie einen strategischen Gewinn verbuchen. Auch ermöglicht der Flughafen von Berbera — ein weiterer befindet sich nordwestlich von Mogadischu im Bau — ihren Aufklärungsflugzeugen, bis zum Kap der Guten Hoffnung und zur Straße von Malakka Patrouillen zu fliegen. Damit droht den amerikanischen Atom-U-Booten eine Or-

tung<sup>41)</sup>. Zur raumgreifenden Beherrschung des Indischen Ozeans genügt jedoch weder Berbera noch Aden. Noch ist die Präsenz der sowjetischen Flotte also vorwiegend eine politische Demonstration. Für den Krisenfall ist ihr von Marineexperten ein schnelles Ende vorausgesagt worden<sup>42)</sup>.

Für Moskau bleibt noch ein weiteres Problem zu lösen: Es ist in seiner Stützpunktpolitik vom politischen Wohlwollen der jeweiligen Länder abhängig. Schon zum wiederholten Male mußten die Sowjets — unter Preisgabe enormer volkswirtschaftlicher Werte — erfahren, welche steten Gefährdungen eigene logistische Installationen in einem fernen Land ausgesetzt sind. Allein in den letzten fünf Jahren mußten sie ihr Militär aus Ägypten, dem Sudan und der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) zurückziehen. Nur noch am Ausgang des Roten Meeres, im Südjemen und Somalia, verblieben ihnen strategische Positionen. In beiden Ländern ist die Stellung Moskaus nicht a priori sicher<sup>43)</sup>. Der letztjährige Umsturz in Bangladesh hat deutlich werden lassen, auf welche schwachen Voraussetzungen verschiedentlich angenommene sowjetische Einflußsphären beruhen. Indien kann — ungeachtet seiner engen wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit — schwerlich als sowjetischer Satellit bezeichnet werden<sup>44)</sup>. Beweise dafür, daß es den Sowjets Marinestützpunkte eingeräumt habe, sind bisher nicht erbracht worden. Indien ist wirtschaftlich zu schwach, um selbst eine schlagkräftige Marine aufbauen zu können. Es überraschte daher wenig, daß CIA-Direktor W. Colby Vorbehalte gegenüber einem for-

<sup>38)</sup> Alexander O. Ghehardt, *Soviet and U. S. Interests* ..., S. 677.

<sup>39)</sup> Gerd Linde, *Der Indische Ozean* ..., S. 3.

<sup>40)</sup> *Time*, 21. 7. 1975.

<sup>41)</sup> Alexander O. Ghehardt, *Soviet and U. S. Interests* ..., S. 676.

<sup>42)</sup> Jürg Meister, *US-Bericht zur militärischen Lage im Indischen Ozean*, *Neue Zürcher Zeitung*, 17. 1. 1975.

<sup>43)</sup> O. M. Smolansky, *Soviet Policy* ..., S. 119.

<sup>44)</sup> Marcus F. Franda, *India and the Soviets: 1975*, *American Universities Field Staff, South Asia Series*, Bd. 19/5, Juni 1975, S. 11.



cierten Ausbau Diego Garcias vorbrachte <sup>46)</sup>. Seiner Meinung nach würde dadurch lediglich ein stetes sowjetisches Engagement provoziert.

Der Indische Ozean ist — global gesehen — für Moskau eine Region von eher nachgeordneter Bedeutung. Damit ist nichts über die sowjetischen Motivationen ausgesagt. Sie sind auf mehr Einfluß im Indik ausgerichtet. Auch eine Weltmacht muß jedoch Prioritäten setzen; für Moskau liegen sie nicht im Indischen Ozean. Seitdem sich jedoch Washington in jener Region mit Atom-U-Booten festgesetzt hat, haben sich dort beide Mächte derart engagiert, daß die Aussichten für eine Beendigung des maritimen Wettstrüßens gering sind. Zu groß ist — für Washington — der Stellenwert des Indischen Ozeans; der Schutz der Ölrouen ist dafür nur *ein* Argument. Gewichtiger noch sind militärstrategische Überlegungen: Das Pentagon unterhält — wie bereits erwähnt — über den Ozean hinweg ein Netz von Militär-basen und Kommunikationszentren. Sie sind —

unter anderem — Schaltzentren für Frühwarn-satelliten, die den Abschuß interkontinentaler Raketen in der Sowjetunion und in China ebenso kontrollieren wie Raketenversuche über und unter der Erde. Ihre Computersysteme — u. a. in der Verteidigungs- und Raumkommunikationsanlage Pine Gap, nahe Alice Springs, Australien — können innerhalb von Bruchteilen von Sekunden feststellen, welche Raketen gestartet worden sind und welche Ziele sie ansteuern. Außerdem wird vermutet, daß sie die Zentrale für einen Anti-Raketen-Satelliten abgeben, der das Lenksystem anfliegender Feindraketen mittels Laserstrahlen zu stören vermag. Diego Garcia ist nicht nur in dieses Netz eingebaut. Es dient nicht nur als Standort für Flugzeugträger und strategische Fernbomber und zur Steuerung von Atom-U-Booten. Aus technischen Gründen verläuft die Bahn sowjetischer Satelliten über dem Indischen Ozean am erdnächsten. Kein anderer Standort als gerade Diego Garcia eignet sich so gut zu ihrer Überwachung. Damit gewinnt die Insel für Washington einen schlechterdings unschätzbaren Wert.

---

<sup>46)</sup> A. J. Cottrell/R. M. Burrell, Soviet — U. S. Naval Competition . . . , S. 1124/5.



Die sowjetische Außenpolitik war bereits in der Gründungsphase des Sowjetstaates durch den Konflikt zwischen nationalen und revolutionären Interessen gekennzeichnet. Die nationalen Interessen erhielten dabei stets den Vorrang. Die politische, wirtschaftliche und militärische Schwäche der Sowjetunion in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution hat die sowjetischen Politiker veranlaßt, ihre Nahostinteressen auf die südlichen Anrainerstaaten zu konzentrieren. Während in diesen Ländern nationale Sicherheits- und Handelsinteressen die Aktionen der Sowjetunion bestimmten, dominierten für sie in den anderen Ländern des Nahen Ostens die revolutionären Interessen.

Stalin identifizierte die revolutionären Interessen des Kommunismus mit den nationalen Interessen der Sowjetunion und betrachtete die internationale revolutionäre Bewegung als Instrument des Sowjetstaates. Hatte Stalin bis 1928 eine Zusammenarbeit zwischen revolutionären und nationalen Kräften im Nahen Osten unterstützt, um die Nahostländer aus der Abhängigkeit von den Kolonialmächten zu befreien, so führte der Wandel der Strategie im Jahre 1928 dazu, daß die Kommunisten in diesen Ländern von den nationalen Bewegungen weitgehend isoliert wurden. Ab 1935 suchte die Sowjetunion erneut eine Zusammenarbeit mit den nationalen Kräften, obwohl ihr Engagement im Nahen Osten bis 1945 gering blieb. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Stalinsche Konzeption der antagonistischen zwei Weltlager und seine Forderung nach absoluter Kontrolle der nicht zum kapitalistischen System gehörenden Länder verhindert, die vielfältigen Ansatzmöglichkeiten für die sowjetische Politik im Nahen Osten zu nutzen.

Die wesentliche Verbesserung der sowjetischen Machtstellung und die größere Realitätsnähe der sowjetischen Führung nach Stalin führten zu einer Neubewertung des Nahen Ostens und zur Umorientierung der Politik gegenüber dieser Region. Der Widerspruch zwischen dem revolutionären Auftrag und der Gefahr eigener Vernichtung zwang die sowjetische Führung zur indirekten Strategie in der politischen Auseinandersetzung mit ihren Hauptgegnern. Dem entsprach ein intensiveres Bemühen, sowjetische Interessen in diesem Gebiet zu verwirklichen: die Nahost-Länder aus der Abhängigkeit der kapitalistischen Staaten zu lösen, Verbündete zu gewinnen, wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten zu erzeugen und militärstrategische Vorteile zu erzielen. Den arabisch-israelischen Konflikt, innerarabische Auseinandersetzungen und den Emanzipationsprozeß von westlicher Vorherrschaft nutzte die Sowjetunion aus, um die eigene Position im Nahen Osten zu verbessern, geriet dabei aber auch in Gefahr, in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt zu werden. Die Unterstützung arabischer Interessen im Nahost-Konflikt endete dort, wo das politische Handeln der Araber sowjetischen Interessen widersprach.

Das wachsende sowjetische Engagement im Nahen Osten vergrößerte die Gefahr, in einen Krieg zu geraten, und ließ die Kosten für eine Realisierung ihrer Interessen ständig zunehmen. Da die Sowjetunion stets Vorteile aus dem arabisch-israelischen Konflikt gezogen hat, andererseits aber die Eigendynamik militärischer Konfrontation nicht erkennt, liegt es in ihrem Interesse, wenn der Nahost-Konflikt eine politische Regelung findet, die die Kriegsgefahr vermindert, die politische, wirtschaftliche und militärische Durchdringung des Nahen Ostens durch die Sowjetunion weiterhin erlaubt und die militärische Präsenz in diesem Gebiet rechtfertigt.



## Gregor M. Manousakis: Patt im Mittelmeer

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/75, S. 19—37

Der Sieg der Spanier in der Seeschlacht von Navpaktos (Lepanto) 1571 begründete die europäische Herrschaft über das Mittelmeer. Die u. a. auch durch den „Drang nach Süden“ gekennzeichnete Politik Peters des Großen erhob den ersten russischen Anspruch auf dieses Gebiet. Die Sowjetunion, die konsequent die großrussische Politik des zaristischen Rußlands verfolgt, bemühte sich ab 1945 durch Ansprüche auf die „Verwaltung“ von Teilen des heutigen Libyen um ihre Etablierung am „weichen Unterleib“ Europas; ihre Forderungen wurden von den Westmächten abgewiesen. Die Sowjetunion mußte sich fügen, zumal in jener Zeit das Mittelmeer noch das „mare nostrum“ des Westens war: Die Verkündung der Truman-Doktrin und der Beitritt Griechenlands und der Türkei zur NATO festigten hier die Positionen des Westens, zumal auch die USA durch die 6. US-Flotte hier eine beachtliche militärische Präsenz aufbauten.

Die Wende kam mit dem Suez-Abenteuer Frankreichs, Englands und Israels und die damit zusammenhängende Hinwendung Nassers zur Sowjetunion. Diese begann mit dem Aufbau einer Mittelmeerflotte, die bereits 1968 etwa die heutige Stärke erreichte. Die 3. Eskadra ist in der Lage, im Ernstfall die 6. US-Flotte an der Durchführung ihres militärischen Auftrages zu hindern. Langfristige militärische Operationen im Mittelmeer durchzuführen, ist sie allerdings nicht in der Lage, weil sie über keinen Stützpunkt verfügt, der ihr Schutz und Versorgung bieten könnte.

Viele westliche Kommentatoren neigen auch heute noch zu der Annahme, daß die sowjetisch-arabische Annäherung die UdSSR in den Besitz eines solchen Stützpunktes im südlichen Teil des Mittelmeeres bringen könnte. Diese Befürchtung hat sich bis heute nicht bewahrheitet, da die Araber sich nicht freiwillig in eine zweite koloniale Ära begeben werden. Die Konzentration der Aufmerksamkeit des Westens auf die vermeintlichen Möglichkeiten der UdSSR in der arabischen Welt hat zur Folge, daß ihre Chancen bei den Nordanrainern des Mittelmeeres unterschätzt werden. Doch sind hier Chancen durchaus gegeben infolge der schwierigen und nicht voraussehbaren politischen Entwicklungen in Griechenland, Italien, Spanien und Portugal.

## Helmut Heinzlmeir: Die amerikanisch-sowjetischen Auseinandersetzungen um den Indischen Ozean

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/75, S. 38—45

Über einhundert Jahre lang — bis in die fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts hinein — galt der Indische Ozean als britisches Binnenmeer. Die Engländer beherrschten nicht nur dessen West- und Ostküsten, sie kontrollierten mit dem Suezkanal, dem Persischen Golf, dem indischen Subkontinent und Singapur auch seine nördliche Begrenzung mit den wichtigsten Zufahrtswegen und Nebenmeeren. Diese Sachlage hat sich in den letzten 25 Jahren grundlegend gewandelt. Im Zuge der Entkolonialisierung räumten sie nahezu alle einstigen Stützpunkte. Die herausragende Bedeutung der Region veranlaßte jedoch die USA, in vormaligen englischen Positionen nachzurücken. Anderenfalls mußte — so ihre Sicht — ein Machtvakuum entstehen, in das die Sowjetunion eindringen werde. Die USA begannen u. a., die strategisch günstig gelegene Insel Diego Garcia zu einem Marinestützpunkt auszubauen. Sie stationierten 1964 raketenbestückte Atom-U-Boote im Indischen Ozean, die das Territorium der Sowjetunion unmittelbar bedrohten. Moskau nahm diese Entwicklung nicht untätig hin. Es bemühte sich um Einflußsphären und Stützpunkte in dieser Region. Seit 1968/69 befindet sich ständig eine sowjetische Seestreitmacht im Indik. Weder Moskau noch Washington nahmen fortan auf Proteste der Anrainerstaaten und UN-Resolutionen große Rücksicht. Die Region geriet in den Sog eines fortschreitenden Rüstungswettlaufs zwischen den beiden Supermächten.

Mit dem Oktoberkrieg von 1973 verschärfte sich diese Entwicklung. In der inneramerikanischen Diskussion setzten sich die Vertreter eines harten Kurses durch. Ihr — umstrittenes — Argument: allein ein verstärktes amerikanisches Engagement sichert dem Westen den Zugang zu den lebenswichtigen Ölquellen am Persischen Golf. Washington muß heute als die dominante Macht in der Golfregion bezeichnet werden. Demgegenüber hält sich der Einfluß Moskaus in der Region — trotz jüngster strategischer Geländegewinne in Somalia (Berbera) — noch in engen Grenzen.

Der Indische Ozean ist für den Westen nicht allein aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus von hoher Bedeutung. Für Washington ist er aufgrund strategischer Daten von ~~schwerlich~~ zu überschätzendem Wert.